

aep

informationen

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft



arbeit ° macht ° arbeit

UN/SICHTBAR

ARBEITS- UND LEBENSVERHÄLTNISSE VON FRAUEN

Ankündigung Ausstellung Karin Hatwagner

20. Oktober – 11. November 2020
in der Frauenhetz – Verein für feministische
Bildung, Kultur und Politik
Untere Weißgerberstraße 41, 1030 Wien

In der Ausstellung werden Bilder und Objekte präsentiert, die sich mit dem Wert und der Un/Sichtbarmachung von Arbeit beschäftigen. Mit vorhanden Alltagsgegenständen und Materialien schafft Karin Hatwagner Neues und stellt den Un/Wert von Arbeit zur Diskussion.

„Mein Thema ist es, Stoff, frz. L'ETOFFE (weiblich), zum Synonym für eine bestimmte Arbeitsweise zu machen, die Arbeit mit den Objets Trouvés unseres Alltags, unseres Lebens, (ich verwende Stoffe aus dem Fundus meiner alten Kleidung). Mit dem Ansinnen und der Notwendigkeit aus Vorhandenem etwas von Wert



ETOFFE 00. Karin Hatwagner 2020. Assemblage (Textil, Holz, Metall)
77,5x45x4cm



© Karin Hatwagner

zu kreieren und zugleich den Wert der Dinge zu hinterfragen, in einer Zeit des Überflusses... Stoff bedeutet für mich auch allgemein Werkstoff..." (Karin Hatwagner)

Mag.^a art. Karin Hatwagner

geb. 1962

lebt als bildende Künstlerin und alleinerziehende Mutter zweier Kinder in Wien und Niederösterreich. Inspiriert von den verschiedensten Techniken und Materialien in ihrer Arbeit als Restauratorin für Gemälde-Wandmalerei, begann sie 1992 eigene Bilder und Objekte (Malereien, Assemblagen, Installationen) herzustellen und studierte schließlich Objektbildhauerei an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Neben ihren künstlerischen Ausstellungen und Projekten arbeitet sie mit Menschen mit Behinderung und SchülerInnen im AHS-Bereich.

www.karinhatwagner.at

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Editorial | 4 |
| SCHWERPUNKT ARBEIT ° MACHT ° ARBEIT | |
| Vorwort arbeit ° macht ° arbeit Andrea Strutzmann und Sabine Prokop | 5 |
| Von der Vision zum Eingreifen Heidemarie Ambrosch | 6 |
| ERWERBSARBEIT | |
| Wenn weniger auch mehr sein kann Lisa Marie Seebacher | 8 |
| Smart gemeinsam neue Arbeitsformen gestalten Sabine Kock / Smart | 11 |
| Arbeit 4.0. Neue Arbeitsmodelle bringen Flexibilisierung Anna Tippl | 13 |
| Sexarbeit in Zeiten der Pandemie Leticia Carneiro / maiz | 15 |
| ÜBERGANG ZU ARBEIT AN MENSCH UND NATUR | |
| Feministische Ökonomie und Krise Karin Schönpflug | 16 |
| Heldinnen des Alltags – der Frauen Lohn. Gedanken im April 2020 Andrea Strutzmann | 20 |
| Eine lange Geschichte der Prekarität Jessica Richter | 21 |
| Grundeinkommen? Eine Krisen-Reflexion Margit Appel | 24 |
| CARE-ARBEIT | |
| Das Ganze der Arbeit revolutionieren! Gabriele Winker | 28 |
| Aus dem Leben einer 24-Stunden-Betreuerin Anna Czeiningner interviewt von Sabine Prokop | 32 |
| Klein und fein. Lokal organisierte Care-Arbeit Elfriede Mühlbauer und Sabine Prokop | 35 |
| ARBEIT ZUR SELBSTENTWICKLUNG | |
| Was bedeutet eigentlich <i>Buen Vivir</i>? Elena Mitrenova | 37 |
| Die Vielzeitigkeit des Lebens Christine Gasser-Schuchter | 40 |
| Zwischen Inspiration und Transpiration Sabine Prokop | 42 |
| Frau und Behinderungen Victoria Doppler | 44 |
| Frauen Raub Aktionstag Andrea Strutzmann | 46 |
| ÜBERGANG ZUR GESTALTUNG VON GESELLSCHAFT | |
| Machtkritische Bildungsarbeit. Liebe als Ahnung eines Prinzips Miša Krenčeyová | 47 |
| Faith-Based Organisations Ulrike Ebner | 49 |
| POLITISCHE ARBEIT | |
| Unbezahlt und unbezahlbar. Plädoyer fürs politische bewusste Ehrenamt Birge Krondorfer | 51 |
| Taten statt Worte. Frauenstreik Frauenstreikkomitee Wien | 54 |
| Frauen und Proteste im Libanon Bianca Karigl | 57 |
| Repräsentationskritik. Eine politische Perspektive Nina Bandi | 59 |
| WICHTIGES AUS DER FEMINISTISCHEN SZENE | |
| Corona-Krise – ein feministischer Blick Monika Jarosch | 61 |
| Solidarität hält uns am Leben! Frauen*vernetzung für Begegnung und Austausch | 63 |
| Die Stadt gehört uns allen. Migrantinnen verorten sich im öffentlichen Raum Verena Sperk | 64 |
| So geht ungenierter Sexismus Elisabeth Grabner-Niel | 65 |
| ausbaden – TKI Open Ausschreibung 2021 | 66 |
| Rezensionen | 67 |
| Sie spricht..... Er sagt..... Judith Klemenc | 79 |
| Kurzmeldungen | 78 |

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wieder liegt eine wohl gefüllte Ausgabe der AEP Informationen im Postkasten. Die ehrenamtliche Tätigkeit an „unserer“ Zeitschrift macht uns Freude, sie ermöglicht es uns, unser politisches Bewusstsein und unseren Gemeinschaftssinn weiter zu entwickeln. Wir hoffen sehr, dadurch die Gesellschaft in Richtung eines besseren Lebens für ALLE zu verändern. Aber die Mittel zum Leben müssen wir uns wo anders her beschaffen. Jede von uns steht in einer anderen individuell gestalteten Kombination aus diesen Tätigkeitsbereichen: Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, Arbeit an der Selbstentfaltung und politische Arbeit. Oberflächlich betrachtet, hat sich diese jeweilige Konstellation einfach so ergeben, aber wie hängen die Bereiche zusammen und wie bedingen sie sich gegenseitig? Was spielt da alles mithinein? Die Komplexität dieser Zusammenhänge kommt im Bild zum Vorwort des aktuellen Schwerpunkts gut zum Ausdruck.

Die externe Redaktion dieses Heftes hat sich genauer mit diesen verschiedenen Dimensionen von „Arbeit“ befasst. Bei der Entfaltung dieser Dimensionen sind sie der deutschen Soziologin und Philosophin Frigga Haug und ihrem Modell Vier-in-Einem gefolgt. Auch wenn diese Gedankengänge schon vor einiger Zeit ausgeführt wurden, so hat die alles durchdringende Corona-Krise hier doch neue Formen und neue Dynamiken ins Spiel gebracht: Die Sorgearbeit – bis in die jüngste Vergangenheit im Allgemeinen als lästige Notwendigkeit wenig bedankt – wird nun beklatscht und erhielt sogar den Titel „systemrelevant“. Erwerbsarbeit hat plötzlich viele weitere Schattierungen bekommen: Corona-Kurzarbeit, Home Office, Tele-Konferenzen, Interaktionen im virtuellen Raum. Aber die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wurde dadurch keineswegs verringert. Es zeichnet sich also kein Ende ab für unsere ehrenamtliche, politische Arbeit an den und durch die AEP Informationen. Wir hoffen, dass unsere Anliegen und Interessen bei Ihnen/euch auf offene Ohren stoßen, in Alltagsgespräche und Diskussionen einfließen und auf diesem Weg eine weitere Verbreitung finden. Geschenkabos wären dann der nächste Schritt. 😊

Das AEP-Redaktionsteam

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe *arbeit ° macht ° arbeit* wurde von Sabine Prokop und Andrea Strutzmann gestaltet.

Dr.ⁱⁿ SABINE PROKOP ist Kultur- & Kommunikationswissenschaftlerin sowie systemische Beraterin, Künstlerin, Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten. Sie gründete mit anderen den Verband feministischer Wissenschaftler*innen.

Mag.^a ANDREA STRUTZMANN ist Erwachsenenbildnerin. Sie studierte Germanistik in Kombination mit Theaterwissenschaft und ist seit über 25 Jahren frauenpolitisch aktiv; einer ihrer Schwerpunkte ist Frauen und Arbeitswelt.

Impressum

Herausgeber und Verleger: Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck – (vertreten durch Dr. Monika Jarosch). Mail: informationen@aep.at

Abonnentinnenverwaltung und Buchhaltung: Maria Reichholf. Mail: verwaltung@aep.at

Für den Inhalt verantwortlich:

die Redaktion. Grafik: büro54. Druck: dps Arnold.

Die in den namentlich gekennzeichneten Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit jenen der Redaktion identisch sein.

Kürzungen und Änderungen vorbehalten.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 31.7.2020. Die nächste Ausgabe der AEP-Informationen erscheint Anfang Dezember 2020 – Redaktionsschluss hierfür ist der 31.10.2020.

Koordination: Elisabeth Grabner-Niel.

Redaktion: Elisabeth Grabner-Niel, Judith Klemenc, Monika Jarosch, Verena Huber, Diana Prugger, Sylvia Aßlauer.

Redaktion des Schwerpunktes: Sabine Prokop, Andrea Strutzmann

Titelbild: © Karin Hatwagner, ENSEMBLE Assemblage 2020 (Draht, Pflanzenteil, Messingblech, Plexiglas) 38x34x25,5cm
im Schwerpunkt: Kunstwerke © Karin Hatwagner

VON DER VISION ZUM EINGREIFEN

Die Vier-in-Einem-Perspektive von Frigga Haug als Leitfaden für Politik

Heidemarie Ambrosch

Anlässlich der Vorbereitung zum 100. Jahrestag des Internationalen Frauentages am 19. März 2011 hat sich 2010 die Plattform 20000frauen gegründet. Der Vielzahl von anstehenden Forderungen sollte damit Nachdruck verliehen werden. Wir einigten uns darauf, unsere gemeinsamen Visionen als Richtschnur für realpolitisches Handeln in den Vordergrund zu rücken. <http://zwanzigtausendfrauen.at/2011/01/unse-re-vision>.

Längst schon war deutlich geworden, dass es nicht nur um ein größeres Stück des Kuchens geht, sondern um das Ganze: die Organisation einer anderen Bäckerei, die – wie heute festzuhalten wäre – mehr als einen grünen Farbanstrich braucht und solarenergiebetrieben ist. Grundlegende, global zu denkende Fragen sind überfällig, was wir wie produzieren und wie das Produzierte gerecht verteilt wird. Ebenso die Diskussion darüber, wie wir die unterschiedlichsten Interessen in der Gesellschaft demokratisch und gendergerecht ausverhandeln können.

Die Vier-in-Einem-Perspektive von Frigga Haug stellt einen solchen ganzheitlichen Handlungsansatz zur Diskussion, indem sie in Zusammenhang bringt, was als erlebter Gegensatz daherkommt. Das Stichwort Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in erster Linie immer an Frauen gerichtet – modern, also auch für Kinderlose formuliert im Credo der *Work-Life-Balance*. Allein dieser Begriff ist mehr als irreführend, weil er suggeriert, dass es außerhalb der bezahlten Erwerbsarbeit ein Leben ohne Arbeit gäbe... Was wiederum dazu dient, den Haufen

unbezahlter, aber gesellschaftlich notwendiger und mehrheitlich von Frauen geleisteter Arbeit im Verborgenen zu belassen. Ich schreibe diesen Beitrag in der 7. Woche des Corona-Ausnahmestandes Ende April 2020, wo sich mehr als je deutlich zeigt, wie ohne diese Arbeit nichts funktionieren würde. Vielleicht doch Frauenstreik?

Für immer vor den Vorhang

Holen wir das ganze Leben vor den Vorhang: Neben der bezahlten Erwerbsarbeit, die bestenfalls Hilfe sein sollte, unsere Fähigkeiten zu unterstreichen und zu entwickeln und die auf jeden Fall existenzsichernd sein muss, gibt es den Bereich der sogenannten Familien- oder Reproduktionsarbeit sowie die Arbeit an der eigenen Entwicklung und schlussendlich die notwendige Teilnahme an gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozessen. Die Zahlen – 4 in 1 – stehen für die Aufforderung, ein Politikverständnis um die wesentlichen vier Bereiche menschlicher Tätigkeit zu entwickeln und sie zu verknüpfen: Diese sind die *Arbeit an den Mitteln zum Leben*, die heute in der Form der Erwerbsarbeit geschieht, die *Arbeit an Mensch und Natur*, die heute gemeinhin Reproduktionsarbeit genannt wird, die *Tätigkeit der Selbstentwicklung*, die Muße braucht und heute als Luxus der Reichen gelebt wird, und schließlich die *politische Gestaltung der Gesellschaft*, um die sich alle kümmern müssen, die heute als Spezialität von einigen, PolitikerInnen nämlich, gilt. Die vier Bereiche zusammenzubringen verlangt Lebenskunst und Politik von unten. (Haug 2011a, 1) Sprengkraft wächst die-

ser Umstrukturierung dadurch zu, dass sie auf den Herrschaftsknoten unserer Geschichte zielt: Das Zerlegen und Organisieren des Gesellschaftsprozesses in den profitgetriebenen Erwerbsbereich, den ‚verweiblichten‘ Reproduktionsbereich jenseits der Lohnform, die abgesonderte Politik in den Händen von ‚StellvertreterInnen‘, die die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse um den Preis der Verkümmern und Vergeudung menschlicher Talente festigt. Werden die Bereiche anders verknüpft, ändern sie sich auch qualitativ. Indem eine solche Veränderung durch die Vielen bewerkstelligt werden muss, löst sich deren einseitige Verwachsenheit mit einer bestimmten Funktion, der alles andere untergeordnet ist.

Mit Marx lernen

Die Perspektive bei Marx war, dass ein/e jede/r seine/ihre Fähigkeiten entfalten können müsse, sodass die jeweils eigene Entwicklung Voraussetzung für die Entwicklung aller wäre. Ich empfehle dazu die Lektüre von www.zeitschrift-luxemburg.de/oekonomiederzeit/.

Heute ist es jedoch so, dass die Gesellschaften mit den enorm entwickelten Produktivkräften immer reicher werden und ihre Regierungen mit Milliarden Euros wie mit Spielgeld hantieren. Es geht nicht um eine gute Gesellschaft und schon gar nicht um die Entwicklung eines/einer jeden. Herausbildung von ‚Eliten‘, ‚Exzellenz‘ als Exportfaktor sind angesagt – Grenzen dicht, nur Öffnung für Pflegekräfte und ErntehelferInnen. Mehr denn je sind wir gefragt, vergessene Visionen neu zu gewinnen.

nen, in denen alle der Möglichkeit nach alles lernen können. Die Corona-Maßnahmen zeigen, wie schnell Milliarden zur Hand sind, wenn der politische Wille vorhanden ist. Sie zeigen auch, wer die ‚LeistungsträgerInnen‘ sind.

Solange Erwerbsarbeit, Reproduktions- oder besser Zuwendungsarbeit, kulturelle Selbstentwicklung und Politik getrennt verfolgt werden, geraten sie in eine Sackgasse. Ihre Verknüpfung setzt eine andere politische Dynamik frei. Sie braucht den utopischen Atem, nicht einfach um Arbeitszeitverkürzung zu streiten, sondern um eine Umverteilung der gesamten Lebenszeit und aller Tätigkeiten.

Was tun?

Bei jedem Politikvorschlag gilt es je nach den Umständen die Bereiche zusammenzufügen und dabei vor allem auf die Bewegung von unten zu achten. Die allgemeinste praktische Forderung ist die nach der gesellschaftlich gerechten Verteilung der Arbeitszeit und der Arbeitsarten, samt Verkürzung der individuellen Erwerbsarbeitszeit. Gewerkschaftliche Gewohnheit versteht dies nicht als Aufforderung, die frei gesetzte Zeit mit den anderen drei Bereichen des tätigen Lebens zu füllen, sondern ergänzt sie um die Forderung nach vollem Lohnausgleich. Wir haben erlebt, wie diese Forderung auf der Stelle tritt. Der Vorschlag wird bekämpft, um schließlich vergessen zu werden. Das zeigt, dass die Einzelbereiche nicht getrennt angegangen werden können, sondern jeweils so vorgeführt werden müssen, dass sie ihr Gegenüber produktiv in Bewegung bringen.



SILVER 20. Karin Hatwagner 2020. Assemblage (Blattsilber, Bilderrahmen, Papier) 21x16x1cm

Radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung und ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle!

Frigga Haugs Vorschlag ist, Teilzeitarbeit für alle zu fordern. Sie schreibt:

„Das ist selbst paradox, aber es nimmt die Frauenlage auf. Ferner bringt es dazu, das ›Volle‹ und die ›Teile‹ zu durchdenken. Und schließlich zwingt es dazu, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit anders auf den Weg zu bringen, als sie mit der Lüge, es sei keine Arbeit da, zu vertagen.“ (Haug 2011b, 250)

Ich teile Friggas Begrifflichkeit der Forderung nach Teilzeit für alle nicht. Was aber an diesem Beispiel erkennbar werden soll, ist, dass nicht eine einzelne Maßnahme entscheidend ist, ich ergänze die Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen um: Energiegrund-

sicherung für alle. Ausbau des Gesundheitswesens und kostenloser Zugang für alle hat mit Corona oberste Priorität.

Aber wieder ganz bei Frigga: *„Die Menschen messen sich eine Änderungsmöglichkeit an, und indem sie dies tun, ändern sie sich. Auf diese Weise sind sie bereits im Übergang.“* (Haug 2011b, ebd.)

Literatur

HAUG, Frigga (2011a) Die Vier-in-Einem Perspektive und das Bedingungslose Grundeinkommen, Notizen aus einem Diskussionsprozess www.friggahaug.inkrit.de/documents/Grundeinkommen2011.doc

HAUG, Frigga (2011b) Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik. In: Das Argument, Band 291 Heft 2/2011, 241-250)

Autorin

HEIDEMARIE AMBROSCH, Frauensprecherin der KPÖ, Mitglied im Vorstand des Österreichischen Frauenrings, Mitinitiatorin der Plattform 20000frauen und femme fiscale.

WENN WENIGER AUCH MEHR SEIN KANN

Eine Degrowth Perspektive auf Erwerbsarbeit

Lisa Marie Seebacher

Erwerbsarbeit strukturiert das Leben kapitalistischer Gesellschaften maßgeblich und bildet gerade im Globalen Norden die Grundlage für finanzielle und soziale Absicherung. Erwerbstätigkeit bringt soziale Anerkennung, Erwerbslosigkeit hingegen Beschämung und die gesellschaftliche Zuschreibung individuellen Versagens. Vollzeit-Erwerbstätige verbringen einen sehr großen Teil ihres Lebens damit, sich Aufgaben zu widmen, denen sie im besten Fall Sinnhaftigkeit und Freude abgewinnen, die sie aber nur in den seltensten Fällen selbst aussuchen oder bestimmen können.

Erwerbsarbeit steht dabei im größeren Zusammenhang des neoliberalen Produktions- und Akkumulationsmodells, in dem alles effizienter erledigt werden muss, um mit weniger Zeit, Geld und Ressourcen

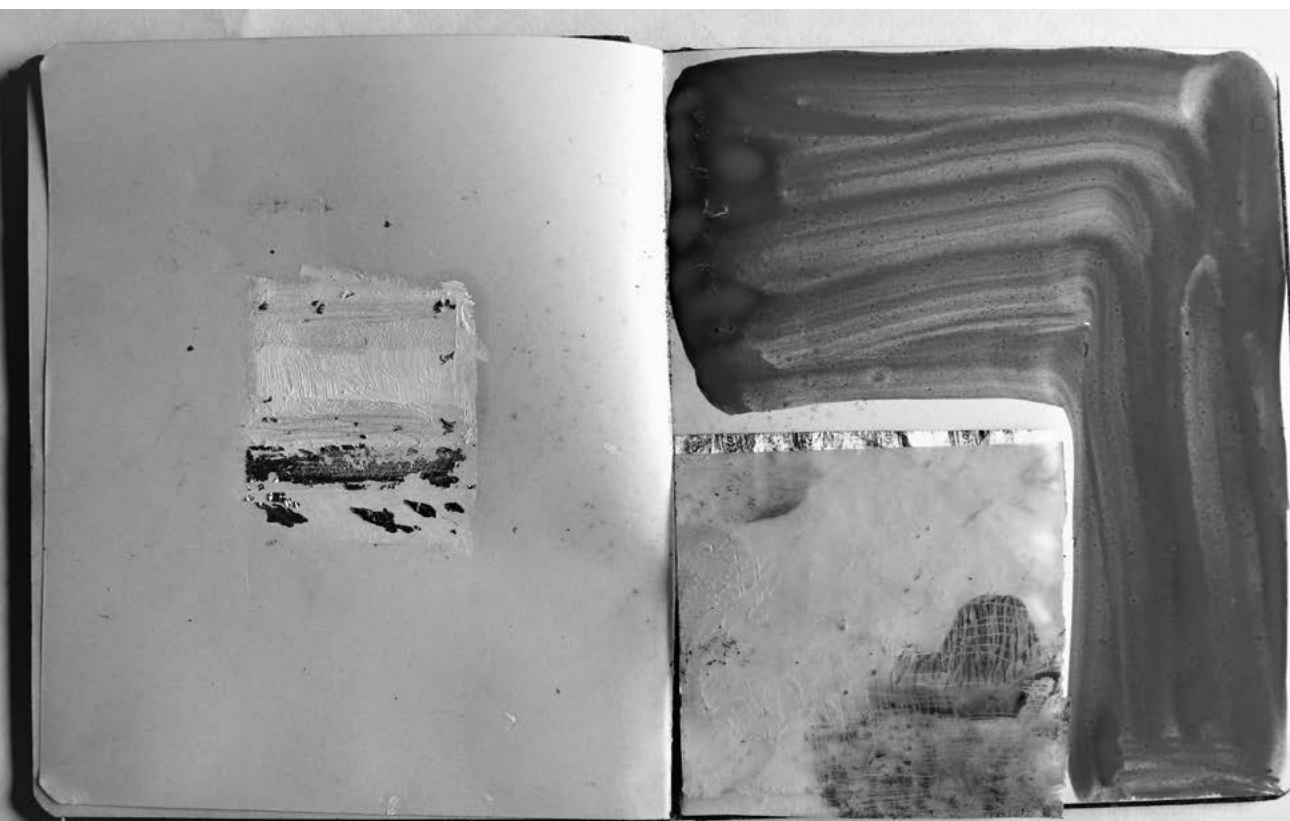
zum Ergebnis zu gelangen. Immer mehr soll mit immer weniger Aufwand produziert und erledigt werden, um so Profitraten für die Arbeitgeber*innen und Aktionär*innen zu erhöhen.

Gleichzeitig ist Erwerbsarbeit aber nicht gleich Erwerbsarbeit – die körperliche Tätigkeit in einer Fabrik ist qualitativ eine ganz andere als die in einem Krankenhaus oder einem Supermarkt. Dennoch strukturiert die Effizienzlogik all diese Bereiche und suggeriert dabei, dass sie die einzig gangbare Lösung für allgemeinen Wohlstand sei, denn „geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“.

Arbeit ist nicht gleich Arbeit!

Erwerbsarbeit grenzt sich stark von Reproduktions- und unbezahlter Sorgearbeit, also von Tätigkeiten wie Kochen,

Putzen, Kindererziehung oder Pflege, ab. Trotz ihrer gesellschaftlichen Notwendigkeit fallen finanzielle und soziale Absicherung wie auch soziale Anerkennung bei Reproduktions- und Sorgearbeit großteils weg. Aus einer feministischen Perspektive sind die damit verbundenen Geschlechtermissverhältnisse eklatant – sind es doch nach wie vor Frauen*, die in Österreich laut der letzten Zeitverwendungserhebung (2008) trotz steigender Erwerbsarbeitsbeteiligung mehr als zwei Drittel der Sorge-, Pflege- und Hausarbeitstätigkeiten übernehmen. Wer die Möglichkeiten und das dafür notwendige soziale oder monetäre Kapital hat, lagert Reproduktionsarbeiten häufig aus – an andere, wiederum meist nicht-männliche* Familienmitglieder, öffentliche Einrichtungen oder private Dienstleistungs-



anbietende, wie etwa Putzhilfen oder Babysitter*innen. Verrichtet wird die notwendige Sorge- und Reproduktionsarbeit damit wiederum hauptsächlich von Frauen*. Gerade im Bereich der privaten Beschäftigung sind es häufig Frauen*, die in finanziell prekären Verhältnissen leben und oft Mehrfachdiskriminierungen auf Grund von ethnischen Zugehörigkeiten, Sprachkenntnissen oder Migrationserfahrungen ausgesetzt sind.

Die nach neoliberaler und kapitalistischer Logik organisierte Erwerbsarbeit wertet unbezahlte Reproduktions- und Sorgearbeit systematisch als ‚unproduktiv‘, ‚ineffizient‘ und ‚nicht gewinnbringend‘ ab und unterwirft dabei immer mehr die (schlecht) bezahlte Sorgearbeit der Marktlogik. Gleichzeitig kann Erwerbsarbeit ohne Reproduktionsarbeit, also ohne dass sich die Arbeitnehmer*innen um ihre eigene Existenz kümmern, nicht existieren.

Das aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell bildet den Kern sozialer, ökologischer, wirtschaftlicher und demokratiepolitischer Krisen. Viel hängt also an Produktion, Dienstleistungen und der damit verbundenen Erwerbsarbeit. Gerade deswegen bildet Erwerbsarbeit einen zentralen Angelpunkt für gesellschaftsverändernde Ansätze. Einen solchen Ansatz möchte ich hier genauer vorstellen.

Was hat das alles mit Degrowth zu tun?

Degrowth wird auf Deutsch meist mit Postwachstum übersetzt, auch wenn es nur eine vieler Postwachstumsströmungen darstellt. Dabei handelt es sich bei Degrowth sowohl um einen wissen-

schaftlichen Diskurs als auch um eine soziale Bewegung, die das aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell im Globalen Norden radikal auf den Kopf stellen will. Denn im endlichen System Erde ist endloses (Wirtschafts-)Wachstum nicht möglich. Ein gutes Leben für alle muss und kann aber möglich sein, ohne dass soziale, ökologische und globale Ungleichheiten reproduziert werden. Wie aber soll das gehen? So eine Umgestaltung ist jedenfalls ein komplexes Unterfangen – wer entscheidet also, was wie zu verändern ist? Degrowth setzt sich für eine Repolitisierung dieser normativen Fragen und gleichzeitig für eine Demokratisierung ihrer Beantwortung ein. Nicht Marktmacht soll hier entscheiden. Keine allgemein gültige Lösung soll von oben durchgesetzt werden, vielmehr braucht es für lokale Gemeinschaften mögliche, gangbare und wünschenswerte Lösungen, die auch gemeinsam entwickelt werden müssen. Im Zentrum steht dabei auch ein kollektiver Aushandlungsprozess, was es wirklich zum guten Leben braucht; Konsumgüter allein, wie uns das aktuell die Werbung suggeriert, reichen nicht aus, um langfristig glücklich zu machen.

Als wohlhabende Gesellschaften im Globalen Norden müssen wir unseren Verbrauch von Energie und Ressourcen senken, um den planetaren Kollaps wie auch die sozialen und ökologisch katastrophalen Auswirkungen unseres Lebensstils zu verringern. Es geht dabei nicht um individuellen Verzicht, sondern um eine solidarische Gesellschaft, die sich weniger auf individuelles Haben und Besitzen als auf gemeinsames Sein konzentriert und damit Raum schafft, Lebensqualität neu zu denken. Dabei darf und soll auch

gar nicht alles schrumpfen – eine Gesellschaft, die sich am guten Leben für alle ausrichtet, muss Sorgearbeit und ein gutes Zusammenleben anstelle von Konsumgütern, Wachstum und Akkumulation ins Zentrum rücken. Öffentlicher Verkehr, nachhaltige Energiequellen und das Pflege- und Gesundheitssystem müssen beispielsweise ausgebaut, regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden, dabei aber offen und vernetzt bleiben. Auch Zeitreserven sollen wachsen, mehr Zeit soll übrigbleiben, um nicht immer effizient sein zu müssen (Stichwort Entschleunigung).

Wie Degrowth genau funktionieren kann, muss also lokal gemeinsam mit den Menschen vor Ort diskutiert werden. Konkrete Vorschläge und auch Experimentierfelder gibt es schon für viele Bereiche. Als Beispiel seien hier etwa kommunale Haus- und Wohnprojekte, Vermögensumverteilung und eine öko-soziale Steuerreform genannt.

Degrowth und Erwerbsarbeit

Blicken wir zurück auf die Erwerbsarbeit. Erwerbsarbeit ist ein maßgeblicher Bestandteil kapitalistischer Gesellschaften, der sowohl finanzielle, soziale Absicherung als auch Anerkennung bietet und gleichzeitig den Lebensrhythmus der Menschen bestimmt. Aus einer Degrowth Perspektive tun sich hier viele mögliche Handlungsfelder auf; ein Vorschlag setzt an den vorherrschenden Zeitregimen und der Rolle, die Erwerbsarbeit darin spielt, an. So wird eine Erwerbsarbeitszeitverkürzung (beispielsweise auf 20 Wochenstunden) gefordert, um mehr Zeit und Raum für Sorge und Fürsorgearbeit, Selbstsorge und gesellschafts-

politisches Engagement – ähnlich Frigga Haugs Vier-in-Einem Perspektive – zu schaffen. Diese Verkürzung könnte etwa durch Work-Sharing, also Arbeitsumverteilung umgesetzt werden. Was in kapitalistischen Krisenzeiten mit Kurzarbeit bereits eingesetzt wurde, um Menschen vor Erwerbslosigkeit zu bewahren, kann die gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten auf mehr Menschen verteilen und so die individuelle Erwerbsarbeitszeit reduzieren.

Ein Degrowth Vorschlag lautet außerdem, Sorge- und Reproduktionsarbeit und damit Menschen anstelle von Waren ins Zentrum dieses Wirtschaftssystems zu stellen, um bedarfsorientiert und nicht bedarfsschaffend zu arbeiten. Aufgaben und gesellschaftspolitische Relevanz würden so langfristig stark verändert werden.

Arbeitszeitverkürzung, ja, aber ...

Zentral ist es dabei, bestehende Ungleichheiten nicht aus dem Auge zu verlieren. Schon jetzt können Menschen mit 40 Stunden-Jobs kaum oder gar nicht mit ihrem Gehalt auskommen. Die Degrowth Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung sind mit der Forderung nach materieller und sozialer Absicherung verknüpft, die allen unabhängig vom Erwerbsarbeitsstatus zustehen soll. Mögliche Beispiele dafür stellen ein bedingungsloses Grundeinkommen oder ein ökologisches Grundeinkommen, das die Idee von Auskommen außerhalb von Geldwirtschaft und dem darin innewohnenden Produktionsverhältnis denkt, dar. Außerdem gibt es die Idee, nicht nur ein Minimal-, sondern auch ein Maximaleinkommen festzulegen und geringe Einkommen negativ zu

besteuern, um sie so aufzustocken und damit eine Umverteilung zu erreichen.

Gleichzeitig kommt es aus einer feministischen Perspektive auch darauf an, wie das Erwerbsarbeitszeitregime verändert wird. Deckt es sich beispielsweise mit Schul- und Kinderbetreuungszeiten, gibt es hier mehr Potential binär-genderstereotype Aufgabenbereiche aufzubrechen und Sorgearbeit gerechter zu verteilen? Arbeit wird aber nicht allein dadurch neu und ganzheitlicher gedacht werden, indem Teilzeit für alle zur neuen Normal(erwerbs-)arbeitszeit wird. Begleitende sozio-politische Maßnahmen sind hier mindestens genauso notwendig.

Sowie bis jetzt kann es nicht weitergehen – das wird angesichts der gegenwärtigen Krisen immer mehr bewusst. Degrowth bricht aus den angelernten Denkmustern aus und zeigt gangbare Alternativen auf, um unsere Gesellschaft nachhaltig zu verändern. Um Veränderung zu erwirken, sind viel Arbeit, Zeit und Energie notwendig, die oft hinter Vollzeiterwerbstätigkeit auf der Strecke bleiben. Eine Verschiebung der Erwerbsarbeitsnorm hin zur 20 Stunden Woche bringt damit viel Transformationspotential mit sich und ist es jedenfalls wert, mit begleitenden sozialpolitischen Maßnahmen auch jetzt schon in die Tat umgesetzt zu werden.

Anmerkung

Das Sternchen soll auf die Unzulänglichkeit binärer Geschlechterbezeichnungen von ‚Mann‘ und ‚Frau‘ hinweisen und damit zeigen, dass nicht alle Menschen, die gesellschaftlich in ein binäres Geschlechterverhältnis eingeordnet werden, sich auch selbst in der ihnen zugeschriebenen Kategorie verorten.

Literatur

Überblick Erwerbsarbeit:

D'ALISA, Giacomo; DEMARIA, Federico; KAL-

LIS, Giorgos 2015: Degrowth. A Vocabulary for a New Era. Abington/New York: Routledge.

Degrowth & Erwerbsarbeit:

Degrowth.info 2014: Was ist degrowth? <https://www.degrowth.info/de/was-ist-degrowth/>

Degrowth:

DENGLER, Corinna; SEEBACHER Lisa Marie 2019: What about the Global South? Towards a Feminist Decolonial Degrowth Approach. In: Ecological Economics 157, 246-252.

DENGLER, Corinna; STRUNKT, Birte 2018: The Monetized Economy versus Care and the Environment. Degrowth Perspectives on Reconciling an Antagonism. In: Feminist Economics 24 (3), 160–183.

FERGUSON, Susan 2016: Intersectionality and Social-Reproduction Feminisms: Towards an Integrative Ontology. In: Historical Materialism 24/2, 38-60.

GHASSEMI, Sonja; KRONSTEINER-MANN, Christa 2015: Standard-Dokumentation Meta-informationen. (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zur Zeitverwendungserhebung 2008/09. Wien: Statistik Austria.

HAUG, Frigga 2011: Die Vier-in-Einem Perspektive und das Bedingungslose Grundeinkommen, Notizen aus einem Diskussionsprozess www.friggahaug.inkrit.de/documents/Grundeinkommen2011.doc

HOFFMANN, Maja 2017: Change Put to Work. A Degrowth Perspective on Unsustainable Work, Postwork Alternatives and Politics. Master Thesis. Lund University. [URL über die Autorin erhältlich]

KOMLOSY, Andrea 2014: Arbeit: Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 21. Jahrhundert. Wien: Promedia.

KONZEPTWERK NEUE ÖKONOMIE 2014: Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben. München: oekom.

MUCARA, Barbara 2015: Gut Leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Bonn: Bpb.

SCHANDL, Franz 2005: Vom Einkommen zum Auskommen. Zur Plausibilität und Kritik des garantierten Grundeinkommens. In: Streifzüge (35).

Autorin

LISA MARIE SEEBACHER ist Teil des Degrowth Vienna 2020 Konferenz Organisationsteams und freut sich immer über Möglichkeiten, Degrowth-Ideen bekannter zu machen, um schließlich gemeinsam an einer gerechten Gesellschaft zu basteln.

SMART GEMEINSAM NEUE ARBEITSFORMEN GESTALTEN

Sabine Kock / Smart

Smart ist eine solidarökonomische, nicht profitorientierte Cooperative für Neue Selbstständige, Kreative und Künstler*innen. Es ermöglicht Anstellungen für Personen, die mit komplexen, kurzfristigen und wechselnden Beschäftigungen kämpfen oder ihre selbstständige Tätigkeit nachhaltiger gestalten wollen und übernimmt den Großteil des administrativen Aufwands. Damit wird eine volle Einbindung in die sozialen Sicherungssysteme, mehr Spielraum für die zentralen Tätigkeiten, das Abfedern von Risiken und längerfristige Planungssicherheit ermöglicht. Außerdem versteht sich Smart als aktive Vernetzungsplattform für seine User*innen und Genossenschafter*innen.

Abseits der Normalarbeitsverhältnisse

Smart ist nicht auf bestimmte Branchen festgelegt. Zu den Genossenschafter*innen und User*innen in Österreich zählen derzeit Künstler*innen, Kulturschaffende und Kulturarbeiter*innen, Kreative und Neue Selbstständige z.B. aus dem wissenschaftlichen Bereich oder aus dem Gesundheitssektor. Zunehmend öffnet sich Smart auch für Gewerbetreibende (z.B. IT, Fotografie).

Die offene Cooperative will eine effiziente, selbsttragende und solidarische Struktur schaffen. Alle Genossenschafter*innen sind auch Eigentümer*innen, sie entscheiden demokratisch darüber, wie die Genossenschaft arbeiten soll. Mithilfe der wachsenden Gemeinschaft können umfangreiche Leistungen zum Selbstkostenpreis erbracht werden. Künftige Gewinne werden vollständig in den Ausbau der Angebote reinvestiert. Die Angebote sind etwa **SmartProduction**



ETOFFE 20/2. Karin Hatwagner 2020. Assemblage (Textil, Kunststoff) 170x134cm

für die Komplettabwicklung von Aufträgen und Projekten (Anstellung, Zahlungsgarantie für Gehälter und Honorare, laufenden rechtliche Beratung etc.) oder **SmartAdmin** als administrative Begleitung von Projekten (Budgetplanung, Förderanträge, Einreichcheck, laufende Buchhaltung, Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, Dokumentation, Beratung).

Das Smart-Modell

Das Smart-Modell ist im freien Kunst- & Kulturbereich in Belgien entstanden.

Smart (**société mutuelle pour artistes**) wurde 1998 von Julek Jurowicz und Pierre Burnotte in Brüssel als gemeinnützige Stiftung gegründet. Ziel war und ist, selbstständige Tätigkeiten von Künstler*innen, Kreativen und anderen Personengruppen mit sozialer Sicherheit zu verbinden – primär durch Anstellungen, aber auch durch Ressourcen (z.B. günstige Ateliers) und finanziellen Support (z.B. Mikrokredite). Smart Belgien baute verschiedene Strukturen auf, die teils gemeinnützig (Ateliermieten, Sti-

pendien, Kunstsammlung, Arbeitsstiftungen), teils aus juristischen Gründen unternehmerisch geführt werden (z.B. Leasing von technischen Geräten).

2017 wurde Smart Belgien in eine Genossenschaft umgewandelt, die heute 75.000 User*innen, 22.000 Genossenschaftler*innen, 170 Mitarbeiter*innen und einen Gesamtumsatz von 167 Mio. Euro hat. Die Zielgruppen gehen nun weit über den Kernbereich der Kunst und Kultur hinaus und beziehen alle ‚autonomous workers‘ ein. Durch die Anstellungen verschafft Smart Belgien mehreren zehntausend Personen Zugang zu sozialen Sicherheiten (Sozial-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung). Weil es sich für die User*innen lohnt, ihre Aktivitäten offiziell zu registrieren, fördert das Modell auch die Legalisierung von Arbeit. Smart Belgien unterstützt finanziell und

strukturell den Aufbau von unabhängig agierenden Smart-Büros in acht weiteren europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Ungarn, Niederlande, Schweden und Österreich. Auf EU-Ebene setzt sich das Smart-Netzwerk für eine bessere soziale Inklusion so genannter atypischer Arbeitsverhältnisse ein.

Smart Austria

In Österreich wurde Smart 2011 im Umfeld der IG Freie Theaterarbeit initiiert, um Anstellungen im freien Theater-, Tanz- und Performance-Bereich zu ermöglichen. 2012 wurde der Verein Work SMART gegründet, der heute das geförderte Online-Portal SmartAtMobility (www.smartatmobility.com) betreibt und Künstler*innen in Incoming- und Outgoing-Mobilitätsfragen berät.

2015 wurde die Genossenschaft SMartAt e.Gen. für das operative Geschäft gegründet. Die Rechtsform der Genossenschaft („Coop“) wurde bewusst gewählt, um demokratische Mit- und Selbstbestimmung zu ermöglichen und so eine neue Arbeitsform zu gestalten. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit widersprechen einander nicht mehr, sondern funktionieren in der Coop zusammen. Smart Austria arbeitet mit den europäischen Smart-Partner*innen an einem praxisorientierten Wissens- und Solidaritätsnetzwerk für neue Arbeitsformen.

Anmerkung

SABINE KOCK, Geschäftsführerin von Smart Austria, hat dieses solidarökonomische Modell auf der Tagung „arbeit ° macht ° arbeit“ im November 2019 in der Frauenhetz vorgestellt und diskutiert. Dieser Text basiert auf den Smart-Pressematerialien www.smart-at.org



ENSEMBLE det. Karin Hatwagner 2020. Assemblage (Draht, Pflanzenteil, Messingblech, Plexiglas) 38x34x25,5cm

ARBEIT 4.0

Neue Arbeitsmodelle bringen Flexibilisierung

Anna Tippl

Die Digitalisierung geht mit einer zeitlichen und örtlichen Flexibilisierung der Arbeit einher. Mobiles Arbeiten ist der neue Trend der modernen Arbeitswelt – und erhielt in der Corona-Krise eine besondere Aktualität.

Homeoffice

Meist wird das Büro in den eigenen vier Wänden als Homeoffice bezeichnet. Aber es ist auch möglich, je nach Lust und Laune im Park oder vielleicht sogar an einem ganz anderen Ort die Arbeit zu erledigen. Dabei kommen Kommunikationsmedien wie Laptop und Smartphone zum Einsatz. Gearbeitet wird in der Cloud. Die Ausprägung des Homeoffice kann unterschiedlich sein und von tageweiser Heimarbeit bis zum reinen Tele-Heimarbeitsplatz reichen. Durch die Arbeit von zu Hause aus ergeben sich für die ArbeitnehmerInnen einige Vorteile (den ArbeitgeberInnen bringt Homeoffice ebenfalls Vorteile, zum Beispiel durch Einsparungen an Infrastruktur, wie weiter unten thematisiert wird). Die Anfahrt zum Unternehmen entfällt, wodurch Zeit für den Arbeitsweg und Geld für Tickets oder Benzin gespart werden können. Dies ist ökologisch wertvoll und die gesparte Fahrzeit kann als Arbeits- oder auch Freizeit genutzt werden. Nachteile sind die mangelnde direkte Kommunikation mit KollegInnen, soziale Isolation, schwierige Vereinbarkeit mit allfälligen Versorgungsverpflichtungen – wie sich in der Coronakrise deutlich gezeigt hat – sowie die mögliche Entgrenzung von Arbeit und Privatzeit.

Homeoffice kann mit flexiblen Arbeitszeiten oder Vertrauensarbeitszeit zum

agilsten Modell der neuen Arbeitsmöglichkeiten ausgeweitet werden. Unter Vertrauensarbeitszeit wird eine völlige Eigenkontrolle der Arbeitszeiten durch die ArbeitnehmerInnen verstanden. Die Bandbreite der Vertrauensarbeitszeiten ist weitreichend und kann bis hin zum völligen Verzicht auf Zeitvorgaben seitens der DienstgeberInnen, meist unter Vereinbarung von Arbeitszielen, reichen. Im Vordergrund der Arbeit steht das Werk und nicht die Zeit.

Open Office

Die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, ist nicht für alle ArbeitnehmerInnen gegeben. Zu wenig Platz oder mögliche Störfaktoren behindern eine effiziente Ausführung der Arbeit. Für sie sind offene Bürokonzepte eine Option des mobilen Arbeitens. Sie werden Open Office, Smart Workspace oder Coworking-Space genannt. All diese Bezeichnungen definieren einen neuen Stil der Arbeitsplatzgestaltung. Diese meist modernen, technisch gut ausgestatteten, offenen Büroflächen wollen beziehungsweise sollen außerdem die Zusammenarbeit und Agilität der ArbeitnehmerInnen fördern.

Eine neue Form des Büroalltags ist das Desk-Sharing, bei dem sich die ArbeitnehmerInnen die Schreibtische teilen. Für die Unternehmen ergeben sich Einsparungen, weil der Leerstand in Büros aufgrund von Ausfalltagen der MitarbeiterInnen durch Krankheit, Urlaub oder sonstige Unterbrechungsgründe verhindert wird.

Meist sind Shared Desks in Großraumbüros angelegt. Jeder Desk der jeweiligen Kategorie sieht gleich aus und

bietet die gleiche Ausstattung. Mittels spezieller IT-Buchungssysteme werden die Desks im Vorhinein gebucht. Je nach Anforderung der Arbeit, die zu verrichten ist – oder nach Vorlieben – kann der geeignetste Platz gewählt werden. Für Telefonate oder KundInnenengespräche gibt es sogenannte Quiet Spaces, die eine gewisse Privatsphäre bieten. Sie ähneln einer Telefonzelle. Zur Aufbewahrung der persönlichen Arbeitsmittel steht meist ein Fach oder ein Rollcontainer zur Verfügung, welcher im Gegensatz zu den ArbeitnehmerInnen seinen eigenen ‚Parkplatz‘ hat.

Genauere Aufzeichnungen wann und wie lange jemand auf seinem Arbeitsplatz sitzt, sind Nachteile, die mit der neuen technologischen Entwicklung einhergehen.

Gleitzeit und Teilzeit liegen im Trend

Auch die altbekannte Gleitzeit spielt in der Arbeit 4.0 noch eine große Rolle. Die variablen Beginn- und Endzeiten können optimal auf die persönlichen Bedürfnisse abgestimmt werden. So kann diese Flexibilität sowohl für die Familienvereinbarkeit Vorteile bringen als auch dafür, Hobbys nachzugehen oder Sport zu treiben.

Ein neues Teilzeitmodell zeigt sich speziell für die Ausübung einer Führungsposition sehr attraktiv und vielversprechend. Beim Tandem-Modell teilen sich zwei ArbeitnehmerInnen eine Führungsposition. Jede Person hat 60 bis 75 % des Arbeitspensums zu bewältigen. Dies ergibt eine Arbeitsleistung von mindestens 120 % je Führungsposition.

Doch die Ausübung von neuen Arbeitsmodellen in Teilzeit kann für ArbeitnehmerInnen außer den finanziellen Nachteilen im aktiven Dienstverhältnis zusätzlich auch Nachteile in der Alterspension mit sich bringen. Teilzeitarbeit hat vor allem für Frauen immer noch weitreichende negative Folgen auf die Höhe des Pensionsanspruches.

Die Flexibilisierung der Arbeitsmodelle der Arbeit 4.0 und die daraus resultierende zunehmende Vermischung von Arbeit und Freizeit, das Work-Life-Blending, lässt die Grenzen zwischen

Privatleben und Beruf verschwimmen. Private E-Mails lesen im Büro, dafür in der Freizeit ständig erreichbar zu sein, ist Teil des Work-Life-Blending. Aufgrund der raschen Entwicklung der Arbeit 4.0 gibt es noch kaum Gesetzgebung oder Judikatur zu den neuen Formen der Arbeitsmodelle. Hier mangelt es deutlich an klaren Vorgaben.

Die Arbeit der Zukunft verlangt ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Selbstdisziplin von allen ArbeitnehmerInnen. Hier gilt es, sich selbst Arbeitszeitgrenzen zu setzen, und das

Handy zu fixen Zeiten abzuschalten, um auch anderen Tätigkeiten nachzugehen oder eine ‚arbeitsfreie‘ Freizeit genießen zu können.

Autorin

ANNA TIPPL lebt mit ihrer Familie in Wien. Sie arbeitet seit 2011 als Human Resources Managerin für ein großes internationales Industrieunternehmen. Ihre Fachausbildung reicht von Gehaltsverrechnung, Arbeitsrecht bis Personalmanagement und Personalcontrolling. In ihrer Masterarbeit an der Donau-Universität für Weiterbildung in Krems befasste sie sich mit der Auswirkung der Digitalisierung auf Frauen in Führungspositionen.

OBJETS TROUVES. Karin Hatwagner 2019. Arrangement (Metall, Holz, Knochen, Kunststoff, Pflanzenmaterial) 77x45x4cm



SEXARBEIT IN ZEITEN DER PANDEMIE

Letícia Carneiro / maiz

Vor wenigen Monaten, als die Diskussion über Sexarbeit bereits von Stigmatisierung, Tabus und vorgefassten Meinungen geprägt war, war es kaum vorstellbar, dass sich die Situation noch verschlimmern könnte. Die Coronavirus-Pandemie verschärfte die Situation für Sexarbeiter*innen, wegen der Arbeit, die sie leisten, und weil sie Migrant*innen sind. Die Pandemie hat nicht nur zu einer großen Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit geführt, sondern die anhaltend prekäre Lage der Sexarbeiter*innen massiv verschlimmert, weil die Arbeit schlicht verboten wurde.

Als drastische Folge der Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus wird der Welt eine Phase wirtschaftlicher Rezession prognostiziert, die enorme Auswirkungen auch auf den Sexdienstleistungsbereich hat und haben wird. Die Corona-Krise macht die Missstände und Ungleichheiten noch deutlicher sichtbar.

Straßenprostitution und Bordelle wurden eine Zeit lang verboten. Der tief verwurzelte Rassismus und eine migrationsfeindliche Politik wurden durch die Angst vor Ansteckung verstärkt. Das Gesetz, das die Sexarbeiter*innen hätte unterstützen sollen, hat sie in eine noch verwundbarere Position gebracht, weil in dieser Zeit die Beschäftigungsmöglichkeiten buchstäblich begrenzt sind und die Anerkennung ihrer Rechte sehr mangelhaft ist. Sozialhilfe ist in der Regel fast unmöglich, denn die meisten Sexarbeiter*innen sind Migrant*innen und haben kaum eine Chance, in den Genuss eines Mindestlohns zu kommen. Zur Unterstützung

der Selbständigen während der Corona-Krise wurde der Härtefall-Fonds der WKÖ eingerichtet. Viele Sexarbeiter*innen konnten diese Förderung nicht in Anspruch nehmen. Den Beratungsstellen wurden zahlreiche Hindernisse gemeldet, wie etwa die Sprachbarrieren, die den Zugang zu besonders in Krisenzeiten wichtigen Informationen¹ behindern. Das heißt auch, dass jede Frau*, die nicht die notwendige Mindestunterstützung für ihr eigenes Überleben bzw. für das ihrer Familie bekommt, nicht in der Lage ist zum eigenen Schutz die Corona-Regeln einzuhalten.

Wir wissen aus eigener Erfahrung und durch Berichte aus dem Netzwerk der Beratungsstellen, dass viele Sexarbeiter*innen am Anfang der Pandemie Österreich verlassen haben. Es gibt aber immer noch viele, die es nicht nach Hause geschafft haben. Einige blieben in den geschlossenen Bordellen, andere in Mietwohnungen und warten, bis sie wieder legal arbeiten können, oder haben versucht, zu Online-Diensten zu wechseln, um Videos und Bilder zu verkaufen.

Die Gefährdung nimmt zu

Einige Sexarbeiter*innen können nur durch informelle prekäre Arbeit überleben, da sie über keine ausreichenden Rücklagen verfügen und auf aktuelle Einnahmen dringend angewiesen sind. Ohne Unterstützung landen viele Sexarbeiter*innen vermutlich auf der Straße oder gefährden sich selbst oder andere Menschen aus Verzweiflung. Klient*innen der Sexarbeiter*innen sehen, dass sich diese in einer sehr

verwundbaren Position befinden. Nicht nur, dass weniger für die Arbeit bezahlt wird, sondern Sexarbeiter*innen werden auch überredet, unter riskanten Bedingungen zu arbeiten.

In diesem katastrophalen Szenario setzt sich maiz weiter für Sexarbeiter*innen ein, stellt deren Etikettierung als Opfer in Frage und fordert politische und soziale Veränderungen, die ihre Lebensqualität verbessern. Im Konkreten geht es um Einkommenssubstitution, Zugang zum Gesundheitssystem, zu Gerechtigkeit und Gleichbehandlung. Die aktuelle Situation drängt uns stärker und nachdrücklicher für die Enttabuisierung der Sexarbeit und gegen ihre Stigmatisierung zu kämpfen. Die Rechte von Sexarbeiter*innen sind Menschenrechte!

Anmerkung

¹maiz musste während der Quarantäne die Aktivitäten auf E-Mail und Telefondienst umstellen. Um möglichst viele Sexarbeiter*innen über bestehende Unterstützungsformen und (sehr begrenzte) soziale Dienste zu informieren, haben wir gemeinsam mit LENA (einer zweiten Organisation in Oberösterreich, die mit Sexarbeiter*innen arbeitet) ein kurzes Video in sechs Sprachen für die Sexarbeiter*innen produziert und auf youtube gestellt. Die URLs können bei maiz@servus.at angefragt werden.

Autorin

LETÍCIA CARNEIRO ist Juristin und derzeit die Koordinatorin des Bereichs Sex & Work bei maiz, einem unabhängigen Verein von und für Migrant*innen, der schon seit 25 Jahren in Oberösterreich tätig ist. www.maiz.at

FEMINISTISCHE ÖKONOMIE UND KRISE

Sich einschleichende Apokalypse oder Portal zum globalen Wandel?

Karin Schönflug

Dieser Beitrag umreißt eine intersektionale feministische Perspektive und eine dekoloniale, posthumanistische Ökonomiekritik im Zeichen der Krise, unterlegt diese mit einigen anschaulichen Zahlen und skizziert schließlich 10 Lösungsansätze.

Multiple Krisen – mehr oder weniger akut für uns sichtbar

Die globale Gesundheitskrise mit dem sozial herausfordernden Pandemie-Lockdown; die globale Wirtschaftskrise (mit einer prognostizierten Rezession von etwa 10 % des BIP für 2020 in Österreich); die Klimakrise, die sich vor unseren Fenstern mit nie dagewesener Trockenheit, Rekordtemperaturen, gestresst blühenden Bäumen, Pilz- und Insektenbefall der Wälder und Nutzpflanzen und einem rasanten Artensterben, das unwiederbringliche Abholzen des Amazonas zeigen, wie die multiplen Krisen weit weg und dennoch im engsten Zusammenhang stehen. Umweltzerstörung und Rohstoffenteignung sind eng verflochten, gegenwärtig besonders zerstörerisch ist die Fracking-Industrie in den Americas; die indigene Bevölkerung protestiert erfolglos gegen die Zerstörung von Native-Land. Der jüngste virtuelle Ölkrieg zeigt mit Negativpreisen im April 2020 (–40 US\$ je Barrel) die Paradoxie des Welt-Energiesystems. Rohstoffkriege verschärfen klimabedingte Flüchtlingskrisen; Demokratiekrise in Staaten wie Ungarn, Polen, Großbritannien, USA, Brasilien, Indonesien blockieren internationale Lösungen. Reaktionen auf die Pandemie, Einschränkungen privater Freiheiten, Konjunktur- und Hilfsprogramme sowie mögliche Wiederverstaatlichungen großer Industrien sind ambivalent zu sehen, sie müssen hinsichtlich ihrer spezifischen Konstruktion bewertet werden.

Die Entstehung, Verbreitung und Vernichtungskraft des Corona-Virus ist begünstigt durch unser kapitalistisches Wirtschaftssystem, das auf Ausbeutung, Umweltzerstörung und Kolonialherrschaft beruht. Klimawandel, das Auftauen der Permafrostböden und die schwindende Artenvielfalt fördern das Überspringen von Krankheitserregern auf Menschen. Der neoliberale Rückbau von Gesundheits- und Sozialsystemen bedingt, dass während einer Pandemie Ärzt*innen in Europa oder in den USA Triage-Medizin betreiben müssen, bzw. dass in armen Ländern mit schlecht ausgebauten Gesundheitssystemen noch weniger medizinisch geholfen werden kann. Angst vor dem Erkranken oder dem Tod schüren bei vielen eine grausame Entsolidarisierungsmentalität; die Opfer sind ‚vergessene‘ Menschen in Kriegsgebieten, Flüchtlinge an den Grenzen, auf dem Meer oder in überfüllten Lagern, aber auch schlecht entlohntes und semi-illegalisiertes Pflegepersonal und ausgebeutete Landarbeiter*innen.

Ein gefährlicher Komplize

Die indische Literaturpreisträgerin Arundhati Roy schreibt über das Virus in der Financial Times:

„Anders als der Kapitalfluss, sucht das Virus Vermehrung, nicht Profit, und hat deshalb unbeabsichtigt zu einem gewissen Grad die Flussrichtung verändert. Es spottet Einwanderungskontrollen, Biometrie, digitaler Überwachung und allen anderen Formen von Datenanalysen und es hat – bis heute – am stärksten die reichsten, mächtigsten Nationen der Welt getroffen und den Motor des Kapitalismus zum

Absterben gebracht. Vielleicht nur temporär, jedenfalls lang genug für uns, um seine Bestandteile zu untersuchen und zu entscheiden, ob wir helfen wollen zu reparieren oder einen besseren Antrieb zu suchen.“
(Roy, 2020/Financial Times, eigene Übersetzung)

Arundhati Roy schließt hier an die Metapher an, die Donna Haraway 1985 in ihrem Cyborg Manifest gewählt hat: gefährliche Zeitgenossen wie ein Cyborg – oder auch ein Virus – können uns als Vehikel dienen, um unheimliche Zeiten zu überwinden, wie den globalen patriarchalen Kapitalismus und seine Ausformungen als Kapitalozän, Anthropozän und Nekrozän. Die gegenwärtige Pandemie zeigt uns in weit deutlicherer Schärfe als es feministische Ökonom*innen, Klimaaktivist*innen, und Kämpfer*innen für soziale Gerechtigkeit es je können werden, wo die gegenwärtige Weltordnung krankt. In diesem Sinne wird das Virus zum Komplizen; es weist völlig unhysterisch auf Kernthemen der feministischen Ökonomie hin.

Care Paradox

Die unerlässliche, systemerhaltende Arbeit von Krankenhauspersonal, Pfleger*innen in Heimen, Reinigungskräften, Lehrer*innen, Kindergärtner*innen, aber auch Verkäufer*innen, Transportpersonal usw., die oftmals von Frauen oder Migrant*innen erledigt wird, ist im Vergleich zu anderen Tätigkeiten schlecht bezahlt und wenig wertgeschätzt. So fordert die feministische Ökonomie längst, diese Aufgaben mit entsprechend hohen Löhnen und sozialer Anerkennung zu kompensieren –



O.T. Karin Hatwagner 2019. Assemblage (Holz, Lehm, Stein) 20,5x38x12cm

statt sich auf intrinsische Motive (oder Zwangslagen) in diesen Berufsgruppen zu verlassen.

Die Pflegetätigkeiten im Rahmen der Krise erfolgen unter horrenden Arbeitsbedingungen. In den kaputtgesparten Gesundheitssystemen Europas und den USA wird das Krankenhauspersonal teilweise schutzlos zu den Covid-19 Erkrankten geschickt. Die notdürftig mit Müllsäcken und selbstgebastelten Schutzmasken ausgestatteten Helfenden stecken sich an (sie machen fast 10 % der Erkrankten in Italien aus; Aljazeera) und versterben auch in hohem Ausmaß (The Guardian). Im Britischen Gesundheitssystem (NHS) sind traditionell 40 % der Ärzt*innen und 20 % der Krankenpflegenden BIPOC Personen (Black, Indigenous, People of Color); in London sind es 67 % des Personals im Sozialwesen (The Guardian).

Der Untergrund

Allem voran unterstreicht das Virus den intersektionalen Fokus der feministischen Ökonomiekritik der letzten Jahrzehnte. Dieses Zusammenspiel an

Ausbeutung benennt Maria Mies als „Unterordnung von Frauen, Natur und Kolonien: Der Untergrund des kapitalistischen Patriarchats oder der zivilisierten Gesellschaft“ (1986, 77, eigene Übersetzung). Dieses System von Sexismus, Rassismus, Klassismus ist durchaus nicht zufällig entstanden (siehe dazu Schönplüg und Klapeer, 2017) und dient vereinfacht gesagt dazu, möglichst viel an Ressourcen, Kapital, Geld und Macht an eine immer kleiner werdende Gruppe extrem reicher Menschen zu transferieren:

„2020 besitzt das reichste 1 % der Welt 44 % des globalen Reichtums; die ärmsten 50 % der Welt nur 2 %; die reichsten 22 Männer der Welt besitzen mehr Reichtum als alle Frauen Afrikas zusammen.“
(Oxfam, 2020)

Das Virus beleuchtet diese Ungleichheit brutal genau. Während des Rückzugs der globalen Eliten auf ihre Land-sitze mit privatem Gesundheitspersonal

(The Guardian) ist die Lage für arme Menschen noch prekärer geworden. In Indien oder auch Kolumbien versuchen Millionen plötzlich unerwünschter Wanderarbeiter*innen zu Fuß ihre hunderte Kilometer entfernten Ursprungsdörfer zu erreichen, ohne Essen und oft auch ohne Wasser. Aufgrund der von ungewöhnlichen Regenfällen verursachten Heuschreckenplage im Jemen, im Iran, in Kenia, Uganda, Äthiopien, Sudan und Pakistan und wegen der Corona-Krise und ihrer wirtschaftlichen Folgen warnen die Vereinten Nationen vor einer „Hunger-Pandemie“, die die Zahl der Hungernden weltweit verdoppeln könnte (World Food Program). Inzwischen saugen globale Konzerne weiterhin die für die Industrie, insbesondere die Elektronik- und Kommunikationstechnologie notwendigen Bodenschätze ab, vor allem aus Zentralafrika, dem Kongo oder Sambia, aber auch Brasilien, Ecuador, Bolivien, Kanada, den USA und Australien. Sie erzielen immer höhere Profitraten und hinterlassen in wichti-

gen Regionen für Natur und Artenvielfalt riesige völlig zerstörte, vergiftete Gebiete, ohne Reparaturen einzuleiten oder zu bezahlen.

Sicher nicht von der Tellerwäscherin zur Millionärin

Viele Menschen glauben daran, dass Einkommens- und Vermögensunterschiede gerecht sind, weil sie vermeintlich auf harter Arbeit beruhen, auf Erfindungsreichtum oder zumindest auf Glück. Vermögenssteuern werden von vielen abgelehnt, weil sie denken, dass diese dann auch sie selbst treffen könnten, wenn sie fleißig arbeiten oder auch erben. Doch mit durchschnittlicher Arbeit reich zu werden ist heute tatsächlich unmöglich:

Nach 40 Jahren Arbeit kann sich ein Arbeiter in Österreich rund 15.000 Euro ersparen; die Arbeiterin schafft keine Ersparnisse (eigene Berechnung). Laut OeNB beträgt das Medianvermögen in Österreich 82.000 Euro, eine 50 m² Eigentumswohnung kostet in Wien rund 310.000 Euro (immopreise.at). Ein Manager eines an der österreichischen Börse notierten Unternehmens verdient 2017 durchschnittlich 1,7 Millionen Euro im Jahr, etwa das 86-fache eines Arbeiters.

Reichtum durch Gratisarbeit und Gratinput

Historisch gesehen entstand Reichtum aufgrund von Ausbeutung von Arbeitskräften, Gratisarbeit in der Privatsphäre bzw. Gratinput der Natur.

So werden die Versorgungsarbeiten der privaten Haushalte nicht in ökonomische Logiken miteinbezogen und gelten gemeinhin als unwichtig (Waring, 1988).

Feministische Ökonominen wie die Schweizerin Mascha Madörin beziffern den Wert je nach Berechnungsmethode in einzelnen Ländern mit zwischen 50 und 100 % des offiziellen BIP (Madörin, 2010).

„2019 wurde der Wert der unentgeltlichen Pflegearbeit von Frauen weltweit mit 10,8 Billionen Dollar im Jahr beziffert. Das ist dreimal so viel wie in der Tech-Industrie erzeugt wird, bzw. rund 30 mal das gesamte BIP Österreichs.“
(Oxfam, 2020)

Ungleichheit und Reichtum in den USA sind heute noch eng verknüpft mit Sklavenvirtschaft.

„In den Südstaaten im Jahr 1860 betrug der Preis eines Sklaven rund 700 Dollar, so viel kostete damals etwa auch ein Haus, das jährliche Durchschnittseinkommen pro Kopf lag bei etwa 120 Dollar. Aber: die realen Erträge über das gesamte Leben eines Sklaven waren etwa 300.000 Dollar. Wer 10 Sklaven besaß, gehörte so zu den reichsten 1 % der damaligen Zeit.“
(Measuringworth.com/slavery.php)

Dieser Vermögensvorsprung besteht trotz Abolition der Sklaverei heute selbstverständlich weiter.

Ebenso gehören zu diesem System der Ungleichverteilung gänzlich einverleibte Vorleistungen, sämtliche Zerstörung der Natur im Rahmen von Produktion, die Verschmutzung von Luft und Wasser sowie auch die merkwürdige Selbstverständlichkeit Minen, Rohstofflager, Erdölquellen, Wasser usw. zu besitzen, abzubauen bzw. abzuschöpfen und die Erträge (privat oder staatlich) zu verkaufen. Das,

was Marx die „ursprüngliche Akkumulation“ nennt (Industrialisierung, Landnahme, Sklavenwirtschaft, Völkermord in der ‚neuen Welt‘), wird auch heute weiterhin durch Entsolidarisierung entlang von Strukturkategorien wie ‚Rasse‘, Kasten und Klassensysteme aufrechterhalten.

Portal in eine andere Welt

Die Logiken, die unser ausbeuterisches, zerstörerisches, konsumorientiertes Wirtschaftssystem ermöglichen, begleiten uns seit fast 400 Jahren. Die durch sie geschaffenen Probleme werden immer brennender. Es ist Zeit, dass wir uns von diesem Denken und Wirtschaften befreien. Arundhati Roy sagt dazu:

„Aus der Geschichte sehen wir, dass Pandemien die Menschen gezwungen haben, ihre Welt neu zu imaginieren. Auch heute ist es nicht anders. Die Pandemie ist ein Portal, eine Passage zwischen der einen Welt und der nächsten. Wir können uns entscheiden, uns mitsamt unseres verkrusteten Hasses, unserer Vorurteile, unserer Habgier und toten Ideale durchzuschleppen – unsere vergifteten Flüsse und den Smog im Himmel als Hintergrund. Oder wir gehen leichten Schrittes hindurch, mit kaum Gepäck, dazu bereit, uns eine andere Welt vorzustellen. Und mit der Bereitschaft, dafür zu kämpfen.“
(Roy, 2020/Financial Times, eigene Übersetzung)

In diesem Sinne beschließe ich diesen Text mit einer Liste an Gedanken und Möglichkeiten, die in der Perspektive einer neuen Feministischen Ökonomie hilfreich sein könnten als Weggepäck oder Lektüre.

To-do Liste: Mögliche neue Normalität feministischer Ökonomie:

1. *As a woman I have no country. As a woman I want no country. As a woman my country is the whole world.* (Virginia Woolfe, 1938, 99)
 - neue geopolitische Organisationsformen: lokal, überregional, global – nicht national
 - Entscheidungsprozesse abseits von Mehrheitswahlsystemen
2. *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.* Neubewertung und Entlohnung von Arbeitserträgen im öffentlichen Bereich
 - Aufwertung von Care-Arbeit und „systemerhaltender“ Arbeit
 - Abwertung von nicht-nachhaltiger, zerstörerischer Arbeit
3. *Who Cares?*
 - „Vier-in-Einem-Perspektive“ (Haug, 2008): vier menschliche Tätigkeiten sollen von allen zu gleichen Proportionen geleistet werden. 1. Erwerbsleben, 2. Sorge um sich selbst und andere (Reproduktion), 3. eigene Entwicklung, 4. Gestaltung der Gesellschaft; Politik
 - Neubewertung von (Care)Arbeit: Begleitetes Grundeinkommen
4. *New social order*
 - Auslaufen der Unterstützung für die Organisation in Kernfamilien
 - Abkehr vom Homo Oeconomicus Modell
 - Eco System Awareness statt Ego Ökonomie: Überwindung von ökologischer, sozialer und kultureller Dysphorie (Scharmer und Käufer, 2013)
5. Aufhebung der Trennung von Urbanität-Landwirtschaft
 - (globale) commons statt Privateigentum
 - Community Supported Agriculture / regionale Vertragslandwirtschaft: lokale Verbraucher*innen kooperieren mit Partner-Landwirt*innen
 - Permakultur natürlicher Ökosysteme und Kreisläufe
6. Konsequenter Umstieg auf nachhaltige Rohstoffe und Energiegewinnung
 - Auslaufen und Clean-Up der bestehenden Minen und Förderungsstellen, insbesondere Fracking
 - Radikales Energiesparen
7. *Marie Kondo* für die globale Güterproduktion
 - Reduktion eines Großteils der Herstellung von commodities: decluttering
 - Switch zu nachhaltigen Produkten
 - Beendigung der Produktion von Waffen und Militärgütern

8. Vermögensungleichheit beenden durch schonungslose Reparationsleistungen
 - Möglicher Weg: Vermögenssteuern oder andere spezifischere Bemessung
 - Investitionen in Bildungs-, Gesundheits-, Pflege-, Sozial- und Wohnbereiche an Verlierer*innen von Kolonialismus, Globalisierung, Rohstoffkriege und Klimawandel
 - Aktive Wiederherstellung zerstörter Umwelt, Aufforstung, Entgiftung, Rückbauten etc. ... durch die Verursacher*innen
9. Auslaufen von spekulativen Finanzmarktelementen wie Leerverkäufen, Hochfrequenzhandel und Termingeschäften (jbi.or.at)
 - durch jährlich steigende Finanztransaktionssteuern,
 - die dezidiert nur dem Klimaschutz zugutekommen.
10. *We alone can devalue gold by not caring whether it falls or rises on the market place.* (Alice Walker, 1991)
 - Neukonzeption von Geld, bzw. der Funktionen von Geld.

Anmerkung

Details zu den Online-Quellen sind aus Platzgründen bei der Autorin per Email zu erfragen: karin.schoenpflug@univie.ac.at

Literatur

HARAWAY, Donna (1985): Manifesto for Cyborgs: Science, Technology, and Socialist Feminism in the 1980's. In: *Socialist Review* 80, 65-108.

HAUG, Frigga (2008): Die Vier-in-Einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument.

MADÖRIN, Mascha (2010): Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: BAUHARDT, Christine; CAGLAR, Gülay (Hg.*innen). *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin: VS Verlag, 81-104.

MIES, Maria (1986): *Patriarchy and Accumulation on a World Scale: Women in the International Division of Labour*. London: Palgrave Macmillan.

OXFAM (2020): *Time to Care*. oxfam.org.

SCHARMER, Otto; KAUFER, Katrin (2013): *Leading from the Emerging Future: From Ego-System to Eco-System Economies*. San Francisco: Berrett-Koehler.

SCHÖNPFUG, Karin; KLAPEER, Christine M. (2017): *Towards a Posthumanist Economics: The End of Self-Possession and the Disappearing of Homo Oeconomicus*. In: WESTRA, Richard; ALBRITTON, Robert; JEONG, Seong-jin (eds.) *Varieties of Alternative Economic Systems: Practical Utopias for an Age of Global Crisis and Austerity*. New York: Routledge, 204-220

WALKER, Alice (1991): *Her Blue Body Everything We Know: Earthling Poems, 1965-1990*. New York: Harcourt Brace Jovanovich.

WARING, Marilyn (1988): *If Women Counted. A New Feminist Economics*. San Francisco: Harper & Row.

WOOLFE, Virginia (1938) *Three Guineas*. London: Hogarth.

Autorin

KARIN SCHÖNPFUG, Ökonomin am IHS Wien, ist und war Lehrende an Universitäten in Wien, Linz, Graz, Klagenfurt, der University of Southern Maine und der University of Otago in Neuseeland. Dissertation: *Feminism, Economics and Utopia. Time Travelling Through paradigms*. New York: Routledge 2008.

HELDINNEN DES ALLTAGS – DER FRAUEN LOHN

Gedanken im April 2020

Andrea Strutzmann

Frauen, die während der Corona Zeit in systemerhaltenden Berufen wie im Lebensmittelhandel, in der Pflege, in der Reinigung tätig sind, werden als Heldinnen des Alltags bezeichnet. Die Gefahr der Ansteckung ist für diese Frauen sehr hoch. Klar ist, dass sie im Lohnsektor im unteren Bereich angesiedelt sind, aber über die Glorifizierung als Heldin werden sie wie in einer Märtyrerinnenschaft vereint: Bundesregierung, WirtschaftsvertreterInnen und die Gesellschaft murmeln: „Wir danken euch, wir danken euch...“ Doch grundsätzlich gab es vorher und wird es auch nachher keine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen geben.

Frauen müssen – wie schon immer – als Systemerhalterinnen erhalten. Mich beschäftigt sehr die Frage, warum es nicht möglich ist Frauen und den Wert ihrer Arbeit in so einer Situation mehr in den Blick zu nehmen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Höhere Gehälter müssen sein!

Die Metapher Wirtschaft sei ein Körper, der frisches Blut braucht, um lebensfähig zu bleiben, um einen Kreislaufkollaps zu verhindern, die einige Regierungsmitglieder bei diversen Pressekonferenzen gewählt haben, würde also bedeuten, dass die budgetären Zuschüsse und Förderungen des Bundes wie Transfusionen in den Wirtschaftskörper gepumpt werden. Für die Frauen, die bis zur völligen realen körperlichen Erschöpfung arbeiten und keinerlei ‚frisches Blut‘ im Sinne von höheren Löhnen bekommen, ist klar, dass sich ihre Position und Situation in keins-ter Weise verändert hat und nach Corona dieselbe bleibt. Es wäre doch eine Idee, die Gehälter für die im Supermarkt, in der

Pflege, in der Reinigung, in allen neuralgischen Berufsfeldern arbeitenden Frauen, die notwendig waren und notwendig sind, um eine Systemerhaltung in Bezug auf das Coronavirus zu gewährleisten, zu verdoppeln.

Wenn nun alle Kundinnen und Kunden in den Supermärkten Masken tragen sollen, mindestens 1 Meter Abstand eingehalten werden soll und die Haltestangen der Einkaufswagen immer wieder desinfiziert werden müssen, frage ich mich, welche zusätzlichen Tätigkeitsbereiche der

Job Description einer Einzelhandelsangestellten hinzugefügt werden. Werden sie nun auch noch als Systemkontrolleurinnen – quasi als Konsumpolizistinnen eingesetzt? Wenn ja, dann fände ich es nur fair, wenn in Zukunft das Gehaltsschema der ExekutivbeamtInnen für Angestellte im Handel als Grundlage dient. Das wäre doch mal eine konkrete Würdigung der Heldinnen.

Autorin

ANDREA STRUTZMANN ist Erwachsenenbildnerin, Mitfrau in der Frauenhetz.



ENSEMBLE. Karin Hatwagner 2020. Assemblage (Draht, Pflanzenteil, Messingbleich, Plexiglas) 38x34x25,5cm

EINE LANGE GESCHICHTE DER PREKARITÄT

Vom häuslichen Dienst zur Erwerbsarbeit in privaten Haushalten

Jessica Richter

Die Covid-19-bedingten Krisenreaktionen haben auch Haushaltsarbeiterinnen in Bedrängnis gebracht. Während viele von ihnen ihre Einkünfte verloren haben, bedeuteten Ausgangsbeschränkungen und Social Distancing für Pflegerinnen pausenlose Überarbeit für lange Zeiträume. Erwerbsarbeit in privaten Haushalten leisten fast immer Frauen. Die meisten von ihnen haben keine österreichische Staatsbürger*innenschaft.

So unterbrachen die Grenzschließungen den Wechseltturnus von 24-Stunden-Pflegerinnen, die nach Österreich pendeln. Blieben manche von ihnen mindestens sieben Wochen bei den Pflegebedürftigen und waren rund um die Uhr für deren Bedürfnisse im Einsatz, mussten andere feststellen, dass sie von ihren Arbeitsplätzen abgeschnitten waren. Letzteres war auch für viele stundenweise beschäftigte Reinigungskräfte der Fall, wenn sie nicht in die Privathaushalte ihrer Arbeitgeber*innen zurückkehren durften. Da sie meist informell in Schattenarbeit tätig sind, konnten sie nicht auf staatliche Kompensationen hoffen. Und falls sie einen unsicheren Aufenthaltstitel in Österreich haben, sind sie von Gesundheits- und anderen öffentlichen Leistungen weitgehend ausgeschlossen (vgl. UNDOK-Statement).

Notwendig und prekär

Aber auch jene, die regulär in Österreich leben, verbindet die Prekarität ihrer Beschäftigung – die mangelnde soziale Absicherung, das geringe Einkommen, die Abwesenheit jeglichen Prestiges oder die Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs. Obwohl ihre Tätigkeiten für den gesellschaftlichen Zusammenhalt notwendig (im Jargon der Corona-Krise

„systemrelevant“) sind, erhalten sie kaum Wertschätzung. Dies zeigt nicht zuletzt die ‚Anpassung‘ der Familienbeihilfe unter der türkis-blauen Regierung für jene Arbeitskräfte, deren Kinder nicht in Österreich leben. Diese ging gerade für osteuropäische Pflegerinnen mit erheblichen Kürzungen einher. Die Prekarität ihrer Beschäftigungen ist eng damit verbunden, dass Haushaltsarbeiterinnen im Privatbereich anderer arbeiten. Und sie hat eine lange Geschichte (Richter 2017).

Dienstbotinnenproteste im 19. Jahrhundert

Schon im Revolutionsjahr 1848 demonstrierten 400 Wiener Dienstbotinnen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen (Hauch 1990, 197f.). Ab den 1890ern griffen häuslich Bedienstete und sozialdemokratische Aktivistinnen die Proteste und Forderungen wieder auf. Sie organisierten Dienstbotinnenversammlungen, die die Ausbeutung, die schwierigen Verhältnisse und die Demütigungen zur Sprache brachten, die Bedienstete vielfach erlebten.

Dienstbotinnen waren zu dieser Zeit aus gut situierten Häusern, wie auch aus jenen von Handwerkern oder Gewerbetreibenden, kaum wegzudenken. Die Arbeit war um einiges kräftezehrender und zeitraubender als heute. Fast alles war Handarbeit, Haushaltsgeräte gab es kaum. Ab dem Ende des Jahrhunderts war der häusliche Dienst fast ausschließlich eine Angelegenheit von Frauen unterer sozialer Schichten und aus ländlichen Gebieten. Die meisten Bediensteten waren jung, 1890 waren fast 70 % von ihnen unter 30 Jahre alt (Tichy 1984, 24). Ihren ersten Dienst auf einem Bauernhof oder im Haushalt anderer hatten sie mit Ende der Schulpflicht mit

14 Jahren oder sogar noch früher angetreten. Die Mehrheit von ihnen – das galt nach dem Ersten Weltkrieg noch mehr als davor – war die einzige bezahlte Arbeitskraft im Haus der Dienstgeber*innen.

Unten in der Haushaltshierarchie

In der Praxis unterschieden sich Dienstverhältnisse von Haushalt zu Haushalt erheblich. Manche Bedienstete fühlten sich in ihren Stellen sogar wohl und gut behandelt, obwohl sie den Dienstgeber*innen untergeordnet waren. Aber insgesamt war die Liste der Missstände, gegen die Aktivistinnen 1848 und um 1900 revoltierten, lang: Sie reichte von der mangelhaften Versorgung und Bezahlung von Bediensteten, von einem Übermaß an Arbeit und der Abwesenheit von frei gestaltbarer Zeit bis hin zu (sexualisierter) Gewalt.

Beispielsweise waren Verpflegung und Unterbringung Bestandteil des Lohns von Hausbediensteten. Aber nicht wenige erhielten minderwertige Kost, manche litten Hunger. Viele von ihnen schliefen im Bad, in der Küche oder am Gang. Da häusliche Dienstbotinnen an ihren Arbeitsplätzen untergebracht waren, standen sie permanent für die ‚Herrschaft‘ zur Verfügung. Entsprechend enorm war die Arbeitsbelastung: Während ab 1885 die tägliche Arbeitszeit für Industriearbeiter*innen zumindest formal auf 11 Stunden begrenzt wurde, arbeiteten viele Bedienstete von früh bis spät, zum Teil 16 Stunden und mehr am Tag. Zudem war es für die Beschäftigten besonders schwierig, sich vor Übergriffen seitens männlicher Mitglieder der Dienstgeber*innenfamilie zu schützen.

Mehr als ‚nur‘ die Arbeitskraft

Aber damit war es nicht genug. Die Aktivistinnen empörten sich über die Verhältnisse persönlicher Abhängigkeit, die seinerzeit in den Dienstbotenordnungen gesetzlich verankert waren. Rechtlich und in den Augen vieler Zeitgenoss*innen waren „Dienstboten“ keine Arbeiter*innen, sondern untergeordnete Haushaltsmitglieder, die der „hauherrlichen Gewalt“ unterstanden.

Damit waren Dienstbotinnen den Dienstgeber*innen zu Gehorsam, Fleiß und Treue verpflichtet. Übler Nachrede und Zank hatten sie sich zu enthalten und die Weisungen von Dienstgeber*innen mit Demut und Bescheidenheit hinzunehmen. Sie durften das Haus nicht unerlaubt verlassen oder Besuche empfangen. Dienstgeber*innen waren berechtigt, die persönlichen Gegenstände des Personals zu durchsuchen und sie zu kontrollieren.

In Anlehnung an das geltende Familienrecht kam dem männlichen Haushaltsvorstand und Dienstgeber außerdem ein Züchtigungsrecht zu. So sollte dieser die häusliche Ordnung durchsetzen, die als Grundlage der staatlichen Ordnung verstanden wurde. Wenn Bestrafungen in rohe Gewalt ausarteten, waren die Möglichkeiten der Gegenwehr für Dienstbotinnen gering. Viele verließen ihre Dienstposten, um sich untragbaren Bedingungen zu entziehen. Stellenwechsel zum Teil schon nach kurzer Zeit waren häufig – obwohl Dienstbotinnen Gefahr liefen, bestraft und zwangsweise in das Haus des Dienstgebers zurückgebracht zu werden, wenn sie Kündigungsfristen nicht einhielten.

Gesetze wie Ruinen

Um die Wende zum 20. Jahrhundert erschienen diese Abhängigkeiten aber immer weniger haltbar. Während Dienstgeber*innen darüber klagten, dass die moralisch integren, fleißigen und loyalen Dienstbotinnen von ‚früher‘ angeblich nicht mehr existierten, wuchs die Kritik an der Verfasstheit von Dienstverhältnissen. Angesichts neuer Arbeitsmöglichkeiten sank außerdem der Anteil der Frauen, die bereit waren, ‚in Stellung‘ zu gehen.

Sogar konservative Politiker mussten eingestehen, dass die geltenden Dienstbotengesetze „Anachronismen unseres Privatrechtes“ waren und wie eine „Ruine in die moderne Zeit hineinragen“ (Stenographische Protokolle NÖ 1910, 266), berichtete der christlichsoziale Josef von Baechlé aus jenem Ausschuss, der 1910 über eine neue „Dienstordnung“ für Wien beriet.

Keine Arbeit wie jede andere?

Die sozialdemokratische Forderung, häusliche Dienstverhältnisse rechtlich mit gewerblicher Arbeit gleichzustellen, ging den bürgerlichen Kräften im niederösterreichischen Parlament aber zu weit. Dies war auch nach dem Ersten Weltkrieg im nationalen Parlament der jungen Ersten Republik der Fall, als es auf Initiative insbesondere der ersten weiblichen Abgeordneten wie der christlichsozialen Parlamentarierin Hildegard Burjan und einiger Sozialdemokrat*innen, die eine grundlegende Erweiterung der Rechte von Hausgehilfinnen mit angestoßen haben, schließlich zu wesentlichen rechtlichen Veränderungen kam. Aber wie ihre konservativen Kollegen vertrat Burjan den Standpunkt, „daß das Verhältnis der in Familiengemeinschaft lebenden Haus-

gehilfinnen nicht gleichgesetzt werden kann [mit] dem Verhältnis der in der Fabrik beschäftigten Arbeiterin zum Arbeitgeber. [...] Wir dürfen doch nicht außer acht lassen,“ so die Politikerin, „daß die Hausgehilfin in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen wird, das Verhältnis zwischen Dienstgeber und Hausgehilfin wird immer ein Vertrauensverhältnis sein“ (Stenographische Protokolle Konstituierende Nationalversammlung 1920, 1824f.). Dieses angebliche Vertrauensverhältnis und ihre Einbindung in den Dienstgeber*innenhaushalt fungierte wieder als Argument, Bediensteten arbeitsbezogene Rechte vorzuenthalten.

Von Dienstbotinnen zu Hausgehilfinnen

Das vor fast genau 100 Jahren am 26. Februar 1920 beschlossene Hausgehilfengesetz brachte dennoch grundlegende Verbesserungen.

Es legte erstmals Ruhezeiten (neun Stunden in der Nacht plus zwei Stunden tagsüber) fest. Hausgehilfinnen erhielten einen formalen Urlaubsanspruch und Freizeiten, Überstundenentlohnung oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Das Gesetz führte gleiche Kündigungsmodalitäten für die Vertragsparteien ein und schaffte die als Kontrollinstrumente kritisierten Dienstbotenbücher ab. Außerdem wurden nun die ordentlichen Gerichte anstelle der Polizei, die eher für die ‚Herrschaft‘ Partei nahm, für Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis zuständig. Galt das Gesetz zunächst nur für Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohner*innen, bezog es ab 1926 schließlich Hausgehilfinnen in kleinen Ortschaften mit ein. 1921 erfolgte auch die Aufnahme von Hausgehilfinnen

in die obligatorische Krankenversicherung der Arbeiter*innen. Kurzum: Aus „Dienstbotinnen“ wurden „Hausgehilfen“, sie wurden in der Republik erstmals als Arbeitskräfte verstanden.

Besondere statt reguläre Arbeitskräfte

Allerdings gab es keine Inspektor*innen, die die Einhaltung des Gesetzes in der Praxis kontrollierten. Zudem waren viele Bestimmungen hoch ambivalent. So ließen die Ruhezeiten Arbeitstage von 13 Stunden zu, während für andere Arbeiter*innen etwa zur selben Zeit der 8-Stundentag eingeführt worden war. Da Hausgehilfinnen nicht in einem Betrieb, sondern in Haushalten arbeiteten, galten sie rechtlich als besondere Arbeitskräfte. Sie wurden von Politik, Recht und Behörden von arbeitsbezogenen Rechten und Ansprüchen teilweise ausgeschlossen. Diese Minderbewertung von Haushaltserwerbsarbeit, für die überwiegend Frauen am unteren Ende gesellschaftlicher Rangordnungen verantwortlich gemacht werden, funktioniert bis heute. Solidarität mit Haushaltssarbeiterinnen ist in Krisenzeiten mehr denn je gefragt.

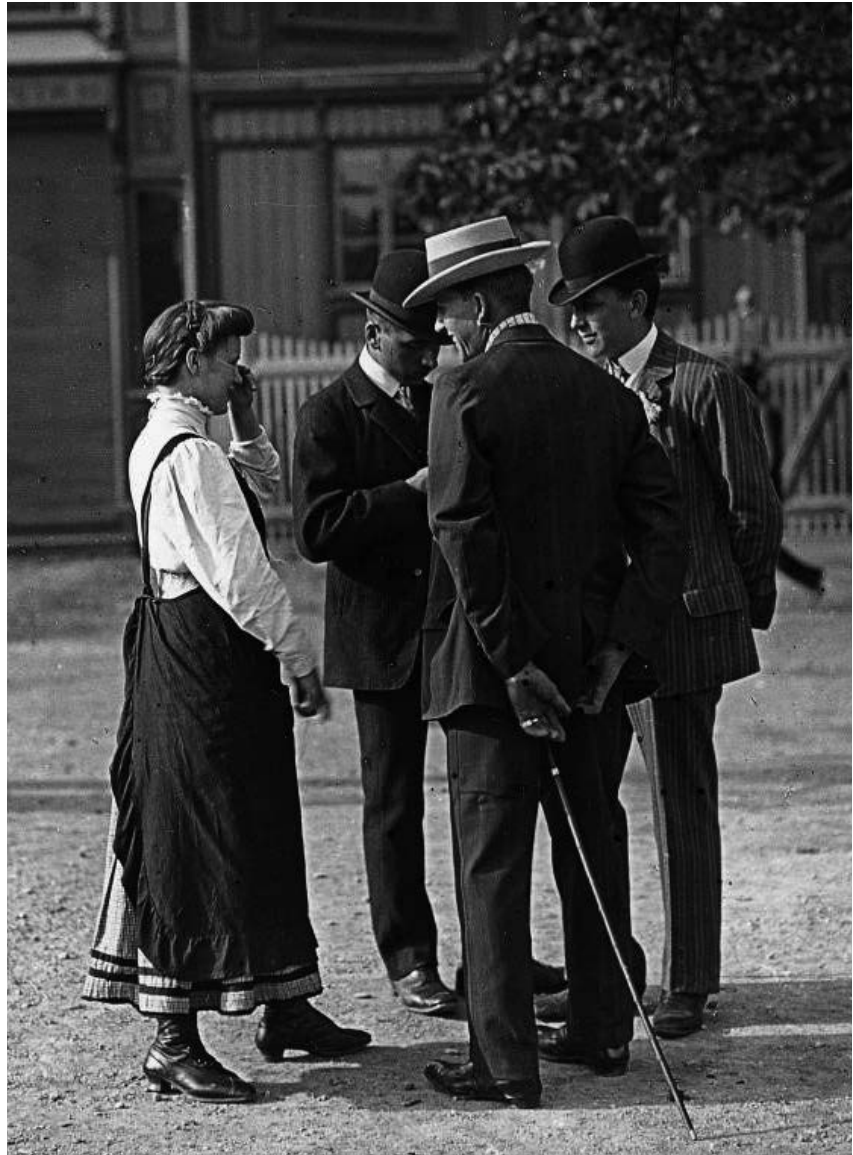
Literatur

HAUCH, Gabriella 1990: Frau Biedermeier auf den Barrikaden. Frauenleben in der Wiener Revolution 1848. Wien: Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 49.

RICHTER, Jessica 2017: Die Produktion besonderer Arbeitskräfte. Auseinandersetzungen um den häuslichen Dienst in Österreich (Ende des 19. Jahrhunderts bis 1938). Dissertation, Universität Wien.

STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE des niederösterreichischen Landtages, 2. Session, 12. Sitzung vom 25. Oktober 1910.

STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik



Dienstmädchen mit Galanen, Wien (zwischen 1905 und 1914). Public Domain.
Quelle: Wikimedia Commons / Damals in Wien. Menschen um die Jahrhundertwende.
Photographien von Emil Mayer.

Österreich, 64. Sitzung am 26. Februar 1920.

TICHY, Marina 1984: Alltag und Traum. Leben und Lektüre der Wiener Dienstmädchen um die Jahrhundertwende. Wien, Köln, Graz: Kulturstudien 3.

UNDOK-Statement: Arbeiten ohne Papiere in der Corona-Krise. <https://undok.at/blog/2020/04/17/undok-statement-arbeiten-ohne-papiere-in-der-corona-krise/>

Autorin

JESSICA RICHTER, Historikerin und Sozialwissenschaftlerin, verfasste ihre Dissertation zum häuslichen Dienst in Österreich vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1938. Forscht derzeit am Institut für Geschichte des ländlichen Raumes in St. Pölten. Vorstandsmitglied von fernetz. Junges Forschungsnetzwerk Frauen- und Geschlechtergeschichte.

GRUNDEINKOMMEN?

Eine Krisen-Reflexion

Margit Appel



Mit jedem Nachrichtenzyklus hasten wir von einer Krise, die mit kraftvollen Klauen unser Leben ergreift und fesselt, zur nächsten, nur um dann von einer noch drängenderen abgelöst zu werden, die sofortige Aufmerksamkeit und umgehendes Handeln erfordert.
(Bargu 2019, 100)

Sofort sind sie alle abrufbar: Finanzkrise, „Flüchtlingskrise“, Klimakrise, Demokratiekrise – und jetzt die „Corona-Krise“. Fehlt da nicht eine? Klar, die Care-Krise. Die hat es aber noch nie in das Stadium der allgemein ausgerufenen Krisen geschafft, auch wenn sie eine ist, die – wie es im einleitenden Zitat heißt – „mit kraftvollen Klauen unser Leben ergreift und fesselt“.

Politisierung von Care-Themen

Erinnern wir uns an die Wochen vor dem 16. März 2020 (dem Inkrafttreten umfassender Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung von Covid 19). Die Beschäftigten der in der ‚Sozialwirtschaft‘ organisierten Sozial- und Gesundheitsberufe hatten mit ihrer klaren, gut vermittelten Forderung nach einer 35-Stunden-Woche und ihrem Mut zum Streik auf sich und ihre Anliegen aufmerksam gemacht. Es war ihnen im ganz klassischen Sinn gelungen, ihre Einkommenssituation und die strukturellen Mängel ihrer Arbeitsbereiche erfolgreich zu politisieren: zum Gegenstand öffentlichen Interesses und politischer Verhandlung zu machen.

MASCARADE 20. Karin Hatwagner 2020.
Assemblage (Textil, Karton, Kunststoff, Metall, schwarze Lackfarbe) 70,5x25x25cm

In Salzburg kämpften die Teams der Salzburger Frauenhäuser, zivilgesellschaftlich breit unterstützt, gegen die von der Frauenlandesrätin vom Zaun gebrochene Neu-Ausschreibung der Trägerschaft der Häuser. Die Zerschlagung jahrzehntelanger Frauenhausarbeit wurde befürchtet.

Erst mit dem Wahlerfolg der sozialdemokratischen Partei im Burgenland Ende Jänner 2020 wurde allgemein bekannt, dass das Land Burgenland bereits seit November 2019 pflegende Angehörige anstellt. Die Einkommen orientieren sich am Mindestlohn von 1.700 Euro für den Landesdienst. Weitere Länderchefs kündigten an, dieses Experiment genau zu beobachten. Bevor eine feministisch-kritische Debatte dazu in Gang kommen konnte, versandete Covid-19 bedingt die Berichterstattung.

Weiter wie bisher?

Krisensituationen zeichnet meist aus, dass Entscheidungen zur Lösung der Krise unter Zeitnot getroffen werden müssen und Krisen die Möglichkeit enthalten, Bestehendes zu transformieren, also nicht mehr so weiter zu machen wie bisher.

Zeigt sich das in den angesprochenen Ereignissen? Es zeigt sich, aber eher nicht so, wie zu erwarten gewesen wäre. In der Sozialwirtschaft kam es während des Corona-Krisen „Shutdowns“ zu einem unzureichenden Kollektivvertragsabschluss: Angesichts der gelungenen Politisierung der Anliegen der Beschäftigten in der Sozialwirtschaft ein enttäuschendes Ergebnis.

Hingegen gelang es sehr rasch nach Einführung der Ausgehbeschränkungen, die Gefahr des Ansteigens häuslicher

Gewalt gegen Frauen zu politisieren. Die Justiz- und vor allem die Frauenministerin ließen bei ihren öffentlichen Auftritten erkennen, dass sie mit VertreterInnen der Gewaltschutzeinrichtungen kooperieren und sich beraten lassen. Eine überraschend erfolgreiche Einflussnahme auf die politischen EntscheidungsträgerInnen angesichts der Rückschritte zum Thema Gewalt gegen Frauen während der türkis-blauen Regierung und des in der Sache nicht vielversprechenden Starts der aktuellen Frauenministerin. Das Transformationspotential liegt wohl am ehesten im Umstand, Gewalt gegen Frauen – für den Moment unwidersprochen von der konservativen Regierungspartei – als Problem (re-)positioniert zu haben, das alle Milieus betrifft, sich in den eigenen vier Wänden abspielt und primär von den Ehemännern/Lebensgefährten der Frauen ausgeht.

Die Anstellung pflegender Angehöriger beim Land Burgenland läuft. Die feministisch-politische Debatte dazu steht aus. Vom Zeitfaktor her kann der burgenländische Landeshauptmann wohl punkten. Noch bevor die Corona-Krise die Labilität des 24-Stunden-Pflegermodells, das auf die grenzenlose Mobilität und Verfügbarkeit ausländischer Arbeitskräfte setzt, besonders eindringlich zeigte, hatte er sich um Alternativen gekümmert. Das Transformationspotential scheint allerdings gering. Auf familiäre Pflege, in erster Linie von Frauen erbracht, zu setzen, hat viel vom ‚weiter wie bisher‘ und wenig von der dringend geforderten geschlechtergerechten Verteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit.

Heroisierung als konservative Strategie

*Wir sollen die ewig Lächelnden sein,
Schürze, Häubchen, mildes Gesicht.
Unsere Mienen dürfen nicht die
Hartherzigkeit der anderen verraten.*
(Luitpold 1927, 2)

Apropos gesellschaftlich notwendige Arbeit. Es dauerte maximal zwei bis drei Tage im Krisenmodus, bis ArbeitnehmerInnen, über deren Leistungen man sich bis dorthin wenig Gedanken zu machen pflegte, zu „HeldInnen des Alltags“ aufgestiegen waren. Wobei das Verb „aufgestiegen“ es nicht trifft. Mit der Heroisierung der SupermarktkassiererInnen, PflegerInnen, etc. zu systemrelevanten Beschäftigten, die Übermenschliches leisten, ist eben von jenen, die diese Etikettierungen strategisch oder naiv einsetzen, kein Aufstieg gedacht, vielmehr wird eine gesellschaftliche Platzzuweisung vorgenommen.

Die Analogie zur ganz generellen gesellschaftlichen Platzzuweisung für dem biologischen Geschlecht der Frauen zugeordnete Menschen ist klar. In einer nur Frauen eigenen Haltung bedingungsloser Zuwendung, so dieser interessegeleitete, moralisierende Diskurs, erbringen sie die für Kinderbetreuung, Pflege, Hausarbeit, etc. charakteristischen Sorge-Leistungen ‚aus Liebe‘, in einer ‚unbezahlbaren‘ Art und Weise. Diese Konstruktionen von Geschlechtscharakter und Arbeitsvermögen wirkten und wirken auch in der Erwerbsarbeit von Frauen. Bis in die 1930er Jahre

betrug der Frauenanteil beim ‚niederen Hauspersonal‘ fast hundert Prozent. Entsprechend der Denkweise, Frauen seien zu Hausfrauen und Müttern prädestiniert, wurden häusliche Dienst- und Sorgetätigkeiten im Rahmen eines Erwerbsarbeitsverhältnisses ebenfalls als genuin weibliche Tätigkeit gesehen. 1920/21 kam es – auf Initiative der ersten weiblichen Abgeordneten im Parlament, unter ihnen drei Gewerkschaftlerinnen – zu einem „Hausgehilfengesetz“ und der Ausweitung der „Arbeiterkrankenversicherung“ auf das Hauspersonal. Von der Arbeitslosenversicherung und einer festen Begrenzung der Arbeitszeit blieben diese Arbeitskräfte aber ausgeschlossen – aufgrund des „besonderen Charakters“ der Hauswirtschaft. (Richter, 2017)

Dieses am historischen Beispiel gezeigte DienstherrInnengehabe zeigt sich heute auch in jenen Erwerbsarbeitssektoren, in denen Sorge-/Versorgungstätigkeiten im engeren und weiteren Sinn erbracht werden. Es sind Sektoren, die von Deregulierungsprozessen der letzten Jahrzehnte massiv betroffen sind: Prekarisierung, Entwertung von Arbeitsvermögen, Re-Feudalisierung von Arbeitsbeziehungen. Silke Bothfeld verweist darauf, dass für die jeweiligen Handlungsspielräume der Erwerbstätigen die individuelle Marktposition entscheidend sei. Ist diese eher gering, dann sind die Beschäftigten gezwungen „risikoavers“ zu sein. Schlechte Bezahlung und schwierige Arbeitsbedingungen werden eher akzeptiert als ein längerer Ausschluss vom Arbeitsmarkt (Bothfeld 2020). Siehe da: In weiten Teilen der Gruppe der „HeldInnen des Alltags“ herrscht also höchster Erwerbsarbeits-

zwang! Das erklärt, wieso Supermarktketten mit ihrer Geste lächerlich niedriger einmaliger Prämien davonkommen; oder Gesundheitsvorkehrungen für die Handelsangestellten (etwa das Tragen von Masken) erst zeitgleich mit der verordneten Sorge um die Gesundheit der KundInnen kamen.

So wie alle froh sind, dass im Bereich der unbezahlten Arbeit die zwar systemrelevanten aber unbezahlbaren sogenannten Care-TakerInnen ihre Rollen treu erfüllen, so sind wir doch alle äußerst froh, dass die uns und unsere Angehörigen in der Krise versorgenden Handelsangestellten, Lieferdienste, PädagogInnen, HeimhelferInnen, 24-Stunden-PflegerInnen, etc. ihre Rollen treu erfüllen – oder vielmehr erfüllen müssen. Ihre Marktpositionen sind schlecht, ihre Existenznöte oft groß. Da nehmen 24-Stunden-PflegerInnen aus diversen EU-Ländern schon mal in Kauf, zwei Wochen unbezahlt in einer Quarantäne-Unterkunft in Österreich zu warten, bis sie ihren – dann auch gleich noch besonders langen – Turnus antreten dürfen.

Grundeinkommen?!

Für die Lebensbedingungen von Frauen parteiische Organisationen haben in den Jahren der vielen Krisen gelernt: nicht abzuwarten bis Maßnahmenpakete geschnürt sind und auf institutionalisierte Einflusskanäle zu hoffen, sondern vom ersten Tag an die Einhaltung von Gleichstellungszielen bei allen Krisen-Maßnahmen als oberste Priorität öffentlich zu fordern. In diesem Sinn haben der Salzburger Frauenrat und der Österreichische Frauenring Anfang April 2020 eine wichtige Petition initiiert, damit „die Corona-Krise und vor allem die Wege aus der Krise heraus

nicht zu einem Fiasko für Frauen werden“ (Salzburger Frauenrat / Österreichischer Frauenring 2020).

Bei den angeführten Maßnahmen kommt das bedingungslose Grundeinkommen nicht vor. Ganz überraschend ist das nicht, weil das Grundeinkommen gerade unter feministischen AkteurInnen immer noch den Geruch der „Herdprämie“ hat. Was wohl daran liegt, dass das Grundeinkommen ein Instrument der sekundären Einkommensverteilung ist – wichtig für die Erzielung von Einkommen von Frauen, aber unter dem Verdacht stehend, falsche Anreize zu setzen und Frauen von den Orten der primären Einkommenserzielung fern zu halten. Nun, es gibt kein arbeitsmarkt- oder sozialpolitisches Instrument, das per se Geschlechtergerechtigkeit garantiert, auch das bedingungslose Grundeinkommen nicht – und dennoch hat es ein solches Transformationspotential.

In einer Situation, in der beharrliche Geschlechterungleichheiten hinsichtlich Zeit, Einkommen und Vermögen nicht beseitigt sind, – im Gegenteil, diese Ungleichheiten in allen Krisen der letzten Jahre und so auch in der Corona-Krise, wiederbelebbar sind bzw. sich verstärken –, gilt es für eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Grundeinkommen zu werben. Nicht im Sinne eines „Krisen-Grundeinkommens“, eine aktuell häufig erhobene Forderung, sondern im Sinne eines als allgemeines soziales Recht ausgestalteten, existenzsichernden, personenbezogenen und bedingungslosen Grundeinkommens. Eine solche dauerhafte, durch die freie Wahl von Lebensentwürfen nicht ‚verspielbare‘ Sicherheit hat es historisch für Frauen noch nicht

gegeben – ist es so falsch anzunehmen, dass Frauen damit etwas machen, das individuell und gesamtgesellschaftlich emanzipatorisch wirkt?

Ein Grundeinkommen setzt weder kapitalistische Machtverhältnisse noch erlernte Geschlechter-Arrangements außer Kraft. Aber es interveniert auf der Ebene zentraler Strukturelemente, die unsere gesellschaftliche Ordnung beherrschen: dem Erwerbsarbeitsregime, der herrschenden Wohlfahrtskonzeption, der hochgehaltenen Trennung in bezahlte und unbezahlte bzw. produktive und unproduktive Arbeit, u.a.m. Aufgrund des Kriteriums der Bedingungslosigkeit entgelt das Grundeinkommen nichts und entzieht damit sowohl kapitalistisch-marktwirtschaftlichen wie auch patriarchal-paternalistischen Leistungslagen den Boden (Appel 2020). Könnte gut sein, wenn es bei der nächsten Krise schon ein solches bedingungsloses Grundeinkommen gibt, dass man mit der billigen Heroisierung unbezahlter und bezahlter Sorgearbeit nicht mehr besonders weit kommt.

Literatur

APPEL, Margit (im Erscheinen) Armutsvermeidend? Emanzipatorisch? Bedingungsloses Grundeinkommen! In: SCHÄFER, Reinhild; DACKWEILER, Regina-Maria; RAU, Alexandra (Hg.innen) *Frauen und Armut – Feministische Perspektiven*. Leverkusen: Barbara Budrich.

BARGU, Banu (2019) Die Krise der Demokratie pluralisieren. In: KETTERER, Hanna; BECKER, Karina (Hg.innen) *Was stimmt nicht mit der Demokratie?* Berlin: Suhrkamp, 100–110.

BOTHFELD, Silke (2020) Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist weder funktional noch gerecht. *A&Wblog*, 6. April 2020, [awblog.at](https://www.awblog.at)

LUITPOLD, Josef. Gedicht wir Hausgehilfinen. In: *Die Einigkeit*. Nr.5 1927 <https://www.gewerkschaftsgeschichte.at/routenpunkt.php?nid=2&routenpunkt=203>

RICHTER, Jessica (2017) „Hausgehilfe“ – Making of einer Verwaltungskategorie. In:



OBJET 03. Karin Hatwagner 2017/20

Assemblage (Holz, Metall, Schafwolle, Fischhaut, blaue Farben, Blattsilber) 45x14x14cm

[fernetzt] Junges Forschungsnetzwerk Frauen – und Geschlechtergeschichte <https://www.univie.ac.at/fernetzt/hausgehilfe-vwgh/>

SALZBURGER FRAUENRAT; ÖSTERREICHISCHER FRAUENRING (2020) „Die Corona-Krise darf nicht auf Kosten von Frauen gehen“ – Eine Petition für geschlechtergerechte Maßnahmen in und nach der Krise. https://www.frauenring.at/sites/default/files/artikel/Petition_FrauenUndCorona_finale_Version.pdf

Autorin

MARGIT APPEL: Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Frauenforschung an der Universität Wien. Referentin und Autorin zu den Themen Demokratie und Partizipation, Sozialstaat und soziale Sicherheit, feministische Konzepte von Gesellschaft und Ökonomie. Engagiert im Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt – BIEN Austria.

DAS GANZE DER ARBEIT REVOLUTIONIEREN!¹

Gabriele Winker



MASK. Karin Hatwagner 2020. Assemblage (Textil, Metall, Kunststoff) 44x44x17cm

Schon vor dem neuen Corona-Virus war der Mehrheit der Menschen, die tagtäglich Kinder erziehen, unterstützungsbedürftige Angehörige pflegen oder Menschen in Not helfen, sehr klar, dass ohne Care-Arbeit bzw. Sorgearbeit unsere Gesellschaft sofort zusammenbrechen würde. Sorgearbeit wird sowohl alltäglich unentlohnt in Familien geleistet als auch in Care-Berufen, etwa durch Pflegekräfte oder Erzieher_innen, weit überproportional von Frauen. Von diesen Sorgearbeitenden werden derzeit in Deutschland

zwei Drittel aller entlohten und unentlohten Arbeitsstunden ausgeführt. In der derzeitigen Corona-Pandemie erhalten Pflegekräfte und Ärzt_innen große Aufmerksamkeit, da wir derzeit alle gleichzeitig spüren, wie stark wir von ihrer Arbeit abhängen. Und das ist gut so! Aber selbst in einer so zugespitzten Situation, in der seitens des Staates viel Geld in die Hand genommen wird, um das Virus zu bekämpfen, erfährt die familiäre Sorgearbeit kaum Unterstützung. Abgesehen von Beschäftigten in systemrelevanten

Bereichen müssen derzeit Eltern individuell eine Ganztagsbetreuung ihrer Kinder und häufig dazu im Home-Office die eigene Berufstätigkeit realisieren. Sie sollen dabei auch noch eine gute Lehrerin, Hauswirtschafterin und Trösterin sein. So fühlen sich insbesondere Mütter derzeit noch mehr alleine gelassen, als dies in normalen Zeiten der Fall ist.

Dies verdeutlicht einmal mehr, dass in einer kapitalistischen Gesellschaft die unentlohnte Sorgearbeit nicht als Arbeit anerkannt wird und ihr entsprechend auch nicht die notwendige Zeit eingeräumt wird. Als Arbeit gelten in unserer erwerbszentrierten Gesellschaft nur all jene Tätigkeiten, die gegen Lohn geleistet werden. Dies sind gleichzeitig die Bereiche, in denen Unternehmen Profite realisieren. Hierfür brauchen Unternehmen Arbeitskräfte – möglichst viele und möglichst fitte. Diese sollen – für Unternehmen möglichst kostengünstig – in Familien geboren, erzogen und betreut werden. Gleichzeitig sollen sich die Erwerbstätigen in einem angenehmen häuslichen Ambiente, das meist von Frauen ‚aus Liebe‘ aufrechterhalten wird, gut von ihrem Job erholen.

Für die Kapitalverwertung ist also nicht nur wichtig, dass Arbeitskraft reproduziert wird, sondern auch, dass dies möglichst günstig geschieht. Wie dies konkret passiert, ob in Kleinfamilien oder in Wohngemeinschaften oder mit Unterstützung von prekär beschäftigten Hausangestellten, ist in dieser Logik weitgehend unbedeutend. Entscheidend ist, dass erstens möglichst viele erwerbsfähige Personen ihre Arbeitskraft verkaufen, sodass sie zweitens ihre Reproduktionskosten durch nicht entlohnte Sorgearbeit gering

halten, dass sie drittens, ebenfalls unentlohnt, ihre Arbeitskraft und ihre psychischen, physischen und qualifikatorischen Fähigkeiten in einer Weise erhalten, dass sie im Produktionsprozess rentabel einsetzbar sind, und dass sie viertens Kinder als Arbeitskräfte von morgen großziehen.

Spaltung der Lohnabhängigen durch Hierarchisierungen

Kapitalistische Ökonomien sind somit auf einen schwierigen Spagat angewiesen: einerseits die Reproduktionskosten möglichst niedrig zu halten und andererseits über passend qualifizierte und flexible Arbeitskräfte zu verfügen. Die Bearbeitung dieses Widerspruchs wird erleichtert, wenn das Lohnniveau differenziert ist. Eine solche Spaltung der Lohnabhängigen greift auf klassistische, heteronormative, rassistische und bodyistische Herrschaftsverhältnisse zurück, die es erlauben, bestimmten Personengruppen geringere materielle Ressourcen zuzuweisen und damit die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu senken (Winker/Degele 2009). Entlang der Kriterien soziale Herkunft, Bildung und Beruf werden etwa die Löhne abgestuft und insbesondere in den unteren Einkommensgruppen gedrückt. Vielen Menschen bleibt so nur ein deutlich geringeres als das durchschnittliche Reproduktionsniveau, was zu Armut und Existenzunsicherheit führt. Im hegemonialen Diskurs werden soziale Ungleichheiten mit dem Verweis auf angebliche Leistungsunterschiede legitimiert. So erhalten etwa bodyistisch diskriminierte Personen, die aufgrund ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit eingeschränkt sind, häufig deutlich weniger Lohn, obwohl gerade sie zur Wiederher-

stellung ihrer Arbeitskraft zusätzliche Ressourcen benötigen. Die Lohnbenachteiligung von Frauen oder Migrant_innen wird mit Naturalisierungen und kulturellen Differenzen legitimiert.

Eine weitere Strategie, die Reproduktionskosten gering zu halten, ist die verstärkte Rückverlagerung der für die Reproduktion notwendige Arbeit an die Lohnabhängigen selbst, etwa durch eine staatliche Kürzungspolitik im Sozialbereich. Die Einzelnen sind angehalten, sich eigenständig beschäftigungsfähig zu halten. Auch die hiermit verbundene Sorgearbeit wird entsprechend der patriarchalen Herrschaftsverhältnisse vor allem von Frauen in familiären Zusammenhängen geleistet, die auch einen Großteil der Sorgeverantwortung für Kinder und pflegebedürftige Angehörige übernehmen. Vor dem Hintergrund rassistischer globaler Arbeitsteilung werden diese Arbeiten teilweise an prekär beschäftigte Migrantinnen weitergegeben.

Krise sozialer Reproduktion

Immer mehr Menschen haben mit Existenznot, Überlastung und Erschöpfung zu kämpfen. Insbesondere Frauen wissen häufig nicht mehr, wie sie die hohen Flexibilitätsanforderungen der Lohnarbeit mit den familiären Sorgaufgaben verbinden sollen. Dies zeigt, dass kein individuelles Scheitern, sondern ein strukturelles Problem vorliegt: Die Unternehmen wollen hoch kompetente und motivierte Arbeitskräfte zu möglichst geringen Löhnen, um ihre Rendite zu sichern. Die für die Mehrwertproduktion notwendige Arbeitskraft existiert jedoch nur in lebendigen Menschen und ist in ihrer Reproduktion auf gelingende Sorgebeziehungen angewiesen. Die Zuspitzung dieses Widerspruchs

beeinträchtigt auch die quantitative und qualitative Verfügbarkeit der Arbeitskräfte; die zunehmende Belastung der Sorgearbeitenden wird damit auch zum Problem für die Kapitalverwertung. Derzeit setzen Unternehmens- und staatliche Politiken alles daran, das Ausmaß der unentlohnten Sorgearbeit der Lohnarbeitenden zu erhöhen und durch die zunehmenden Lohnunterschiede unterschiedliche Reproduktionsniveaus durchzusetzen. Dennoch ist die Kapitalverwertung längst nicht gesichert. Qualifizierte, fitte und motivierte Arbeitskräfte stehen kaum mehr in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Darum spreche ich von einer Krise sozialer Reproduktion, die in Krisenanalysen mehr Berücksichtigung finden müsste (Winker 2015). Eine solche Krise wird derzeit u.a. im Versuch sichtbar, ausländische Fachkräfte insbesondere in den Pflegeberufen anzuwerben, deren Weggang wiederum in ihren Herkunftsländern krisenhafte Folgen hat. Die neoliberale Politik stellt somit nicht nur die Lebensgrundlage vieler Menschen in Frage, sondern verschärft auch das Verwertungsproblem des Kapitals. In der Folge spitzen sich wiederum die sozialen Auseinandersetzungen um die Daseinsvorsorge zu.

Genau hier liegen Eingriffspunkte für das politische Handeln. Denn die Krise sozialer Reproduktion ist im Alltag vieler Menschen präsent und prägt ihre Arbeits- und Lebenserfahrungen. Wenn es gelingt, die Auswirkungen dieser Krise zu politisieren, lässt sich Gegenwehr organisieren. Ein Beispiel ist die kleine soziale Bewegung der Care Revolution (www.care-revolution.org), an der viele Initiativen und Einzelpersonen aktiv beteiligt sind. Das Netzwerk Care Revolution will Politik aus Sicht

der entlohnten und nicht entlohnten Sorgearbeitenden entwickeln. Sie können Akteur_innen einer gesellschaftlichen Transformationsstrategie sein, deren mögliche Schritte und Dimensionen ich im Folgenden skizziere.

Materielle und zeitliche Ressourcen für Care-Arbeit erkämpfen

Zunächst ist es notwendig, für alle Menschen – also auch für alleinerziehende, erwerbslose, geflüchtete, kranke Menschen – ein ausreichendes Reproduktionsniveau zu sichern; das bedeutet, allen Menschen materielle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit sie abgesichert und ohne existenzielle Not nach ihren Vorstellungen gut leben können. Bereits in den 1970er Jahren machten Feminist_innen mit der „Lohn-für-Hausarbeit-Kampagne“ Reproduktionsarbeit als Arbeit sichtbar. In einer Zeit, in der insbesondere Frauen häufig unter Zeitdruck und Existenznot Sorgearbeit leisten, ließe sich diese Debatte neu aufnehmen und hineinragen in die Auseinandersetzung um ein bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen. Ein solches Grundeinkommen soll dabei nicht eine finanzielle Anerkennung der unentlohnten Sorgearbeit darstellen, sondern ist eine individuelle Absicherung, die jedem Menschen ermöglicht, sich um sich selbst und um andere zu kümmern. Die Debatte um ein Grundeinkommen trägt dazu bei, die nicht entlohnte Sorgearbeit als wichtige Tätigkeit aller Menschen sichtbar zu machen.

Darüber hinaus ermöglichen eine deutliche Arbeitszeitverkürzung für Vollzeitbeschäftigte und der Ausbau öffentlicher

Care-Dienstleistungen allen Menschen mehr Zeit für Sorgearbeit und für zivilgesellschaftliche und politische Arbeit. Dies wären erste Schritte, damit Menschen frei von Existenzangst ihr Leben gestalten könnten und das Ganze der Arbeit auch zwischen den Geschlechtern umverteilt werden kann.

Care-Arbeit der kapitalistischen Logik entziehen

Ein weiterer Schritt ist die Demokratisierung aller Care-Bereiche. Nur wenn Pflege, Gesundheit, Bildung oder Erziehung dem kapitalistischen Verwertungsprozess entzogen werden, können Menschen selbst bestimmen, wie sie gepflegt, geheilt oder gebildet werden wollen. Privatisierungen müssen gestoppt werden und sämtliche Schulen, Kitas, Krankenhäuser oder Altenpflegeheime in den Besitz der Allgemeinheit zurückgeführt werden.

Der Care-Bereich kann ein Vorreiter sein für eine grundlegende Demokratisierung und Vergesellschaftung, denn er ist zentral für die existenzielle Absicherung und greift tief ins Leben der Menschen ein. Es ist für viele Menschen deutlich spürbar, wie unsinnig es ist, nach dem Prinzip maximaler Profitabilität heilen, lehren, beraten oder pflegen zu wollen, und dass dies nicht nur zu mangelhafter Qualität, sondern auch zu sozialer Ungleichheit führt. Gleichzeitig haben Menschen sehr unterschiedliche Wünsche an eine soziale Infrastruktur. Kinderbetreuung, Altenpflege oder Gesundheitsversorgung müssen durch Mitsprache aller und gemeinschaftliche Abwägung von Prioritäten entwickelt und ausgestaltet werden. In Stadtteilen oder im Dorf sind Angebote gemeinsam planbar und umsetzbar, denn

die allermeisten Care-Dienstleistungen können dezentral realisiert werden. In Formen der Selbstverwaltung können Menschen als Expert_innen ihrer Bedürfnisse vor Ort sprechen und entscheiden.

Ein gemeinschaftlich organisierter Care-Bereich muss sich an drei Zielen ausrichten: Vermeidung von Ausschlüssen, demokratische Gestaltung und Zentralität menschlicher Bedürfnisse. Hierfür sehe ich zwei gangbare Wege, die miteinander verbunden werden können: zum einen eine schrittweise Demokratisierung der bislang privatwirtschaftlich, staatlich oder von Wohlfahrtsverbänden organisierten Infrastruktur, etwa über Stadtteilversammlungen oder über gewählte Care-Räte. Zum anderen eine auf kollektiven Projekten beruhende dezentrale Neugestaltung von Care, anknüpfend an Erfahrungen von bestehenden commonsbasierten Wohnprojekten, Produktionsgemeinschaften oder Nachbarschaftsläden. In solchen Strukturen lassen sich Erfahrungen sammeln und Fähigkeiten erwerben, die es ermöglichen, über den Care-Bereich hinausgehend die gesamte Ökonomie in gesellschaftliche und demokratische Kontrolle zu überführen.

Trennung von entlohnter und nicht entlohnter Arbeit aufheben

Es ist anzustreben, dass alle Arbeit, gerade auch Sorgearbeit, gesellschaftlich so aufgeteilt ist, dass jede Person über das für sie richtige Maß entscheiden kann und niemandem diese Arbeit aufgebürdet wird – insbesondere Frauen nicht. Es gilt, Bedingungen zu schaffen, unter denen alle sich je nach Fähigkeiten und Bedürfnissen ebenso in die Sorge für sich und

andere einbringen können wie auch in den Aufbau von Infrastrukturen oder in die ökologische Produktion von Lebensmitteln oder Gütern. Keimformen dafür lassen sich bereits heute in Projekten der commons-based peer production finden, wo Menschen gleichrangig und gemeinsam über Gestaltung und Aufteilung der Arbeit und Verwendung ihrer Arbeitsergebnisse entscheiden.

In einer solchen Gesellschaft ist die Unterteilung in entlohnte und nicht entlohnte Arbeit aufgehoben, es gibt keinen durch Lohnarbeit und Warentausch regulierten Bereich der Ökonomie mehr. Die einzige Unterteilung, die dann noch sinnvoll ist, ist die zwischen Zeiten der ziel- und zweckbezogenen Arbeit und der rein selbstzweckbezogenen Muße. Wie konkret unter diesen Rahmenbedingungen Menschen ihr

Zusammenleben und ihre Sorgebeziehungen entsprechend ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen gestalten, lässt sich heute allerdings nur erahnen.

Der Weg in eine solidarische Gesellschaft umfasst unweigerlich Konflikte und Debatten über ihre Ausgestaltung. Ausgrenzungen und Diskriminierungen entlang der lange eingeübten Herrschaftsverhältnisse lassen sich nicht von heute auf morgen überwinden. Doch unter tatsächlich demokratisierten Verhältnissen, in denen nicht von vornherein die private Verfügung über Produktionsmittel, Hierarchien und Ausschlüsse hervorruft, besteht die Chance, die vielfältigen Herrschaftsverhältnisse zu dekonstruieren und ungleiche Arbeitsteilungen zu überwinden. Mit der Arbeit und dem Austausch in Kollektiven und Gemeinschaften wie auch in überregionalen Institutionen entstehen Räume, um eine Kultur des offenen und solidarischen Miteinanders zu entwickeln – ein langwieriger Prozess, aber eine unabdingbare Voraussetzung für eine gemeinsame Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen in einer solidarischen Gesellschaft.

Anmerkung

¹ Dies ist eine gekürzte und leicht aktualisierte Fassung eines Artikels, erschienen 2018 in „Feminismus und Marxismus“, hg. von Alexandra SCHEELE und Stefanie WÖHL bei Beltz Juventa.

Literatur

WINKER, Gabriele (2015) Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript
 WINKER, Gabriele; DEGELE, Nina (2009) Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: transcript

Autorin

GABRIELE WINKER ist Sozialwissenschaftlerin, Mitbegründerin des Netzwerks Care Revolution. Bis 2019 war sie an der TU Hamburg als Professorin tätig. www.gabriele-winker.de



FIGURE_Detail v. MASCARADE. Karin Hatwagner 2020. Assemblage (Metall, Karton, Textil) 27x12,5x12,5cm

AUS DEM LEBEN EINER 24-STUNDEN-BETREUERIN

Anna Czeininger, interviewt von Sabine Prokop

Sabine Prokop: *Sie arbeiten seit 21 Jahren als 24-Stunden-Betreuerin, wie sind Sie dazu gekommen?*

Anna Czeininger: Wir hatten in Südungarn, in Pécs, in einem Uran-Bergwerk gearbeitet, mein Mann 15 Jahre unter Tag, ich im Büro als Lohnbuchhalterin. Wir haben das beide wegen der Wohnung, die wir vom Bergwerk bekommen haben, gemacht, es war gut bezahlt. Als es geschlossen wurde, wollten wir keine Sozialhilfe und ich habe dann in verschiedenen Bereichen gearbeitet, in einem Blumenladen etc. Unser Sohn ging damals noch zur Schule. Über einen Freund meines Mannes habe ich von der Möglichkeit erfahren, als 24-Stunden-Pflegerin nach Deutschland zu gehen. Das war ein privater Kontakt. Ich habe es probiert. Es hat gut geklappt. Ich habe es dann weiter gemacht. Das Glück war, dass der Sohn der Frau, die ich pflegte, im Dorf in der Sparkasse gearbeitet hat. Das ganze Dorf war begeistert von mir. Und als die alte Frau nach eineinhalb Jahren leider gestorben ist, hat der Sohn über seine Kontakte andere Patient/innen gesucht.

Das erste Mal war ich eineinhalb Jahre am Stück dort. Und ich war so glücklich, dass ich meinem Sohn wieder all das zahlen konnte, was mir vorher nicht möglich war.

SP: *Wie alt war Ihr Sohn damals?*

AC: Er war schon über 15 Jahre, weil vorher wäre es sehr schwierig gewesen. Aber dann blieb mein Mann, der in Frührente war, mit unserem Sohn zu Hause und meine Mama hat sehr viel geholfen. Meine Mutter lebt in Pécs, wir in Tompa an der serbischen Grenze, wo wir ein Haus haben. Dann bin ich immer wieder nach Deutschland gegangen, vier Wochen, zwei Monate ... aber immer über die Kontakte dieses Sparkassenmanns. Das war sehr gut. Meine Schwester ist bald nach mir auch in das deutsche Dorf gekommen. Wir übernahmen abwechselnd die Pflege einer Person, aber dadurch konnten wir leider nicht in Ungarn bei der Familie zusammen sein. Ich war dann noch einmal sieben Monate durchgehend pflegen, um meinen Sohn, der in ein eigenes Haus ausziehen wollte, unterstützen zu können.

SP: *Kennen Sie in Ihrer Umgebung viele, die im Ausland pflegen?*

AC: Ich komme aus dem ehemals unter Maria Theresia schwäbisch besiedelten Gebiet, da können noch viele Deutsch bzw. haben es in der Schule gelernt, ich auch. Meine Großmutter hat

zuhause nur Deutsch, also Schwäbisch gesprochen. Später durfte dann nicht mehr Deutsch gesprochen werden, da habe ich viel verlernt. Und als ich das erste Mal in Deutschland pflegen war, hatte ich solche Angst, weil ich die Sprache schlecht konnte, vor allem kannte ich viele Worte, die für die Pflege nötig sind, nicht. Ich habe dauernd alles geputzt, nur damit ich nicht reden muss. Dadurch haben alle im Dorf gedacht, ich bin so ordentlich! Aber im Prinzip hat es uns sehr geholfen, dass wir schon Deutsch konnten.

SP: *Sie haben ungefähr mit 40 Jahren angefangen zu pflegen. Haben Sie dazu eine Ausbildung absolviert?*

AC: Ja, später. Zuerst war ich zehn Jahre mit Unterbrechungen, d.h. abwechselnd mit einer anderen Pflegerin, in dem Dorf in Deutschland. Das war aber nicht über eine Agentur. Dann habe ich gedacht, nach Österreich ist es nicht so weit zu fahren, ich wollte also nach Österreich. Da habe ich dann eine pflegerische Ausbildung gemacht. Jetzt arbeite ich immer über eine Agentur, weil das ist sehr praktisch, denn wenn es mir irgendwo nicht gefällt oder jemand stirbt, dann bekomme ich sofort einen neuen Patienten oder eine neue Patientin.

Ich möchte und habe diese vielen Jahre immer allein im Haushalt mit der betreuten Person gearbeitet, nicht in einer Familie. Allein im engen Kontakt mit der betreuten Person ist viel besser. Wenn die Person alleine ist und ich komme auch alleine dazu, dann sind wir beide fremd und suchen den besten Kontakt, was wunderbar klappt – wenn ich alleine bin.

SP: *Gab es, als Sie angefangen haben, schon diese Vermittlungsagenturen?*

AC: Nein, die gab es noch nicht. Aber dort wo ich war, war die Familie so korrekt, ich musste nie Angst haben wegen der Bezahlung oder Ähnlichem. Sie haben mich auch versichert. Jetzt bin ich bei einer Agentur und es klappt sehr gut.

Ich liebe die schwerkranken Patient/innen. Ich mache nicht 24-Stunden-Pflege, um zu kochen oder zu backen, wichtig ist für mich der pflegerische Aspekt. Ich führe zwar den Haushalt und Sauberkeit ist mir wichtig. Und ich habe immer geschaut, wie wird in dem Land, der Gegend gekocht? Was will die betreute Person? Im Zentrum ist jedenfalls der oder die schwerkranke Patient/in, und wenn er oder sie ein bisschen gut isst oder so, dann bin ich sehr beruhigt.



SCREEN. Karin Hatwagner 2019. Assemblage (Kunststoff, Glas, Holz, Karton, braune Farbe) 53x50x23cm

SP: *Mit Schwerkranken leben ist anstrengend. Ich könnte das nicht ...*

AC: Früher habe ich etwas ganz anderes gearbeitet. Aber jetzt ... wenn jemand schwerkrank ist und ich mache etwas und kann das Leben etwas verlängern oder eine gute Zeit zusammen haben. Für mich ist das sehr wichtig. Ich denke sehr viel darüber nach und es ist einfach schön.

SP: *Sie machen also auch Sterbebegleitung?*

AC: Ja, sehr gerne! Die Ausbildung war nicht speziell dafür, aber ich war immer bei Schwerkranken. Und ich habe gelernt, was ich machen muss, wenn sich jemand dem Sterben nähert, da kann ich sehr viel helfen. Das mache ich viel lieber als bei einer Familie nur zu kochen, das ist nicht meins. Ich liebe diese pflegerische Haltung in dem Prozess.

SP: *Sie waren schon bei verschiedenen Agenturen? Ihre Agentur wurde uns über den Pflegeverein, der meine Mutter schon länger betreut, empfohlen.*

AC: Ich habe die beste gesucht. Jetzt bin ich zufrieden, ich werde als ganzer Mensch akzeptiert. Das ist nicht bei allen Agenturen so. Wenn mir etwas zu schwer ist, dann bekomme ich von der Agentur etwas Leichteres. Oder wenn die ‚Chemie‘ nicht stimmt. Das ist mir nur einmal passiert, aber da habe ich sofort in der ersten Minute gespürt, das passt nicht. Da habe ich gleich

jemand anderen bekommen. Das ist auch sehr wichtig. Weil ich muss mit einem guten Gefühl zum oder zur Patient/in gehen. Sehr wichtig ist auch der Kontakt mit der Familie, wenn der gut ist, unterstützt das sehr.

SP: *Dafür, dass Sie sieben Tage in der Woche quasi 24 Stunden verfügbar sind, verdienen Sie wenig.*

AC: Das Tageshonorar ist 80 Euro, ungefähr 68 Euro bleiben mir, aber das ist hier in Österreich eine gute Bezahlung. In Ungarn ist das Geld ungefähr das Gleiche wert. Viele Dinge sind hier in Österreich sogar günstiger als in Ungarn. Wir leben in Ungarn etwas anders, wir fahren nicht so oft auf Urlaub, ich war in meinem Leben nie in einem anderen Land auf Urlaub. Ich spare nicht. Meiner Meinung nach wird in Österreich sehr viel gespart. Ich möchte mein Geld nicht auf die Bank legen.

Wenn ich in Ungarn arbeiten ginge, bekäme ich nicht so viel, nur zwischen 400 und 500 Euro. Das ist wirklich nicht genug. Es ist für mich sehr praktisch, zwei Wochen oder einen Monat oder länger im Ausland zu sein, mit bezahltem Essen und Wohnen, und dann wieder frei zu Hause. Ich möchte das auch weiterhin machen.

Derzeit gehen auch sehr viele gelernte Krankenschwestern aus den ungarischen Krankenhäusern ins Ausland als 24-Stunden-Pflegerin, weil sie dort mehr verdienen und trotzdem durch den Zwei-Wochen-Rhythmus mehr Zeit zu Hause verbringen können.

SP: *Mit wem haben Sie privat Kontakt?*

AC: Ich habe eine wunderbare Familie, das sind meine Freunde, aber ich telefoniere nicht sehr gerne. Mein Mann ist es gewöhnt, wir telefonieren einmal pro Woche. Meine Enkelin fehlt mir schon, mit ihr skype ich öfters. Mein Sohn fährt mit dem LKW durch ganz Europa. Da ist er auch weg. Wir machen ganz viel miteinander, wenn ich nach Hause komme. Aber das ist alles kein Problem. Ich war immer so stark, ich wollte immer die Erste sein, meine Ziele alleine erreichen. Natürlich hatte ich mit meiner Familie auch Ziele gemeinsam, aber zum Beispiel sparen wollte ich nie.

SP: *Wie machen das jüngere Pflegerinnen mit der Familie?*

AC: Mit ganz kleinen Kindern ist es schwierig, die bleiben dann in der engsten Familie, bei den Omas. Wenn die Kinder schon in die Schule gehen, dann geht das mit dem Mann zu Hause. Dazu ist es sehr praktisch, wenn nach nur zwei Wochen gewechselt wird, weil zwei Wochen schafft jeder ‚normale‘ Mann mit den Kindern ohne Mama. Oder es helfen doch die Omas, die eine kocht, die andere wäscht, das geht dann schon. Wenn die Pflegerinnen von weiter her anreisen, dann gibt es auch längere Zeiträume bis zum Wechsel. Aber in Österreich gehen die Agenturen zu zwei Wochen über, weil wenn es z.B. eine schwierige Pflege ist bei schwerer Demenz, dann ist die dritte Woche bereits zu viel, dann sind alle zwei schon nervös und ungeduldig, das ist dann nichts mehr.

SP: *Seitens Ihrer Agentur wäre also alle zwei Wochen ein Wechsel vorgesehen. Nun sind Sie aktuell in der Corona-Krise quasi eingesperrt. Man weiß nicht, wie es weiter geht ...*

AC: Sorgen habe ich schon, in der Früh um sechs Uhr, wenn ich aufstehe, schaue ich immer sofort in den österreichischen Nachrichten, was los ist, in den ungarischen dann auch, weil es herrscht jetzt eine außergewöhnliche Situation. Aber Stress macht mir das Weiterarbeiten nicht. Und ich kann alles kaufen, was ich will, das ist gut für mich.

SP: *Haben Sie von der Agentur her die Möglichkeit der Supervision oder ähnliches?*

AC: Es gibt die Möglichkeit über die Agentur, aber ich bin ein Mensch, der so etwas nicht braucht. Ich möchte alles alleine schaffen. Aber es gäbe die Möglichkeit – ich habe von anderen

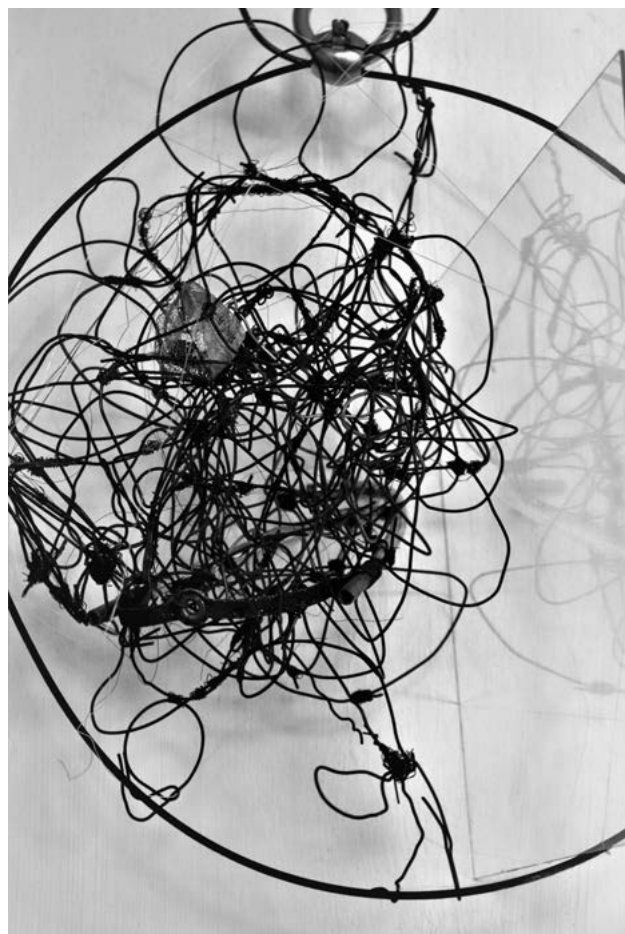
gehört, die Panik haben. Aber seitens der Agentur kann jemand, der möchte, sofort nach Hause fahren. Oder mit jemandem reden. Aber für mich ist weglaufen keine Option. Ich bleibe gern länger, z.B. wenn ich etwas kaufen will und eben kein Geld auf der Bank habe. Manchmal habe ich etwas Shopping-Fieber. Das beruhigt mich dann auch. Wenn die Patientin jetzt Hilfe braucht, wieso soll ich nicht bleiben? Ich habe immer ein Ziel, das hilft. Zum Beispiel das Dach unseres Hauses zu reparieren, das ist nicht notwendig, aber gut. Oder ich kaufe für mich selbst etwas.

SP: *Danke! Für alles!!!*

Interviewpartnerinnen

CZEININGER ANNA *1959 in Pécs/Ungarn, verheiratet, 1 Sohn (*1980), lebt mit ihrem Mann im eigenen Haus in Tompa/Südungarn.

SABINE PROKOP (*1957) wohnt direkt neben ihrer Mutter (*1931) in Wien.



ENSEMBLE 20. Karin Hatwagner 2020. wie ENSEMBLE Nahansicht

KLEIN UND FEIN

Lokal organisierte Care-Arbeit

Elfriede Mühlbauer und Sabine Prokop

Vor dreißig Jahren wurde am südwestlichen Ende von Wien die sozial-medizinische Initiative Rodaun (SMIR)¹ als gemeinnütziger Verein mit dem Ziel gegründet, hilfsbedürftige Menschen so lange wie möglich und notwendig zu Hause zu pflegen und zu betreuen. Heute sind die kleinen Fahrzeuge der Mitarbeiter*innen, die von einer lokalen Firma gesponsert sind, nicht mehr aus dem Ortsbild wegzudenken.

SMIR hilft im lokalen Bereich nach dem Grundsatz der ganzheitlichen Pflege und des respektvollen Umgangs grundsätzlich allen Menschen, die durch Alter, Krankheit, Behinderung oder durch besondere Umstände Unterstützung in ihrer häuslichen Umgebung brauchen. Die Klient*innen werden nach Möglichkeit immer von denselben Bezugspersonen – von der Wundpflege bis zu kleinen Haushalts- und Einkaufsdiensten – betreut. Diese Kontinuität und Qualität in der Betreuung wird durch optimale Zusammenarbeit im kleinen, überschaubaren Team ermöglicht, wodurch eine auf Vertrauen basierende Beziehung aufgebaut wird. Individuelle, wertschätzende, qualitativ hochwertige und zugleich flexible Pflege und Betreuung, wird garantiert. Im Mittelpunkt des Verständnisses von ganzheitlicher Pflege steht immer der Mensch mit seinen persönlichen Bedürfnissen, denen umsichtig und verständnisvoll begegnet wird – mit der dafür nötigen Zeit und Zuwendung.



RAD. Karin Hatwagner 2019. Assemblage (Metall, Textil, rote Farben) 67x51x26cm, Ø 40cm

Effiziente Organisation

Das SMIR-Büro-Duo organisiert alle Einsätze und fungiert auch als Informationsdrehscheibe und Servicestelle für Klient*innen, Angehörige, 750 SMIR-Vereinsmitglieder, Sponsor*innen, den

derzeit zwölf angestellten sowie vier freiberuflichen SMIR-Mitarbeiter*innen und den von SMIR vermittelten, nicht angestellten Besuchs- und Reinigungsdiensten. Damit ergibt sich ein soziales Netzwerk, das individuelle und weit-

reichende Hilfe ermöglicht. Die Koordination und vor allem die detaillierte Dokumentation der Einsätze wurde auch in diesem kleinen Verein – ebenso wie in großen Care-Organisationen (Caritas, Hilfswerk ...) in den letzten

Jahren zusehends aufwändiger, aber durch die effiziente Organisationsform (kleine Betreuungsteams, regelmäßige Teamsitzungen) überschaubar. In vielen ‚großen‘ Vereinen entsteht durch eine komplexere Struktur ein immenser Zeitdruck. Das ist besonders belastend und

widerspricht dem eigenen inneren, großen Anliegen, individuell und mit genügend Zeit die zu Betreuenden gut versorgen zu können – das sagen auch die von den ‚großen‘ zu SMIR gewechselten Fachkräfte.

Durch regelmäßige Teamzeit gibt SMIR nicht nur dem Tun sondern auch dem Reden darüber, was getan wird, einen wichtigen Platz. Das persönliche Engagement der Einzelnen wird auch in vielen Gesprächen, die ‚zwischen durch‘ in der Freizeit geführt werden, sichtbar. So werden ständig Informationen weitergegeben und Ideen entwickelt und eine große Arbeits- und Lebenszufriedenheit für die Mitarbeiter*innen als Pflegepersonen und als Menschen geschaffen.

Gerade bei Care-Tätigkeiten ist zwar grundsätzlich eine Orientierung an der Sorge an anderen, aber ebenso die Sorge um sich selbst handlungsleitend. Die SMIR-Mitarbeiter*innen schöpfen die für ihre Arbeit notwendige Kraft aus einem fürsorglichen und achtsamen Umgang miteinander und mit allen, die mit ihnen gemeinsame Ziele verfolgen. Enger Kontakt wird auch mit Angehörigen, Ärzt*innen, Therapeut*innen und Sachwalter*innen der Klient*innen gepflegt. Durch die kleinen Teams, in denen meist eine Person sehr persönlich Verantwortung übernimmt, entstehen sehr tragfähige Vertrauensverhältnisse, die in immer wieder auftauchenden belastenden Situationen höchst hilfreich sind. Persönliche Gespräche sind an der Tagesordnung.

Die im Vergleich zu anderen Berufen schlechtere Bezahlung², die große Flexibilität, die durch ständig wechselnde

Einsatzzeiten notwendig ist, der Einsatz auch abends, an Wochenenden und Feiertagen und die physisch und psychisch immer wieder sehr herausfordernden Arbeitsbedingungen bringen aber auch mit sich, dass Pflegepersonen von SMIR woandershin wechseln, eine andere Tätigkeit wählen oder auch Burnout bekommen. Es wäre noch viel für das Bewusstsein des Werts der eigenen Arbeit zu tun – was neben all der wachsenden Kontrolle, Verrechtlichung, Transparenz und Effizienzsteigerung auch zur Professionalisierung gehört.

Zu wissen, dass sich die SMIR-Mitarbeiter*innen, die fast alle in Teilzeit arbeiten, um den Anforderungen gewachsen zu sein, eine Betreuung durch einen Verein wie SMIR später selbst nicht leisten werden können, wird meist mit Galgenhumor betrachtet oder mit einem Schulterzucken abgetan: „Ist halt so.“ Das muss aber nicht sein, wenn einerseits die Wochenstundenzahl vermindert (oder in einem entsprechenden Schlüssel umgerechnet) und andererseits das Pflegegeld erhöht werden würde.

Anmerkungen

¹ Der Text basiert auf Informationen von www.smir.at

² Die Gehälter im Sozialbereich liegen ca. 20 % unter jenen anderer Branchen mit gleichwertigem (akademischen) Ausbildungslevel (lt. GPA djp / Interessengemeinschaft IG Social).

Autorinnen

ELFRIEDE MÜHLBAUER, Pflegeassistentin, seit 12 Jahren bei SMIR, hat dieses lokale Care-Modell auf der Tagung „arbeit ° macht ° arbeit“ im November 2019 in der Frauennetz vorgestellt und diskutiert.

SABINE PROKOP ist Kultur- und Kommunikationswissenschaftlerin, systemische Beraterin.



OBJET 01. Karin Hatwagner 2018/19. Assemblage (Metall, Lehm, braune Farbe, Holz) 82x18x14cm

WAS BEDEUTET EIGENTLICH *BUEN VIVIR*?

Elena Mitrenova

Das Wort *Buen Vivir* oder *Gutes Leben* taucht immer öfter als Titel und Zielsetzung unterschiedlicher (internationaler) entwicklungspolitischer oder wissenschaftlicher Konferenzen und Symposien, in offiziellen Dokumenten und im Fall mancher lateinamerikanischen Länder in Regierungsprogrammen und Infrastrukturprojekten auf. In diesem Chaos von Anwendungsbeispielen und Interpretationen weiß aber selten jemand genau: Was bedeutet eigentlich *Buen Vivir*?

Buen Vivir ist Teil der Kosmvision einiger indigener Völker im Andengebiet. Der Name stammt aus Quechua (*Sumak Kawsay*), bzw. aus Aymara (*Suma Qamaña*) und wird als *Gutes Leben* übersetzt. Grob bedeutet *Buen Vivir* das harmonische Zusammenleben mit sich selbst, mit der Natur und den Mitmenschen – ein Konzept, das eigentlich selbstverständlich klingt, in unserer positivistischen und westlich geprägten Realität aber schwer umsetzbar ist. Ein Neudenken und eine komplette Umstrukturierung der gesellschaftlichen, kulturellen, epistemologischen, politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und nationalstaatlichen Ordnung, der gesamten Wirklichkeit, die wir kennen, sind erforderlich, damit das Konzept nicht nur verstanden sondern auch umgesetzt werden kann.

Unsere globale Gesellschaft ist durch eine westlich geprägte Monokultur dominiert, die im Zuge der Zivilisierung und später der Entwicklungshilfe und der Globalisierung versucht hat, die restliche Welt zu ‚verwestlichen‘, wobei Traditionen, Kulturen, Sprachen, Wissens- und Rechtssysteme und ganze Gesellschaften als ‚unterentwickelt‘ abgestempelt wurden. Durch auf rassistischen Konzepten basierender

Unterdrückung und sogar Verweigerung des Menschenseins der lokalen Völker wurden deren Ausbeutung und Versklavung gerechtfertigt. Dieser Prozess verlief parallel zur Objektivierung der Natur und ihrer Verwandlung in einen Gegenstand, der zu besitzen, den eigenen Bedürfnissen anzupassen und der folglich auszunutzen ist. Dadurch werden die Menschen von einem Bestandteil der Natur zu ihren Eigentümer*innen, was als ein Merkmal von Zivilisation verstanden wird. Anhand der Trennung von Menschen und Natur wurde der Weg für die Ausbeutung von letzterer frei gemacht. Berühmt ist das Zitat des uruguayischen Kritikers und Schriftstellers Eduardo Galeano, der diese Fehlentwicklung massiv kritisiert:

„Seit Schwert und Kreuz auf amerikanischen Boden landeten, hat die europäische Eroberung die Anbetung der Natur, die als Sünde betrachtet und mit Peitschenschlägen, dem Galgen oder Feuertod geahndet wurde, verfolgt. Die Gemeinschaft von Natur und Mensch, ein heidnischer Brauch, wurde im Namen Gottes und später im Namen der Zivilisation abgeschafft. In ganz Amerika und in der Welt zahlen wir bis heute für die Auswirkungen dieser erzwungenen Scheidung.“
(Galeano 2008, 19)

Von diesem Moment an verwandelten sich die lateinamerikanischen Länder in reine Lieferanten von Rohstoffen, d.h. von Natur, und wurden unter unfairen Bedingungen in eine globale Marktwirtschaft integriert. In der Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern wurde die Hauptursache für

die ‚Unterentwicklung‘ des Kontinents gesehen. Im globalen Markt, dessen höchste Ziele der Freihandel, der Wohlstand (eines kleinen Teils der Weltbevölkerung), die ständige Konkurrenz und das unendliche Wachstum sind, steht der Mensch im Mittelpunkt – für die Befriedigung seiner Bedürfnisse ist die Ausbeutung der Natur und anderer gerechtfertigt. Diese anthropozentrische Haltung überträgt sich weiterhin auf die politische Ordnung, die Staatlichkeit und das Rechts- und Justizsystem. Das weltweit verbreitete Modell des Nationalstaats ist durch eine dominierende Nation gekennzeichnet, in der unter dem Motto des Multikulturalismus einige kulturell untergeordnete Minderheiten integriert werden sollen. Der Staat garantiert als höchste Priorität die Rechte der einzelnen Individuen (die Bürger*innenrechte der als Bürger*innen anerkannten Personen), wobei die politischen Rechte und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte erst danach kommen. Ganz untergeordnet ist das Recht auf eine saubere Umwelt und ein würdiges Leben.

Im Gegensatz zur beschriebenen Realität, deren Leitmotiv die Akkumulation materieller Güter und der Fortschritt sind, steht *Buen Vivir*, das harmonische Dasein, ein Konzept, das laut dem ecuadorianischen Wirtschaftswissenschaftler Alberto Acosta nicht nur bei den andinen Völkern existiert, sondern auch in anderen Teilen der Welt vorkommt. *Buen Vivir* versteht die Natur als einen komplexen lebendigen Organismus, wobei alle Lebewesen gleichwertig sind und das Recht haben zu existieren, unabhängig davon, ob sie den Menschen nützlich sind oder nicht. Dabei ist die Existenz

des kleinsten Lebewesens eine Voraussetzung für das Fortleben aller anderen, für das Gleichgewicht des Universums. Gleichzeitig wird die Natur personifiziert, sie ist nicht mehr ein Gegenstand oder ein Eigentum, sondern *Pacha Mama*, die *Mutter Erde*, die Lebensgrundlage aller Lebewesen, das Leben an sich. In diesem Sinne ist *Buen Vivir* nicht durch eine anthropozentrische, sondern durch eine biozentrische Sichtweise charakterisiert, die auf Gleichheit, Gegenseitigkeit und Respekt einerseits für die Natur (als gleichwertiges Subjekt und Träger*in von Rechten) und andererseits für die Mitmenschen (Plurinationalität und kollektive Rechte) basiert. Diese zwei Ausprägungen des Konzepts finden sich in den

neuen Verfassungen von Ecuador (2008) und Bolivien (2009), im Zuge deren sich das Konzept *Buen Vivir* in der internationalen Debatte positionierte.

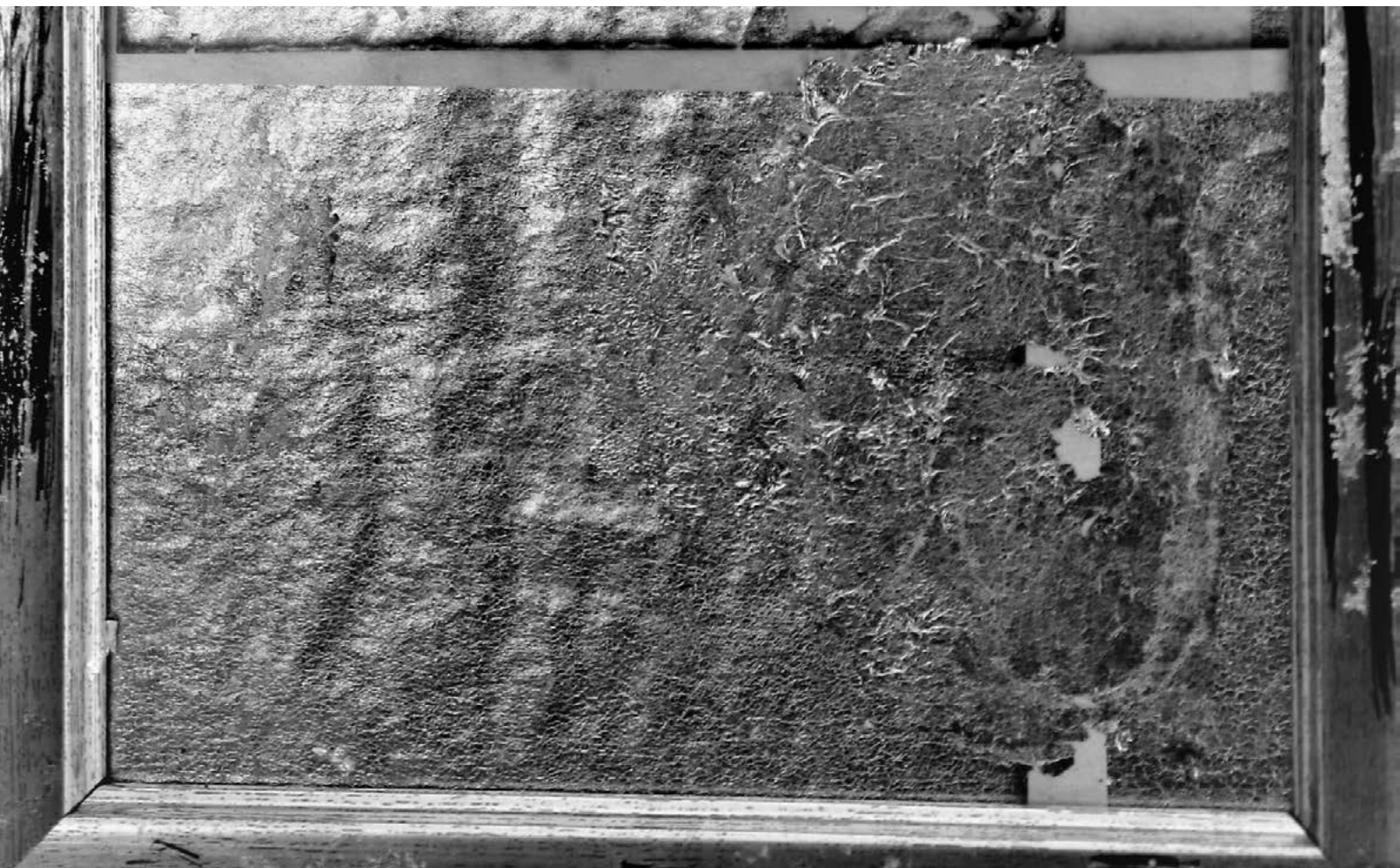
Ecuador ist der erste Staat der Welt, der die Natur als ein Rechtssubjekt anerkannt hat. Um die Bedeutung dieses Schrittes verstehen zu können, muss man den Unterschied zwischen Umweltrechten und Rechten der Natur erfassen. Alberto Acosta argumentiert, dass es im ersten Fall darum geht, durch eine Umweltjustiz Menschen für Umweltmissstände zu entschädigen (Mensch im Mittelpunkt). Im zweiten Fall hingegen soll eine ökologische Justiz die Existenz und die Wiederherstellung betroffener Ökosysteme sicherstellen (Natur im Mittelpunkt):

„Die Natur oder Pacha Mama, in der das Leben stattfindet und sich reproduziert, hat das Recht, in ihrer Existenz durch Erhalt und Regenerierung ihrer Lebenszyklen, Struktur, Funktionen und Entwicklungsprozesse ganzheitlich respektiert zu werden.“

(Verfassung von Ecuador, Artikel 71)

Die zweite einzigartige Dimension von *Buen Vivir* ist die Plurinationalität – die Anerkennung der Vielfalt und der gleichzeitigen Existenz von gleichwertigen Kulturen, Sprachen, Wissens-, aber auch Rechts- und Justizsystemen. In diesem Sinne hinterfragt *Buen Vivir* das weltweit

SILVER 20. Karin Hatwagner 2020. Assemblage (Blattsilber, Bilderrahmen, Papier) 21x16x1cm - Ausschnitt



verbreitete Konzept homogener Staatlichkeit – man spricht nicht mehr über eine Nation, die Minderheiten integriert, sondern über eine Nation vieler Nationen, die parallel existieren und gleichwertig sind. Die Grundlagen dieser neuen Gesellschaft sind: Gleichheit, Würde, Solidarität, Gegenseitigkeit, Respekt, Teilhabe, Gerechtigkeit, Verantwortung, faires Handeln gegenüber allen anderen Lebewesen und der ständige Dialog zwischen Gleichwertigen. Dabei werden die kollektiven Rechte von Gemeinschaften gleich wie die individuellen Rechte anerkannt und respektiert. 2009 proklamierte als erster der plurinationale Staat Bolivien anhand der neuen Verfassung diese Prinzipien als die Grundlage seiner Staatlichkeit:

„Bolivien basiert auf der Pluralität und dem politischen, ökonomischen, juristischen, kulturellen und sprachlichen Pluralismus, innerhalb des integrativen Prozesses des Landes.“
(Verfassung von Bolivien, Artikel 1)

Die praktische Umsetzung dieser Prinzipien erfordert deren Übertragung in neue Gesetze, Institutionen und Praktiken – etwas, das in den oben beschriebenen Rahmenbedingungen schwer bis unmöglich aussieht. Die Realitäten der beiden Länder seit der Entstehung der neuen Verfassungen zeigten deutlich, dass die Regierungen weiterhin ihren neoliberalen, fortschrittsorientierten und finanziell auf Gewinn ausgerichteten Weg fortführen. Einer der größten Kritikpunkte ist die Tatsache, dass die Wirtschaft der beiden Staaten wie bisher auf Extraktivismus und Export von Primärrohstoffen (Erdöleinnahmen, Bergbau)

basiert, was aber unter dem Zauberwort *Buen Vivir* mit der Finanzierung von sozialen Programmen (u.a. Armutsbekämpfung) begründet und gerechtfertigt wird. Auf diese Weise verwandelt sich *Buen Vivir* in ein Instrument der Regierungen, das für die Propaganda neoliberaler Projekte wie Autobahnen und Megabergbau, die der Ideologie des Konzepts komplett widersprechen, zum Einsatz kommt. Alberto Acosta weist ausdrücklich darauf hin, dass das *Buen Vivir* der Regierungen nicht mehr viel mit der ursprünglichen Bedeutung der Lebensphilosophie *Sumak Kawsay*, bzw. *Suma Qamaña* gemeinsam hat. Dadurch kommt es zu einer Entleerung des Begriffs – er wird laut Acosta eine von mehreren Modeerscheinungen.

Die massenhafte und unhinterfragte Anwendung von *Buen Vivir* im Rahmen von Konferenzen, Symposien und (Entwicklungs-)Strategien kommt, wie erwähnt, auch international vor – das Konzept verwandelte sich in das neue Entwicklungsparadigma, in die magische Lösung aller Probleme. Dabei wird aber nicht beachtet, dass die Entwicklungszusammenarbeit immer noch auf dem Fortschrittgedanken basiert – wir als Expert*innen und Besserwisser*innen helfen den ‚unterentwickelten‘ Anderen, sich zu entwickeln (diesmal unter dem Motto eines vom Globalen Süden stammenden Begriffs). Wir vergessen aber, dass *Buen Vivir* nicht Fortschritt und Entwicklung bedeutet, sondern ein harmonisches Zusammenleben und Dasein mit sich selbst, der Natur und den Mitmenschen, das auf Gleichheit, Anerkennung der Vielfalt, Respekt, Gerechtigkeit, Verantwortung und Fairness basiert.

Deshalb ist es wichtig (sogar, wenn wir das Konzept schon lange verstanden haben), uns immer wieder zu fragen: Was bedeutet eigentlich *Buen Vivir*?

Literatur

- ACOSTA, Alberto; übers. PEDERSEN, Birte 2015: *Buen vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben*. München: oekom [Orig.: *El Buen Vivir: Sumak Kawsay, una oportunidad para imaginar otro mundo*. Barcelona: Icaria Antrazyt].
- GALEANO, Eduardo 2008: *Nature is Not Mute*. In: *The Progressive*, 72:8, Social Science Premium Collection, 19.
- GUDYNAS, Eduardo 2009: *Politische Ökologie: Natur in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador*. In: *Juridikum. Zeitschrift für Kritik, Recht, Gesellschaft*. 4/2009, 214-218.
- KUPPE, René 2009: *Die neue Verfassung Boliviens – Ausdruck des neuen lateinamerikanischen Konstitutionalismus*. In: *Juridikum. Zeitschrift für Kritik, Recht, Gesellschaft*. 4/2009, 194-196.
- KYMLICKA, Will 1995: *Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights*. New York, Oxford: Oxford University Press.
- LEPENIES, Philipp 2009: *Lernen vom Besserwisser: Wissenstransfer in der „Entwicklungshilfe“ aus historischer Perspektive*. In: BÜSCHEL, Hubertus; SPEICH, Daniel (Hg.) *Entwicklungswelten. Globalgeschichte der Entwicklungszusammenarbeit*. Frankfurt/Main: Campus, 33-59.
- REPÚBLICA DEL BOLIVIA 2009: *Constitución de la República del Bolivia* <http://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Bolivia/bolivia.html>
- REPÚBLICA DEL ECUADOR 2008: *Constitución de la República del Ecuador*. Quito. https://www.oas.org/juridico/pdfs/mesicic4_ecu_const.pdf

Autorin

ELENA MITRENOVA studierte Architektur an der Technischen Universität Wien und Internationale Entwicklung an der Universität Wien und ist seit 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FH Campus Wien. Expertise in Siedlungs-, Stadt- und Regionalplanung, urbane Resilienz und Urban Policy, kooperative Stadtplanung, Bürger*innenbeteiligung und Aneignung öffentlicher Räume.

DIE VIELZEITIGKEIT DES LEBENS¹

Jenseits von Aktivismus und Langeweile

Christine Gasser-Schuchter

Langeweile – wie oft habe ich mich wohl im Heimlichen nach dir die letzten Tage geseht. Nun sehe ich mich nach einer turbulenten Woche (Abgabetermin, Abendveranstaltungen, Versicherungsfall, Ärztinetermin, freundschaftliches Tröstgespräch ...), die kaum Zeit zum Atmen ließ, vor die Aufgabe gestellt, justament etwas über Langeweile zu berichten. Doch wie über etwas schreiben, das in weite Ferne gerückt zu sein scheint?

Daraufhin begeben sich mich schnurstracks nach dem Samstagsfrühstück für die zweite Schicht ins Bett – dieses Mal nicht mit Schlaf, sondern mit einem Roman befasst. Glückselig blättere ich Seite um Seite, staune über die von einer Gegenwartsautorin so eindrücklich geschilderten Geschehnisse in einem kleinen, fiktiven Bergbauerndorf. Nur dem Drang zur Toilette erlaube ich es, mich diesem privaten Glück der Ruhe und inneren Einkehr für kurze Zeit zu entziehen. Ansonsten bleibe ich dem Prinzip Realitätsverweigerung treu. Bewusst ohne dieses Einstimmen in das Dauergejammer über zu wenig Zeit und den inflationären Gebrauch des Unworts Stress, meine ich Wochen in ihrer Qualität der privaten oder beruflichen „Gefülltheit“ – auch als Termine bekannt – unterscheiden zu können.

Beschleunigung und Todesflucht

Der Existenzanalytiker Alfred Längle grenzte in seinem Vortrag „Sinn für Zeit – Sinn von Zeit“ den Begriff „Termin“ von „Zeitverweilpunkt“² ab. Termin sei an sich ein höchst dramatischer Begriff, denn er gehe auf das lateinische Wort

„terminus“ zurück, was so viel wie Ende – durchaus im Sinne von Sterben/Tod gemeint – heiße. Auch der Begriff „deadline“ könne laut Längle in dieser Gedanken-tradition gesehen werden. Die Sprache ist verräterisch. Leben wir in einer morbiden Gesellschaft, in einer nekrophilen Kultur? Längle schlägt daher vor, dass wir besser auf den Begriff „Zeitverweilpunkt“ zurückgreifen sollen, vor allem wenn wir jene Zeiterfahrungen, die wir als sinnerfüllt, kurzweilig und existenziell bedeutsam erleben, beschreiben wollen: z.B. ein gutes Gespräch mit einer lieben Freundin bei einem Glas Rotwein. Ein Paradoxon scheint nach dem Organisationsethiker Peter Heintel und anderen TheoretikerInnen am Werk zu sein: je mehr wir dem Tode fliehen, umso mehr taucht er an anderen Stellen wieder auf: sei es nur in der gefühlten Leere manchen Aktivitätsdrangs („Gefühlstod“? „Zombikultur“?) oder auch in der Zunahme chronischer Krankheiten, nicht zuletzt von Depressionen. Der Soziologe Hartmut Rosa (2010, 49) etwa versteht Depressionen auch als Entschleunigungsreaktion auf moderne Beschleunigungstendenzen. Heintel sieht die Hauptursachen für die rasche Beschleunigung in der „Einstellungsänderung zu Tod, Ewigkeit und Unsterblichkeit“ (Heintel o.J., 4). Wenn es kein ewiges Leben mehr gibt, wird das individuelle Leben im Jetzt zur einmaligen Gelegenheit: alles muss in diesem Leben Platz haben, kein Zukunftsszenario kann trösten (Grohnemeyer 2012). Denn die Tatsache, dass wir sterben müssen, ist nach wie vor eine unabdingbare Gewissheit, der wir nicht entfliehen können. Sie bestimmt daher unseren Umgang mit Zeit.

Der Kontrapunkt zur Todesflucht: die Geburtlichkeit

Was die Interpretationen von Zeit als beschleunigte Zeit und Todesflucht jedoch beiseitelassen, ist das andere Ende des menschlichen Lebens: nämlich die Geburt(lichkeit) des Menschen. Durch unser Zur-Welt-Kommen treten wir sprechend und handelnd auf die Bühne der Welt, verändern sie und werden selbst verändert (Arendt 2003, 226). Aktivität/Handeln nur unter dem Kennzeichen der Beschleunigung zu sehen, heißt wesentliche Handlungen aus dem Blickwinkel zu verlieren oder sie womöglich rein auf die Bewältigung voller E-Mail-Accounts zu reduzieren. In Arendts Sinne wäre dies der Arbeits- bzw. Herstellungslogik und nicht der Handlungsebene zuzuordnen.

Beim Handeln geht es nämlich um die Sorge um die Welt, die Anteilnahme am Anderen und die Teilhabe an einer Generationenfolge – auch und gerade aus der Hoffnung heraus, dass es sich eben gerade nicht um „die letzte Gelegenheit“ handelt, sondern um stets von neuem korrigierbare Handlungen.

Im Grunde könnte es dann auch um die Frage gehen: Was hat mich an besagtem Samstagnachmittag wieder aus dem Bett getrieben? Wenn ich dem nachspüre, so war es die Lust auf Kreativität, der Wunsch nach geistiger Auseinandersetzung, nach einem Beitrag für die feministische Gemeinschaft und der Wunsch nach Selbstoffenbarung im Arendt'schen Sinne. Um was es letztlich geht, ist also die Tatsache der „sinnerfüllten Tätigkeit und Zeitgestaltung“ und somit um die Frage nach dem „guten Leben“. Wo erleben wir sinnvolle

Zeit? Im Beruf? In der Familie? In der Freizeit? Lässt sich das überhaupt auseinanderdividieren?

Das gute Leben als Leben in Vielfalt

In vielen jüngeren Reflexionen zum Verhältnis von Arbeit und Leben herrscht Einigkeit: die Arbeitsgesellschaft (als lebenslange Vollzeitwerbsarbeit) ist tot und kehrt nicht wieder. Es ginge also auch darum, die einseitige Dominanz der Erwerbsarbeit zurückzudrängen – zugunsten von mehr Spielräumen zum Handeln und der Einübung von Handeln im Arendt'schen Sinne.

Frigga Haug unterscheidet in ihrer Utopie eines viel-fältigen (statt ein-fältigen) Lebens vier Grundbereiche, die es ausgewogen zu halten gelte, um ein gutes Leben zu garantieren: der Reproduktionsbereich (dazu gehört nicht nur Familienarbeit im engeren Sinn, sondern soziale Tätigkeit im Allgemeinen), der Produktionsbereich (Erwerbsarbeit), Bildung (persönliche Entwicklungsarbeit) und Politik (Gemeinwesenarbeit). Auch wenn diese weiterhin lebensphasenspezifisch unterschiedlich gewichtet sein können, soll die aktuell etwas starre Aufteilung und stufenweise Abfolge von zunächst Bildung, dann Beruf und (hauptsächlich für Frauen zusätzlich) Familien- und Sorgearbeit durchbrochen und besser gemischt werden. Auf Erwerbsarbeitsphasen könnten wieder Bildungsphasen folgen, Familiengründungen sollen nicht unbedingt die Teilnahme an der politischen Gemeinwesenarbeit verhindern und Erwerbsarbeit sollte nicht den Hauptaktionsraum des erwachsenen Menschen darstellen.

Kurzum, Haug geht es letztlich um „Gerechtigkeit bei der Verteilung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Gemeinwesenarbeit und Entwicklungschancen“ – und zwar in der Gesellschaft insgesamt, aber auch in jedem individuellen Leben. „Die politische Kunst liegt in der Verknüpfung der vier Bereiche. Keiner sollte ohne die anderen verfolgt werden, was eine Politik und zugleich eine Lebensgestaltung anzielt, die zu leben umfassend wäre, lebendig, sinnvoll, ein-greifend und lustvoll genießend.“ (Haug, 2011, 23)

Schritte in die Zukunft

Haug spricht nicht davon, dass das heute oder morgen umsetzbar wäre, aber es solle „als Kompass dienen [...] [, der] alle Menschen einbezieht und in de[m] endlich die Entwicklung jedes einzelnen zur Voraussetzung für die Entwicklung aller werden kann“ (Haug, 2011, 23). Nur wie ist das umsetzbar? André Gorz präsentiert eine Lösung des Problems: Politisch gesehen braucht es ein bedingungsloses soziales Grundeinkommen, die Förderung freiwilliger sozialer Dienste und letztlich Zeitsouveränität, so seine Vorschläge (Gorz 2000, 120-147). Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen könnten wir uns vermehrt Zeit wieder selbst aneignen. All diese Befunde erheben eine Stimme für die Vielzeitigkeit des Lebens und der gesellschaftlichen Ordnung. Und was können wir individuell tun? Einen ersten Impuls zur Wiedererlangung von Zeit in ihrer Vielfalt schlägt Peter Heintel vor. Er hat 1990 einen Verein zur Verzögerung der Zeit (www.zeitverein.com) gegründet, als dessen Ziel er benennt: „Jedes Vereinsmitglied sollte am Ort seiner Tätigkeit

überall dort, wo es ihm sinnvoll erscheint, Zeit verzögern und sich der Solidarität des gesamten Vereins sicher sein. Er sollte zum Innehalten, Nachdenken auffordern, wo blinder Aktivismus und partikulares Interesse Scheinlösungen produzieren.“ Kein schlechter Vorschlag meine ich.

Anmerkungen

¹ Gekürzter Beitrag. Langversion in: Der Apfel. Zeitschrift des Österreichischen Frauenforums Feministische Theorie. Nummer 108 (4/2013) 12–15.

² Interessant, dass in „Zeitverweilpunkt“ auch die „Weile“ steckt, die uns im Begriff der „Langeweile“ ebenfalls begegnet.

Literatur

- ARENDR, Hannah 2003: Vita activa oder Vom tätigen Leben. München: Piper.
 GORZ, André 2000: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
 GROHNEMEYER, Marianne 2012: Das Leben als letzte Gelegenheit. Sicherheitsbedürfnisse und Zeitknappheit. Darmstadt: WBG.
 HAUG, Frigga 2011: Die Vier-in-Einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument, 3. Auflage.
 HEINTEL, Peter o.J.: Die Beschleunigung und das ‚Modell Neuzzeit‘. Eine geschichtsphilosophische Betrachtung. www.gbaw.at/fileadmin/user_upload/gbw_allgemein/Die_Beschleunigung_und_das_Modell_Neuzzeit.pdf
 LÄNGLE, Alfried 2012: Sinnvoll leben. Eine praktische Anleitung der Logotherapie. Wien: Residenz.
 LÄNGLE, Alfried 2013: Sinn für Zeit – Sinn von Zeit. Ein existentielles Suchen zwischen Vergehen und Werden. Vortrag 23.01.2013 www.youtube.com/
 ROSA, Hartmut 2013: Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer Kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit. Berlin: Suhrkamp.

Autorin

CHRISTINE GASSER-SCHUCHTER schreibt, liest und denkt gerne. Ihre derzeitigen und schon immer Lieblingsthemen sind: Familienleben, Nachhaltigkeit und Feminismus. Sie ist Mutter von zwei Kleinkindern, stellvertretende Obfrau in einer elternverwalteten Kindergruppe und Mitbegründerin der Initiative „bleiben.erheben.wandeln“.

ZWISCHEN INSPIRATION UND TRANSPARATION

Sabine Prokop

Beim Schreiben dieses Textes laueren auf mich viele Fallen und Hürden. Eine Schwierigkeit ist es, über Inhalte zu schreiben, die einer selbst sehr nahe liegen und wichtig sind, in diesem Fall ist es einerseits mein wissenschaftlich/künstlerisches (Erwerbs) Leben und andererseits mein ehrenamtliches Engagement in feministischen Zusammenhängen. Eine andere Hürde ist die Reproduktionsarbeit, die mir als ich einst¹ diese ersten Sätze niederschrieb, in Form von schulischen Anliegen meiner Tochter über den Weg lief. Nun ist es vor allem Care-Arbeit für meine Mutter. Als sie immer pflegebedürftiger wurde, fragte mich eine Nachbarin, wie ich das mit den zwei Haushalten nun schaffe. Wieso ich? Sie hat auch einen Sohn! Wobei die Betreuung der pflegenden Unterstützung mir bleibt ... eine weitere Hürde. Außerdem: Ich kann erst am späteren Nachmittag kreativ arbeiten und muss daher aufpassen, mich nicht schon vorher durch koordinatorische und organisatorische Erledigungen zu erschöpfen. Zu dieser Zeit hören die meisten Anderen auf zu arbeiten – oder kommen im Fall von ganztagsbetreuten Kindern heim. All dies bietet hervorragende Ausreden nicht zu schreiben. Die en passant geputzten Fenster oder aufgeräumten Küchenladen sind im Vergleich dazu ein Klacks.

Auslöser für den Titel dieses Beitrags war die Erkenntnis, dass ich immer dann neue Projekte vom Zaun breche, wenn ich gerade dabei bin, Abrechnungen und Berichte für fast fertige Projekte in den ordnungsgemäßen Griff zu bekommen. Schweißgebadet versu-

che ich mich zu erinnern, welche Deadlines ich schon wieder schramme. Um wenigstens irgendetwas Schönes zu haben, lasse ich mir das nächste Projekt, die nächste Veranstaltung, den nächsten Titel einfallen und überlege, mit wem das wohl zu konzipieren und umzusetzen wäre, denn Zusammenarbeit mit neuen Frauen* und Organisationen an neuen Orten ist mir persönlich eine große Motivations- und Inspirationsquelle und bringt mich immer wieder dazu, mich zu engagieren.

Selbstmotiviert, selbstorganisiert und selbstfinanziert ...

...zu arbeiten war mir aus der Kunst bekannt, so zu forschen schien mir normal. Den Weg ins ‚Innere‘ der Institution wollte ich nicht einschlagen, die Ränder (als ‚externe‘ Lektor*in) schienen mir passender. So wie sich ein Großteil der Künstler*innen bestenfalls mit kunstnahen oder überhaupt mit kunstfernen ‚Brotberufen‘ das Leben mehr schlecht als recht finanziert (als Rolemodel für prekäre Verhältnisse), friste ich mein ‚freies‘, wissenschaftliches Dasein samt Nachwuchs mit Mischeinkommen aus kurzzeitigen, selbständigen, befristeten und unselbständigen Beschäftigungsverhältnissen bei wechselnden Einrichtungen als Neue Selbständige, wobei die Einkommensabhängigkeit von den ‚alten‘ Arbeit-, nun Auftraggeber*innen bestehen bleibt, nur die Verteilung der Risiken ist neu. Auch die Freiheit der freien Dienstnehmer*innen ist „in dem Sinne zu verstehen, dass sie frei von etwa Urlaubsanspruch, 13. und 14. Monatsgehältern, von Arbeitslosenversicherung und von Krankengeld sind“ (Blimlinger et al. 2007, 43).

Für die immer wieder anfallenden einkommenslosen Zeiten und dem dann nötigen, meist zermürenden Umgang mit dem Arbeitsmarktservice empfehlen die Interessenvertretungen im Kulturrat Österreich im Falle von solchen Mischeinkommen mit Mehrfachversicherungen „sich nicht entmutigen zu lassen und im Zweifelsfall organisierte Hilfe in Anspruch zu nehmen“ (2012, 31). Das vermindert etwas das nächtliche, schweißgebadete Aufschrecken.

Verändert der ökonomische Druck ...

... künstlerische und wissenschaftliche Schaffensprozesse? Trotz widriger Arbeitsumstände hoch motiviert zu arbeiten macht Kultur- und Wissensproduzent*innen zu Vorbildern für neue Beschäftigungsmodelle. Creative Industries sind ein Beispiel für die Ökonomisierung der Kultur und gelten als Symbiose kreativer Selbstverwirklichung und wirtschaftlicher Selbstständigkeit. ‚Frei‘ sind Künstler*innen damit aber nur von der Notwendigkeit von Kunstförderungen. Die Arbeitsverhältnisse unterscheiden sich nicht von den schlechten Bedingungen des Kunstbetriebs, wo z.B. Frauen „mit künstlerischer Arbeit 36 % weniger [verdienen] als ihre Kollegen. Sie verfügen bis zu 50 % seltener über eine langfristige Zusammenarbeit mit Vermarkter*innen ([...] Galerien, Verlage, Agenturen etc.) und sind deutlich öfter einer hohen Belastung ausgesetzt“ (Klein, Koweindl 2009). Das Bild der Kulturunternehmer*innen hingegen suggeriert, dass die Betroffenen für ihre missliche Lage selbst verantwortlich sind. Von strukturellen Problemlagen wird in die Individualisierung abgelenkt.

Die Arbeit in Kunst und Wissenschaft ist hochgradig personenbezogen und formt den Blick auf die eigene Subjektivität und das eigene Ich als Ressource. Selbstausschöpfung wird zur Methode und Selbstüberforderung zur Maßnahme der Zukunftssicherung. Gerne und mit Vergnügen denke ich über mich selbst nach, aber dieser Verpflichtung zur ständigen Arbeit an mir selbst will ich prinzipiell nicht mehr folgen.

Anmerkung

¹ Der ursprüngliche Text (in: Freiheit und Prekarität? Feministische Wissenschaft, Kulturkritik und Selbstorganisation. Hg. v. Dagmar Fink, Birge Krondorfer, Sabine Prokop, Claudia Brunner. Münster: Westfälisches Dampfboot 2013, 139-148) wurde gekürzt und überarbeitet.

Literatur

BLIMLINGER, Eva; ZOGHOLY, Andre (Hg.*innen), 2007: flexible@art. Linz Kunstuniversität.
KLEIN, Barbara; KOWEINDL, Daniela, 2009: Täglich grüßt das Murmeltier. Eine interministerielle Arbeitsgruppe soll an der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage von Künstlerinnen arbeiten. Nur ändern soll sich nichts. In: an.schläge Dezember/Jänner 09.
KULTURRAT ÖSTERREICH, 2012: Selbstständig – Unselbstständig – Erwerbslos. Infobroschüre für KünstlerInnen und andere prekär Tätige <http://kulturrat.at/agenda/ams/infoAMS>.

Autorin

SABINE PROKOP ist Kommunikations- und Kulturwissenschaftlerin, Künstlerin, systemische Beraterin, Wissenschaftscoach. Universitäre Lehre transdisziplinär an wechselnden Universitäten. Mitbegründerin des Verbands feministischer Wissenschaftler*innen (15 Jahre im Vorstand). Derzeit im Vorstand der Frauenhetz. In den letzten Jahren Archivierungsprojekte und ein gar nicht bedingungsloses Grundeinkommen (Pension).

OBJET 00. Karin Hatwagner 2018/19.

Assemblage (Metall, Lehm, braune Farbe, Holz)
26x11x11cm



FRAU UND BEHINDERUNGEN

Victoria Doppler

Wer ist behindert, was ist Behinderung, wer wird behindert? Stellt man diese Fragen, zeigt sich sehr schnell, dass die heute vorherrschende Sicht auf Menschen mit Behinderungen durch verschiedene Einflüsse geprägt wurde, die auf eine Andersartigkeit verweisen, die diesen Menschen zu eigen sein soll. Im 15. und 16. Jahrhundert waren die traditionellen kirchlichen Erklärungsmuster prägend und der Ursprung von Behinderungen wurde dem Teufel oder Dämonen zugeschrieben. Gleichzeitig begann in dieser Zeit die Institutionalisierung der Andersartigkeit durch Narrenschiffe und Narrentürme und die Stigmatisierung durch optische oder akustisch wahrnehmbare Signale.

Abgelöst wurden diese Erklärungsmuster erst durch wissenschaftliche Auseinandersetzungen, die einen neuen Zugang zum Thema Behinderungen ermöglichten. Der Charakter der Andersartigkeit blieb jedoch bestehen. Behinderungen wurden als körperlicher oder geistiger Defekt, als Abweichung der vorherrschenden Norm,

als medizinisches Problem gesehen. Aber auch die Sozial- und Humanwissenschaften konstituierten Behinderung als Problem, das es durch die Schaffung von Versorgungssystemen auszugleichen gilt. Die Gemeinsamkeit dieser Auseinandersetzungen ist, dass sie die Exklusion von Menschen mit Behinderungen deutlich vorangetrieben haben. Sowohl auf gesellschaftspolitischer Ebene als auch in Hinblick auf räumliche Nutzungsmöglichkeiten. Diese Exklusionsräume existieren auch heute.

Die Unsichtbarkeit von Frauen mit Behinderungen

Seit den 1980er-Jahren verändert sich die (wissenschaftliche) Auseinandersetzung mit dem Thema Menschen mit Behinderungen, wobei v.a. die Ebene der sozialen Benachteiligung in den Vordergrund rückt. Behinderungen können nun nicht mehr als naturgegebenes Phänomen mit den Menschen in der Opferrolle betrachtet werden, sondern es können nun auch

jene Prozesse analysiert werden, die zur Exklusion von Menschen mit Behinderungen beitragen. Zeitgleich findet in unserer Gesellschaft eine Verschiebung des Blickwinkels von der Gruppe Menschen mit Behinderungen hin zum Individuum mit Fähigkeiten, Fertigkeiten und Möglichkeiten statt.

Insbesondere durch den Ansatz der Disability Studies „Nichts über uns – ohne uns“ wird im wissenschaftlichen Diskurs die Thematik Menschen mit Behinderungen sichtbar, wenn das Thema auch weiterhin ein Randthema bleibt. Gleichzeitig treten auch immer mehr Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Raum für sich und ihr Thema ein.

Die Frau mit Behinderungen ist bis hierher unsichtbar gewesen und geblieben, genderspezifische Aspekte oder Intersektionalität werden erst in den letzten Jahren langsam zum Thema, wobei die Schwierigkeit hier nicht nur darin liegt, grundsätzlich Mensch mit Behinderungen, sondern insbesondere Frau mit Behinderungen zu sein.



Müssen wir darüber sprechen?

Das im Jahr 2018 gegründete Kompetenzteam Frauen mit Behinderungen vom Österreichischen Behindertenrat tut genau dies in einer immer größer werdenden Runde, wobei hier besonders die eigenen Expertisen und Erfahrungen geschätzt werden. Die bunte Mischung an unterschiedlichen Charakteren bringt eine Vielzahl an interessanten und fruchtbaren Ideen hervor. Es wurde u.a. eine Expertinnen-Liste, auf der sich in der Zwischenzeit 50 Frauen mit unterschiedlichsten Expertisen und Behinderungen befinden, die laufend ergänzt wird, erstellt.

Im Herbst 2019 fand dann die zweitägige Konferenz „Frauen mit Behinderungen. Müssen wir darüber überhaupt sprechen?“ statt. Die Botschaft, die vermittelt wurde, war eindeutig. Wir müssen darüber sprechen! Frauen mit Behinderungen sind immer von der Gefahr der Mehrfachdiskriminierung betroffen.

Es zeigt sich deutlich, dass Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen häufiger auftreten und sich diese durch sämtliche Lebensbereiche ziehen. So haben etwa 45 % der Frauen mit Behinderungen nur einen Pflichtschulabschluss, während es bei den Männern mit Behinderungen rund 30 % und bei Frauen ohne Behinderungen nur 20 % sind. Dies hat in weiterer Folge massive Auswirkungen auf die Teilhabe am Arbeitsleben. Nicht einmal die Hälfte der Frauen mit Behinderungen hat die Möglichkeit aktiv am Arbeitsmarkt teilzuhaben. (www.bizeps.or.at/mehrfachdiskriminiert-frauen-und-maedchen-mit-behinderungen-in-oesterreich/) Bis heute fehlen Studien, die Frauen und Mädchen mit Behinderungen explizit in den Fokus nehmen, insbesondere, was Gewalter-

fahrungen betrifft. Die Konferenz rückte dies in den Vordergrund. Und gleichzeitig auch jene Frauen mit Behinderungen, die ansonsten unsichtbar (gemacht) sind.

Einsatz für mehr Sichtbarkeit

Eine spürbar wachsende Beachtung von Frauen mit Behinderungen und den damit verbundenen Themen ist bemerkbar. Die ehemalige Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein eröffnete die Konferenz. Doris Schmidauer, die Frau des Bundespräsidenten, hat z.B. das Kompetenzteam zum Auftakt des internationalen Frauentages im März in die Präsidentschaftskanzlei eingeladen. Das Thema schien nun endlich den Mainstream erreicht zu haben und die Unterstützung zu finden, die notwendig ist, um grundlegende Probleme angehen zu können.

Und dann kam Covid-19. Die damit verbundenen Maßnahmen und Einschränkungen haben massiven Einfluss auf sämtliche Lebensbereiche, die Arbeitslosigkeit ist so hoch wie nie zuvor. Was dies jetzt für Frauen mit Behinderungen bedeutet, kann noch niemand so genau sagen. Auffällig ist, dass unterschiedlichste Interessensvertretungen von Menschen mit Behinderungen darum kämpfen müssen, dass diese ‚Gruppe‘ überhaupt berücksichtigt wird. Isolationsüberlegungen und Risikogruppenlisten führen uns derzeit wieder in der Geschichte zurück.

Wohin jetzt? – persönliche Reflexionen

Eine spannende Zeit. Ich beschäftige mich persönlich seit über 10 Jahren mit dem Thema Behinderungen. Als alleinerziehende Mutter, Frau mit Behinderungen und anderen Attributen, die mich als Mensch kennzeichnen, habe ich mich

selbst auf der Liste der Kriterien für Personen der Risikogruppe wiedergefunden. Dies sagt allerdings nichts über mein individuelles Risiko aus.

Wohin geht es nun? Was passiert mit Frauen mit Behinderungen in diesen Zeiten? Derzeit habe ich das Gefühl, dass wir uns nun wieder mit den Grundfragen der Frauen- aber auch der Behindertenbewegung auseinandersetzen. Die Mehrfachbelastung. Homeoffice. Kurzarbeit. Grundversorgung. Medizinischer Bedarf. Kinder. Haushalt. Einkommen. Leistbarkeit. Das Leben am Laufen halten.

Nutzen wir diese Situation, um Barrieren niederzureißen, oder finden wir uns in einer Zeit wie vor 100 Jahren wieder? Risiko- oder vulnerable Gruppen, was sollen, dürfen, müssen wir jetzt?

Wir stehen an einem Scheideweg. Frau-Sein ist anstrengend genug. Mensch mit Behinderungen zu sein ist anstrengend genug. Beides in der aktuellen Situation zu sein und gegebenenfalls noch zusätzliche Belastungen zu haben, ist deutlich schwieriger. Es braucht eine Beharrlichkeit, sich nun nicht zurückwerfen zu lassen und sich mit den jetzigen Gegebenheiten abzufinden. Wenn wir hier nicht aufpassen, etablieren sich wieder Rollenbilder, von denen wir gedacht hatten, sie überwunden zu haben und für deren Ende wir Frauen mit Behinderungen die vergangenen Jahre so hart gekämpft haben.

Autorin

VICTORIA DOPPLER arbeitet in Projekten zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt und forscht zu diesem Thema. Sie ist Mitbegründerin des Kompetenzteams Frauen mit Behinderungen.

Bei Fragen rund um diese Themenschwerpunkte stehe ich gerne unter: beratung@victoriadoppler.at für einen Austausch zur Verfügung.

FRAUEN RAUB AKTIONSTAG

Frauenhetz – Redebeitrag am 12. Juni 2020

Andrea Strutzmann

Frauen haben immer miteinander und voneinander gelernt, sei es in der Familie, wo wir von Großmüttern und Müttern gelernt haben, wie wir zum Beispiel Marmelade einkochen, oder dass Ringelblumensalbe bei Hautwunden und Gelenkentzündungen hilft. Auch unsere Sprache – es heißt ja Muttersprache – haben wir von ihnen gelernt. Unsere Großmütter erzählten uns Geschichten, wie es früher war.

Im Sinne einer innerfamiliären Bildung wurde so Erfahrungswissen unter Frauen mündlich weitergegeben. Dieses Wissen ist wertvoll und wurde hochgeschätzt.

Das hat sich verändert, denn wenn es heute um den Begriff Bildung geht, wird meistens Qualifizierung verstanden. In dieser Bildung geht es hauptsächlich darum, ein Zertifikat für den beruflichen Bereich zu erwerben, eine Kursbestätigung zu bekommen. Ein großer Teil von Bildung ist nun auf die Berufsbildung ausgerichtet. Hilft das uns Frauen?

Wo gibt es noch Möglichkeiten und Orte, an denen Frauen weiterhin miteinander und voneinander lernen, wo Frauen Erfahrungen austauschen und Informationen weitergeben können? Wo sie gemeinsam über die eigenen Lebenssituationen, über ihre Stellung in der Gesellschaft diskutieren können, um sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren und gemeinsam Forderungen zu entwickeln?

Wir vom Verein Frauenhetz

sind ein autonomes feministisches Bildungszentrum im dritten Bezirk in Wien und engagieren uns großteils ehrenamtlich, damit es solche Räume weiterhin

”

WIR FORDERN DAHER:

**Höhere Löhne für alle neuerdings erkannten
,systemrelevanten Berufe‘ und vor allem
für Care-Arbeiten müssen her!**

**Alle Reproduktionstätigkeiten müssen auf
alle verteilt werden.
Sie dürfen nicht nur an Frauen picken bleiben.**

WIR LASSEN UNS NICHT MEHR BERAUBEN!

“

gibt. Wir organisieren Veranstaltungen, bei denen miteinander im Sinne einer politischen Bildung diskutiert wird, was wir gemeinsam verändern wollen und Fragen stellen wie: Warum verdiene ich als Frau wesentlich weniger als Männer? Was sind die Hintergründe? Wie können wir gemeinsam dagegen auftreten? – Denn wir wollen nicht bitten, sondern LAUT sein.

Seit der Regierungsangelobung 2017 wurden die Förderungen für viele Frauenprojekte gekürzt, oder wie in der Frauenhetz, vom Frauenministerium zur Gänze gestrichen. Wir machen trotzdem weiter! Denn Orte, wo politische Frauenbildung und feministischen Bildung möglich sind, braucht es dringender denn je.

Es ist uns in der Frauenhetz sehr wichtig, Theoretikerinnen und Praktikerinnen miteinander ins Gespräch zu bringen, so laden wir zum Beispiel Expertinnen zu einem inhaltlichen Thema ein, Praktikerinnen treten mit den Expertinnen in Austausch und lernen auf einer gemeinsamen Ebene voneinander. Das zeigt sich auch darin, welche Veranstaltungen wir machen: Work-

shops, Lesungen, Diskussionsabende, gemeinsam Filme schauen. Die Sitzordnung ist dabei wichtig, wir sitzen im Kreis, jede kann die andere direkt sehen, alle sind gleich wichtig, die Begegnungen sind wertschätzend.

Am Frauen Raub Aktionstag geht es darum aufzeigen, wie sehr der Wert von Frauenarbeit in der Gesellschaft nicht geschätzt und noch immer nicht bezahlt wird. Frauen erledigen zu einem Großteil die nicht bezahlte Arbeit wie Hausarbeit, Pflege, Kinderbetreuung, die Reproduktionstätigkeiten.

In Österreich beträgt der geschlechtsspezifische Gesamteinkommensunterschied 44,9%! Das bedeutet, Frauen in Österreich verdienen um 46 Milliarden Euro weniger als Männer. Und das jedes Jahr! Das ist nicht nur unfair und gemein, es ist eine bodenlose Frechheit!

Wir vom Verein Frauenhetz sind heute gemeinsam mit anderen Frauenvereinen und feministisch politischen Bündnissen hier, um dagegen aufzubegehren.

Autorin

ANDREA STRUTZMANN ist Erwachsenenbildnerin, Mitfrau in der Frauenhetz.

MACHTKRITISCHE BILDUNGSARBEIT

Liebe als Ahnung eines Prinzips

Miša Krenčeyová

Wenn ich zu Beginn eines neuen Semesters an der Universität den Seminarraum betrete, um die erste Sitzung einer Lehrveranstaltung zu eröffnen, erwartet mich eine Gruppe von Studierenden mit ganz unterschiedlichen Sprachen, Körpern, Zugehörigkeiten, Erfahrungen und Erwartungen. Wenn ich die Namensliste aus meinen Unterlagen hervorkrame, werden die anwesenden Personen schon erste Eindrücke gesammelt und ein paar kurze, banale Gespräche geführt haben – orientiert an sichtbaren oder vermuteten Gemeinsamkeiten und Unterschieden unter ihnen. Einige der Namen auf der Liste werde ich (noch) nicht aussprechen können. Manche Namen werde ich mir später leichter merken, weil ich diejenigen, denen sie gehören, öfter werde sprechen hören als andere. Und mindestens einem Gesicht werde ich bis zum Semesterende aus dem Stegreif keinen Namen zuordnen können. Im Laufe der nächsten Wochen werden die Studierenden Grüppchen geformt und Sympathien ausgetauscht haben und in kleinere oder größere Konflikte geraten sein. All diese Dinge passieren in jeder Gruppe, die neu zusammenkommt, sie erscheinen alltäglich und mitunter zufällig, und doch sind sie Teil einer Gruppendynamik, die in jeder Gruppe einzigartig ist und dennoch in Mustern verläuft. Der Gruppenprozess hatte spätestens mit der zweiten Person begonnen, die am ersten Tag den Raum betrat, und während sie sich noch entschied, wie weit vom Lehrendenpult oder anderen Anwesenden sie sich hinsetzt, füllte den Raum langsam etwas, das alle Begegnungen zwischen Menschen beeinflusst: Macht.

Gruppendynamik

Die Dynamik in der Entwicklung jeder Gruppe verläuft in unterschiedlichen Phasen. Auf den US-amerikanischen Psychologen Bruce Tuckman geht das bekannte (und oft adaptierte) Modell zurück, das vier ebensolcher Phasen der Gruppendynamik unterscheidet (Tuckman 1965): Anfangs orientieren sich die Gruppenmitglieder (*forming*), dann werden die unterschiedlichen Rollen und Positionen in der Gruppe bewusst und unbewusst verhandelt (*storming*), die Gruppe entwickelt gemeinsame Normen (*norming*) und wird schließlich wirklich arbeitsfähig (*performing*). So hilfreich diese Unterscheidung ist, um Vorkommnisse in der Gruppe oder Stimmungen (und deren Schwankungen) einzuordnen, so wenig hilft sie uns zu verstehen, *warum* Menschen gewisse Rollen einnehmen (und manche immer wieder dieselben Zuschreibungen erfahren) oder wie Einzelne mit den unterschiedlichen Dynamiken umgehen und von ihnen beeinflusst werden.

Machtverhältnisse

Auch hier ist es Macht, die die Gruppe strukturiert. Ein Verständnis gesellschaftlicher Machtverhältnisse ermöglicht uns zu erkennen, warum manche gefühlt ‚immer‘ sprechen (wollen und können) und andere – zumindest am Anfang – ‚nie‘. Macht bestimmt die Arbeitsteilung bei Arbeitsaufgaben oder warum und wie sich bestimmte Ideen durchsetzen. Dass die einen eher mitschreiben und andere das Mitgeschriebene öfter präsentieren, ist keine (ausschließliche) Frage der ‚Persönlichkeit‘. Es ist ihre Verstrickung in Machtverhältnisse, die manche denken lässt, sie sei-

en ‚einfach nur schüchtern‘, und anderen ermöglicht, Situationen zu ihrem Nutzen zu gestalten – weil Letztere in ihrem Habitus die ‚richtigen‘ Spielregeln mitunter schon verinnerlicht haben. Wir tragen unsere Einbettung in gesellschaftliche Machtverhältnisse in jede Gruppe hinein, und sie ist es, die unser Verhalten und die Reaktionen anderer Menschen auf unsere Präsenz erklärbar macht. Auch ich als Lehrende betrete eine Gruppe nicht (nur) als Lehrende oder als Individuum, sondern auch als in gesellschaftliche Machtverhältnisse verstricktes Subjekt.

Diese Schnittstelle von ‚Außen‘ und ‚Innen‘ einer Gruppe, das Zusammenwirken von situativer und struktureller Macht, also der gesellschaftliche Kontext von Gruppendynamik, hat mich in den letzten Jahren immer stärker beschäftigt – auch, weil ich mich seit vielen Jahren an dem diffusen Konzept von ‚Empowerment‘ abarbeite und seine Bedeutung auch in der Bildung auslote. Ein intersektionaler Zugang ist dabei hilfreich, unterschiedliche Positionalitäten (also gesellschaftliche Verortungen) von Menschen – ihre vielschichtigen sozialen Identitäten – zu berücksichtigen. Bewegt vom Anspruch, emanzipatorische Prozesse in der Bildungsarbeit voranzutreiben, begab ich mich auf die Suche nach *dem* ‚Prinzip‘ machtkritischer Bildungsarbeit, das meinen Überlegungen und Erfahrungen einen (handlungsorientierten) Rahmen gäbe – und den unterschiedlichen Ebenen der Wirksamkeit von Macht in Bildungsprozessen Rechnung tragen könnte. ‚Solidarität‘ und ‚Empathie‘ waren mir zu paternalistisch, ‚Vulnerabilität‘ zu egozentrisch, ‚Respekt‘ zu hegemonial.

Auch ‚Empowerment‘, das immerhin Macht explizit ins Spiel bringt, drückte die Haltung, um die es mir ging, nicht aus – denn diese Haltung gibt dem Konzept doch erst seinen eigentlichen Gehalt.

Was ist mit der Liebe?

Schließlich landete ich bei der Liebe. Der afro-amerikanische Autor James Baldwin (1924-1987) hatte sie in den 1960er Jahren als politisches Prinzip formuliert, postuliert als Imperativ gegen den Rassismus (Baldwin 1963, 105). Er verknüpfte damit etwas vermeintlich Privates nachdrücklich mit einem politischen und gesellschaftlichen Anspruch. Die deutsch-amerikanische Philosophin Hannah Arendt (1906-1975) verschmähte Baldwins vermeintlich sentimentale Affirmation von Liebe (Arendt 1962, o.S.). Doch wenn Gerechtigkeit das öffentliche Gesicht der Liebe ist, wie der afro-amerikanische Sozialkritiker Cornel West (geb. 1953) es formuliert (West 2010, 232), ist Liebe in der pädagogischen Arbeit keine Sentimentalität, sondern eine mögliche politische Handlungsgrundlage. Die Liebe, mit der Baldwin denjenigen begegnen wollte, die ihn unterdrückten, und mit der er ihnen ‚wie Liebenden‘ entgegentreten wollte, um einen politischen Kampf um Machtverhältnisse und Gerechtigkeit auszufechten, sollte sie menschlich machen und einen Dialog über ‚Differenzen‘ hinweg ermöglichen. In der Begegnung zwischen Menschen unterschiedlicher Zugehörigkeiten sollte sie ihnen ermöglichen, einander mit Nachdruck herauszufordern, um in weiterer Folge auf dieser Basis gemeinsam Unterdrückungsverhältnisse zu verändern. Jenseits von Debatten um ‚Sprech-



ETOFFE 20. Karin Hatwagner 2020. Assemblage (Textil, Holz, Kunststoff, Metall) 182x90x54cm

verbote‘, ‚sichere Räume‘ oder ‚politische Korrektheit‘ ist es vielleicht tatsächlich Liebe, die es uns möglich macht, einander als Menschen zu begegnen und dennoch – oder gerade deswegen – die Auswirkungen gesellschaftlicher Ungleichheit, die uns der Liebesfähigkeit berauben, zu berücksichtigen und ihre Ursachen bekämpfen zu wollen.

Wenn Sie an jene Momente Ihres (breit gefassten) Bildungswegs zurückdenken, die Sie mit ‚Empowerment‘ verbinden – in denen es also um einen Aspekt Ihrer gesellschaftlichen Positionierung geht, der Sie in Machtverhältnissen verortet: Welche Veränderung kommt Ihnen in den Sinn und warum? Und welche Rolle spielte ‚Liebe‘ an diesen Wendepunkten?

Literatur

ARENDT, Hannah (1962) The Meaning of Love in Politics. A Letter by Hannah Arendt to James Baldwin. <http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/95/156>

BALDWIN, James (1963) The Fire Next Time. New York: Dial Press.

TUCKMAN, Bruce (1965) Developmental sequence in small groups. Psychological Bulletin 63/6, 384-399.

WEST, Cornel (2010) Brother West: Living and Loving Out Loud. A Memoir. New York: Smiley-Books.

Autorin

MIŠA KRENČEYOVÁ: *1983 in Bratislava/Slowakei, nach der Jahrtausendwende samt Migrationshintergrund nach Wien übersiedelt. Studium der Internationalen Entwicklung (Diplom) und Afrikawissenschaften (Doktorat) an der Uni Wien. Lehrt und forscht zu unterschiedlichen Themen, in deren Zentrum die Auseinandersetzung mit Macht(verhältnissen) steht. www.fangfrage.at

FAITH-BASED ORGANIZATIONS

Ihre Chancen und Risiken für Frauen am Beispiel Subsahara-Afrika

Ulrike Ebner

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Organisationsstruktur von *Faith-Based Organizations* und wirft einen Blick darauf, inwiefern diese Organisationen dazu beitragen fundamentalistische Ansichten der katholischen Kirche hinsichtlich traditioneller Rollenbilder im Entwicklungskontext zu etablieren.¹ Dabei wird besonderer Fokus auf den Zugang zu Verhütungsmitteln, Aufklärungsarbeit und Schwangerschaftsabbrüchen gelegt.

Faith-Based Organizations (FBOs) verkörpern sowohl Charakteristika von *Non Governmental Organizations* (NGOs) als auch religiösen Organisationen. Wie auch NGOs agieren FBOs häufig im Gesundheits- und Bildungsbereich. Ein wichtiger Unterschied zwischen FBOs und NGOs ist, dass FBOs in ihrer Struktur einen philosophischen, moralischen und kosmologischen Hintergrund haben, der sich an religiösen Grundgedanken orientiert. FBOs sind darüber hinaus immer in religiöse Netzwerke eingebettet und werden durch religiös motiviertes Sponsoring unterstützt. (Koehrsen/Heuser 2019) Gemäß einer Schätzung der WHO (2007) sind 30-70% der Gesundheitsinfrastruktur in Subsahara-Afrika unter der Verwaltung von FBOs. In Ländern, in denen es kaum staatliche Gesundheitseinrichtungen gibt, waren und sind es hauptsächlich religiöse Organisationen, welche die lokale Gesundheitsversorgung verwalten, indem sie Krankenhäuser, Kliniken und anderen Einrichtungen bereitstellen. Durch ihr breites Netzwerk und ihre Organisationsstruktur sind FBOs oftmals die Hauptlieferantinnen von medizinischen Produkten und Medikamenten. FBOs haben meist ein gutes Verständnis von kulturellen und sozialen Gegebenheiten und tragen aktiv zur Entwicklung einer Gesellschaft bei. (O'Brien, 2017)

Kritik an FBOs

Kritisch zu sehen ist, dass FBOs ihren Einfluss und relative Macht über die Verteilung von essentiellen Gütern ausnutzen, um Empfänger*innen zu beeinflussen und zur Konversion zum jeweiligen Glauben zu bewegen. Häufig liegt der historische Ursprung von FBOs in Organisationen, die im Zuge der Kolonialisierung auch missionierten. Ein weiterer Kritikpunkt an FBOs ist, dass die Traditionen von Religionsgemeinschaften im Widerspruch mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung stehen können, wenn etwa katholische FBOs sich gegen den Gebrauch von Verhütungsmitteln aussprechen und unter der Maxime agieren, dass jegliche sexuelle Handlung vor der Eheschließung eine Sünde ist. Weiters verurteilt und verbietet die katholische Kirche Abtreibungen unter allen Umständen. (O'Brien 2017)

Vor allem im Globalen Süden herrscht ein signifikanter Mangel an empfängnisverhindernden Mitteln und Aufklärungsarbeit. Schätzungsweise 222 Millionen Frauen sind von diesem Defizit betroffen und müssen dementsprechend auf traditionelle und unsichere Verhütungsmittel zurückgreifen. Weltweit könnten 21 Millionen ungewollte Geburten, 26 Millionen Abtreibungen, ungefähr 800.000 Todesfälle von Frauen bei der Geburt und ca. 1 Million Todesfälle von Neugeborenen durch die Bereitstellung von adäquaten Verhütungsmitteln verhindert werden. (Barot 2013) FBOs tragen zum Mangel an diesen Verhütungsmitteln bei, indem sie gegen deren Benutzung appellieren bzw. diese in FBO-verwalteten Gesundheitszentren erst gar nicht zur Verfügung stellen. Ebenso stellt der Zugang zu sicheren Abtreibungen einen essentiellen Faktor hinsichtlich reproduktiver Gesundheit dar.

Dennoch werden Abtreibungen auf Grund der katholischen Interpretation von FBOs unterbunden. Selbst in jenen Ländern des Globalen Südens, in denen Schwangerschaftsabbrüche unter gewissen Umständen erlaubt sind, werden Kliniken größtenteils von FBOs geleitet. Daraus folgt, dass der Zugang zu sicheren Abtreibungen zwar gegeben ist, aber in der Realität keine Abtreibungen durchgeführt werden, da religiöse und staatliche Auffassungen kollidieren. (O'Brien 2017)

Potential der FBOs

Durch die enge Vernetzung mit den Gemeinschaften und ländlicheren Regionen haben FBOs grundsätzlich ein enormes Potential, die Entwicklung einer adäquaten Gesundheitsversorgung zu gewährleisten und stellen z.B. im Globalen Süden prinzipiell die idealen Partnerinnen für eine Zusammenarbeit im Entwicklungsbereich dar. Dennoch kann die Zusammenarbeit mit FBOs negative Auswirkungen auf Menschen und deren fundamentale Rechte haben. Besonders gefährdet sind dabei die reproduktiven Rechte von Frauen und Rechte von Menschen, die sich nicht im heteronormativen Spektrum einordnen können.

In diesem Zusammenhang fordern die in Nigeria geborene Menschenrechtsaktivistin Ayesha Imam (2016) und der Präsident des US-amerikanischen, pro-abortion-Verbands *Catholics for a Free Choice*, Jon O'Brien (2017), dass FBOs transparenter agieren sollten und öffentlich gemacht wird, welchen FBOs Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig sollte auch ein Überblick gegeben werden, welche Arten von Gesundheitsversorgung von den jeweiligen FBOs gewährleistet und welche abgelehnt werden. Dadurch wäre ersichtlich, welche

Organisationen aktiv gegen reproduktive Rechte von Frauen und Männern verstoßen und in welchen Bereichen Menschen der Willkür von katholischen Organisationen ausgesetzt sind. Daher ist es von großer Bedeutung, dass große Geldgeber*innen sich hinsichtlich der Werte der von ihnen unterstützen Organisationen informieren.

Unabhängige Organisationen haben eine wichtige Rolle dabei, Frauen aktiv bei der Einforderung ihrer Rechte zu unterstützen, wobei es besonders relevant ist, dass diese Organisationen nicht nur internationaler Natur sind, sondern dass auch regionale Organisationen und Bewegungen unterstützt werden. Weltweit gab und gibt es Frauenbewegungen und Frauenorganisationen, die aktiv gegen fundamentalistische Normen und Gesetzeslagen aufbegehren. Dabei konnten in vielen Ländern des Globalen Nordens Erfolge verzeichnet werden (Blofield 2008). Imam argumentiert darüber hinaus, dass es fast ausschließlich autonome Frauenbewegungen waren, welche die Implementierung reproduktiver Rechte von Frauen verändert und vorangetrieben haben. Daher appelliert die Autorin an Akteur*innen innerhalb des Entwicklungskontextes, Frauenbewegungen zu unterstützen und Organisationen mit finanziellen Mitteln auszustatten, welche sich aktiv mit Menschenrechten und gender- und sozialer Gerechtigkeit befassen und diese vorantreiben wollen. (Iman 2016)

Trotz des weltweiten progressiven Anstiegs der Implementierung von Menschenrechten und der Akzeptanz der Rechte von Frauen erleben fundamentalistische Organisationen einen Anstieg in ihrer Präsenz und Durchsetzung auch im Entwicklungskontext. Genderungerechtigkeiten bleiben eine der demonstrativsten globalen Herausfor-

derungen für Handelnde der internationalen Entwicklung. Daher ist es für staatliche und nicht-staatliche Akteur*innen wichtig darauf zu achten, welche Organisationen unterstützt und gefördert werden.

Anmerkung

¹ Der christliche Kontext wurde von mir nicht ausgewählt, weil er sich im Besonderen durch fundamentalistisches Gedankengut auszeichnet, sondern weil es lange Zeit auch mein eigener Religionskontext war und ich durch meine Sozialisierung und familiäre Traditionen immer mit dieser Religion in Verbindung stehen werde. Daher habe ich über diese Religion das meiste Wissen und kann, ausgehend von meinen eigenen Erfahrungen und Beobachtungen, tiefer in die Materie eintauchen.

Literaturhinweise

BAROT, Sneha 2013: A Common Cause: Faith-Based Organizations and Promoting Access to Family Planning in the Developing World. *Guttmacher Policy Review* 16(4), 18.

BLOFIELD, Merike 2008: Women's Choices in Comparative Perspective: Abortion Policies in Late-Developing Catholic Countries. *Comparative Politics* 40(4), 399-419.

IMAM, Ayesha 2016: The Devil is in the Details. At the Nexus of Development, Women's Rights, and Religious Fundamentalisms. *Association for Women's Rights in Development (AWID)*.

KOEHRSEN, Jens; HEUSER, Andreas 2019: Faith-Based Organizations in Development Discourses and Practice. London: Routledge.

O'BRIEN, Jon 2017: Can Faith and Freedom Co-Exist? When Faith-Based Health Providers and Women's Needs Clash. *Gender & Development: Fundamentalisms* 25(1), 37-51.

WHO 2007: Faith-Based Organizations Play a Major Role in HIV/AIDS Care and Treatment in Sub-Saharan Africa. <https://www.who.int/mediacentre/news/notes/2007/np05/en/>

Autorin

ULRIKE EBNER, in Kärnten geborene Wirtschaftswissenschaftlerin, absolvierte nach mehreren freiwilligen und beruflichen Einsätzen in Afrika und Europa das Studium der Internationalen Entwicklung – immer mit einem genderspezifischen Schwerpunkt. Lebt derzeit mit ihrer Partnerin in Wien und schreibt an ihrer Masterarbeit.



UNBEZAHLT UND UNBEZAHLBAR

Plädoyer fürs politisch bewusste Ehrenamt

Birge Krondorfer



Seit bald 27 Jahren gibt es in Wien einen von mir mitgegründeten gemeinnützigen „Verein zur feministischen Bildung, Kultur und Politik“, genannt Frauenhetz, der nur deshalb als Frauenbildungsstätte mit kontinuierlichem Programm noch existiert, weil die dort Tätigen sich großteils ehrenamtlich engagieren. Das wird selten – manchmal staunend – anerkennend gelobt, aber auch mit Ignoranz und einem Kopfschütteln oder einem milden, um nicht zu sagen mitleidigen Lächeln quittiert. Viel ‚Amt‘ wenig ‚Ehr‘ also, doch warum es lohnenswert ist ohne Monetenlohn tätig zu sein, wird hier in einer kleinen Zeitdiagnose skizziert.

Zur Frauenbewegung

Eine kurze Erinnerung: Zu Beginn der Zweiten Frauenbewegung engagierten sich Feministinnen vorbehaltlos und ohne pekuniäre Sicherungen in Frauenkontexten. Doch diese Dynamik wurde bald, wenn auch umstrittener Weise, in Bahnen staatlicher Frauenpolitik und weitergehend in Berufsfeminismus (in Realpolitik und Universitäten z.B.) gelenkt, ohne jedoch gänzlich darin aufzugehen, denn das ging parallel mit dem Aufbau von Frauenräumen (wie Frauenbuchhandlungen, -zentren, -häusern, -beratungsstellen), die später unter dem Begriffsdach „Frauenprojekte“ versammelt wurden. Für jene Frauenorte, die auf Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und autonome Selbstaussbeutung setzten, kann gelten, dass das Motto „das Persönliche ist politisch“ hier einen öffentli-

chen Ausdruck fand: kleine, wenn auch mannigfache Erlösungen von männerbündischen Strukturen.

Doch mit der Zeit wurde aus den selbstorganisierten, antihierarchischen und politisch motivierten Projekten zunehmend Sozialarbeit mit Professionalisierungsstandards und zu bezahlenden Mitarbeiterinnen, was von staatlichen Subventionen abhängig machte und eine Anpassung an die Vorgaben der fördernden Institutionen erforderte. Statt ‚Genossin‘ nun Kollegin, sozusagen. Die Dialektik – hier Emanzipation als Unabhängigkeit durch Erwerbsarbeit und dort Einpassung in die Arbeits- und Kapitallogik – transformierte die Berufung zum politischen Feminismus hin zu femi-sozialen Berufen. Professionalisierung, aber auch Karriere wurden zu einer anerkannten Größe, die in einem engen Zusammenhang zum erfolgreichen Sozial-, Team- und Organisationsmanagement des jeweiligen Projekts stand. Bereits in dieser Phase zeichnete sich die Tendenz zur Disziplinierung und Durchkapitalisierung der Frauenprojekte ab.

Zum Neoliberalismus

Inzwischen sind wir im Neoliberalismus mit dessen schizophrener Anforderungen konfrontiert: Aufforderung zu messbarer Projekteffizienz, Anrufungen des Enterprising Self usw. auf der einen und freiwillige (Bürger/innen-)Dienste, prekäre Arbeitsverhältnisse auf der anderen Seite. Das sind Manifestationen einer Ideologie, die sich als solche nicht reflektieren will, und daher alles, was ihrer

ETOFFE_divers. Karin Hatwagner 2020. Assemblage (Textil) 220x200

ökonomischen Logik nicht entspricht, als unreal abtut. Ethische Wertvorstellungen, Eigensinn und Kritik werden zunehmend durch profitable Erfolgskriterien ersetzt. Kurz gesagt lässt sich die Neoliberalisierung als eine Regierungsform, die nur unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit die Gesellschaft reguliert und dies in eine Sprache der Selbstverwirklichung gegossen hat, beschreiben. Diese ‚politische Rationalität‘ zielt auf die Ökonomisierung des Sozialen ab. Dieses Regieren als ‚Handeln auf Handlungen‘ (Michel Foucault) versteht sich nicht als Unterdrückung von Individuen, sondern meint die Selbst/Produktion einer Subjektivität, die sich ‚freiwillig‘ an Regierungsziele anschließt. Autonomie, Initiative, Flexibilität, Dynamik, Mobilität, Anpassungsfähigkeit und Resilienz sind hierzu Schlagworte. Arbeit an sich selbst ist dabei vorausgesetzt und wird identisch mit ‚training for the job‘. Nur als Konkurrent/in – im partizipativen Team wohl gemerkt, wo jede/r empowert das letzte Beste auch noch gibt – habe ‚ich‘ Platz.

Zur Versagung

Der Zwang zur ansteigenden Professionalisierung dient dem Leitbild der Karriere als Lebenserfüllung. Jene, die dies als würdigen Arbeits- und Lebensentwurf nicht akzeptieren und von den vorgestanzten gesellschaftlichen Anerkennungsmechanismen nicht völlig abhängig sind, werden gerade von diesen, die es geschafft haben, nicht ernst genommen. Doch wobei spielen diese ‚Versagerinnen‘ da eigentlich nicht mit? ‚Professionell‘ heißt ‚berufsmäßig‘ und ‚öffentlich bekennen‘ – also bedeutet Professionalisierungsdruck die pausen-

lose Unterstreichung eines permanent öffentlichen Bekenntnisses zur Erwerbsarbeit. Hier werden präsäkulare Reste des Zusammenhangs von Beruf und Berufung beschworen, mit welchem die Himmelsleiter geschwind und zielstrebig zu erklimmen sei – kommt doch etymologisch ‚Karriere‘ von ‚Rennbahn‘, ‚Laufbahn‘. Es kann vermutet werden, dass die Verweigerinnen dieses Systems sich zu der umfassenden Verfügbarkeit ihrer Lebensbegehren und Tätigkeitsenergien nicht bekennen – auch nicht dann, wenn es dafür guten ‚Gotteslohn‘ gäbe.

Zur Arbeit

Über den Zusammenhang von Arbeit und Leben ist in Bibliothekengröße spekuliert worden. Denn Arbeit kann so vieles bedeuten: Arbeit ist Mühsal, ist Aufschub des Todes, ist Identität, ist Gegenstand, ist Notwendigkeit, ist protestantisch, ist Ware, ist so tun als ob, ist immateriell geworden, ist langweilig, ist ausgegangen, ist Verzicht, ist reproduktiv, ist Ausbeutung, ist Freizeit, ist Sklaverei, ist kapitalistisch, ist privat, ist zu beschaffen, ist öffentlich, ist produktiv, ist Beziehung, ist Entfremdung, ist freiwillig, ist Mehrwert, ist nichts mehr wert, ist Denken, ist Sex, ist Sport, ist Essen, ist Kultur, ist Gewalt, ist Gewissen, ist Geld.

Ein interessanter Hinweis findet sich bei Karl Marx (in: Das Kapital), der unter Rekurs auf den englischen Sprachgebrauch auf zwei grundlegend verschiedene Aspekte der Arbeit verweist: work und labour. Ersterer schafft Gebrauchswerte und ist qualitativ bestimmt, letzterer schafft Geldwerte und wird quantitativ gemessen. Er verbindet den

„Doppelcharakter der Arbeit“ jeweils mit dem Begriff der Verausgabung: der abstrakte allgemeine Aspekt produziert den Waren- und Tauschwert und ist damit quantitativ; der konkrete nützliche Aspekt schafft Gebrauchswerte und ist damit qualitativ. Die Jetztzeit hingegen suggeriert Qualitätswachstum dort, wo es um Quantitätsoptimierung geht, was auch besagt, dass der Gebrauchswert sich in Tauschwert auflöst.

Zur Vernutzung

Ein System, dem es primär um die Wahrung von Kaufpotenz geht, erträgt prinzipiell den lebendigen Aspekt von Verlusten nicht. Verausgabung wird nur honoriert als Leistungsüberausschüttung, die sich lohnt. Die unproduktive Perspektive der Verausgabung (nach George Bataille: Aufhebung der Ökonomie), die Verschwendung von Zeit, Materialien und Energien ohne Kalkül, ohne Tauschverhältnis und in einem Selbstverschleiß, der nicht mehr in die ökonomische Rationalität eingebunden werden kann, ist undenkbar geworden. Bei der Verschwendung von Reichtümern, d.h. der Ablehnung profitverhafteter Produktion, ist der Grundgedanke, dass Menschen nicht nur leben um zu arbeiten. Dem homogenen System arbeitsteiliger Produktivität sowie der Reinvestierung von Mehrwert in die weitere Produktion steht eine heterogene Souveränität gegenüber, die ihren Überfluss ekstatisch verausgabt.

Von Ekstase ist in einer Work-Life-Balance-Gesellschaft nichts übrig, denn Eigenzeit ist nicht zulässig; die Einzelnen müssen sich nicht nur fragen, welche Aufgaben sie in der Arbeitszeit optimal erfüllen sollen, sondern auch, was sie

in der Freizeit effizient erledigen ‚wollen‘. Selbstbestimmte Verschwendung ist in der ununterbrochenen Verwendung von ‚human resources‘ verloren gegangen. Verausgabung entlädt sich im Konsumismus überflüssiger Waren, die auf Müllhalden landen und der profitablen Überproduktionen dienen, sowie in käuflichen Freizeit- und Gesundheitsaktivitäten. Vom einstigen Verdikt des „Ora et labora!“ ist nur noch die gebetsmühlenartige Arbeitsanrufung geblieben.

Zum Ehrenamt

Für Frauen, respektive Feministinnen, ist das ‚Ehrenamt‘ nicht nur wegen der massenhaft un- und unterbezahlten Frauendarbeit zwiespältig, sondern es erinnert auch an frühere patriarchale Zeiten, wo männliche Ämter, für die nicht oder wenig gezahlt wurde, mit männlicher Ehre kompensiert wurden. Auch die gebräuchliche ‚Freiwilligenarbeit‘ ist ambivalent, denn dabei schließt man sich einer von anderen gesetzten Aufgabe an. Eine angemessene Begrifflichkeit zu finden ist nicht einfach, weil beispielsweise bei ‚unbezahlter (Mehr-)Arbeit‘ Geld der Standard bleibt. Deshalb können (mit Dorothee Markert) „geschenkte Arbeit“, „Großzügigkeitsarbeit“, „Gabearbeit“, „Gemeinsinnarbeit“ oder „Guteslebe-narbeit“ vorgeschlagen werden. Bei diesen schönen Alternativen, die den Akt des Schenkens hervorheben, bleibt aber immer noch der Begriff ‚Arbeit‘ als Maßstab bestehen, weshalb Tätigkeit, -sein, -werden eine Bedeutungsverschiebung ermöglichen kann. Wie auch immer es benannt werden möchte, so ist doch die Verausgabung in unbezahlter politischer Arbeit eine, um nicht zu sagen *die* Mög-

lichkeit der totalen Verwertungs-rationalität sinnvoll zu entkommen. Und dies nicht nur wie gemeinhin als Selbstaussbeutung zu charakterisieren.

Zur Verausgabung

Gesprochen mit Hannah Arendt ist die Politik zu einem Job wie jeder andere gekommen – wo wie überall gilt: ‚Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.‘ Sie kritisierte (in Vita Activa oder Vom tätigen Leben) die Verherrlichung der Arbeit in unserer Kultur und in ihrer Differenzierung der Tätigkeiten in Arbeit – Herstellen – Handeln verweist sie die Arbeit in den Bereich der Notwendigkeit, also in die Unbedingtheit des Überlebens. Wir hingegen sind von der Verwechslung der Erwerbsarbeitserfüllung mit Lebenssinn infiltriert. Die Freizügigkeit des selbstbezogenen Privat- und Konsumsubjekts wird der politischen Freiheit, im Handeln unsere Welt mitzugestalten, vorgezogen. Das Politische als das Vermögen zur Bezogenheit auf Andere ist auf die Hinterbänke gerutscht. Und dadurch sind wir in radikaler Weise der öffentlich-politischen Dimension unserer Existenz beraubt. Die freie und in diesem Sinn unbezahlbare Tätigkeit hingegen hebt sich als homogenisierende Arbeit auf und wird zum gemeinsamen pluralen Handeln. Politisch Tätigsein geht nicht von der planbaren Herstellbarkeit von Perfektion aus; es entbehrt jeder Berechenbarkeit, es ist sich selbst Zweck. In diesem Sinn lässt sich die ekstatische Verausgabung (Bataille) vergleichen mit diesem exzentrischen Politikverständnis eines Handelns, das nicht auf Selbstzentrismus abzielt, sondern auf ein Tätigwerden der Verschiedenen bezogen auf die gemeinsame Welt.

Zum Unbezahlbaren

Diese Art der Selbstlosigkeit mag luxuriös wirken – ‚wer es sich eben leisten könne, unentgeltlich Zeit zu investieren‘ ist ein sich wiederholender Einwurf, wenn von politischer ehrenamtlicher Tätigkeit, bzw. nun anders formuliert, von geschenktem Tätigwerden die Rede ist. Doch es braucht keinen materiellen Reichtum, um das scheinbar Überflüssige – eine andere Fülle – wollen zu können. Der Vorwurf, es würde damit die typisch weibliche Selbstaussbeutung prolongiert, trifft dort nicht zu, wo es eben nicht um Tausch geht, sondern um ein sich Verschenken jenseits der Verwertbarkeit. In diesem Sinn wäre die gesellschaftliche Nichtanerkennung von derartigen politischen und feministischen Projekten deren eigentlicher Schatz und demokratisches Gut: Systemdistanz und dadurch eigenständiges kritisches Urteilsvermögen. Sich nicht bloß um das eigene Fortkommen, sondern um den Bestand dieser Orte der Auseinandersetzung zu sorgen, bewahrt vor dem Einverständnis mit dem Unzumutbaren. Kritische Praxis ist unbezahlbar.

Literatur

MARKERT, Dorothee: <http://www.bzw-weiterdenken.de/2010/11/die-freude-am-schenken-bewahren-das-ehrenamt-als-bedrohte-kostbarkeit/>

Autorin

BIRGE KRONDORFER, politische Philosophin und feministisch Engagierte. Lehrbeauftragte internationaler Universitäten seit 1990 in den Bereichen Gender-, Kultur-, Politik- und Bildungswissenschaften. Erwachsenenbildnerin, Supervisorin, Autorin, Redakteurin (temporär für den AEP) und Herausgeberin.

TATEN STATT WORTE. FRAUENSTREIK

Frauenstreikkomitee Wien



© Frauenstreikkomitee

Das Frauenstreikkomitee in Wien gründete sich im Sommer 2018 für die Vorbereitung von Frauenstreiks am 8. März und danach. Anlass waren die unzumutbaren Maßnahmen der neoliberalen, rechtsextremen/faschistischen Regierung von ÖVP und FPÖ, die verstärkte rassistische Hetze der Regierungspolitik, Streichung von öffentlichen Subventionen für feministische Strukturen und Angriffe auf Arbeitende mit u.a. der Möglichkeit für einen 12-Stunden-Tag und einer 60-Stunden-Woche. Der Aufruf „Es schlägt 13! Frauenstreik!“ entstand. Bestärkt wurden wir vom feministischen Generalstreik in Spanien am 8. März 2018, an dem sich mehr als 5 Millionen Frauen beteiligten. Den Aktivistinnen des Frauenstreiks sind eine autonome Frauenorganisation, die Sichtbarkeit von Frauen als politische Subjekte – in der Geschichte, im Leben und im Widerstand – und ein feministi-

scher Widerstand von Frauen, Lesben, Migrantinnen, Mädchen sowie feministische Perspektiven, die sich daraus entwickeln, wichtig. Bilden wir Frauenstreikkomitees in unserer Region, in unserem Dorf, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft oder in unseren politischen Strukturen! Gestalten wir Bündnisse und österreichweite Koordinationstreffen!

1001 Gründe für einen Frauenstreik

Es wurden Flugblätter – „Frau findest du es zumutbar“ und „Streikmöglichkeiten“ – erarbeitet, die bei Demos, Veranstaltungen, mittels Hauswurfsendungen und in digitalen Netzwerken verteilt und verbreitet wurden (www.frauenstreikt.noblogs.org). Infoveranstaltungen zum Frauenstreik in Island (1975), Polen (2016), Spanien (2018), der Schweiz (1993 und 2019) und (internationalen) Migran-

tinnenstreiks (in Ö 2010) wurden durchgeführt. Veranstaltungen mit aktiven Betriebsrätinnen, Streikworkshops, u.a. zu geschlechtsspezifischen Lohnunterschieden, sexistischen Gewalt/strukturen, zu Arbeitsbedingungen und -kämpfen im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich, in der Pflege und im Handel fanden statt. Im Folgenden einige Zitate aus der internationalen Frauenstreikbewegung:

„Wir rufen auf, die Arbeit konkret niederzulegen, weil wir den Streik in Form von Arbeitsniederlegung nicht nur als Mittel zur Veränderung ökonomischer Bedingungen sehen, sondern als ein Werkzeug, um die Lebensverhältnisse von Frauen grundlegend zu verändern.“

(Movimento feminista proletaria revolutionaria, 25. November 2013, Italien)

„Der internationale Frauenstreik bringt die Gewalt gegen Frauen auf die öffentliche und politische Agenda und fordert dabei Respekt für die Rechte der Frauen weltweit. Wir streiken und stoppen die Welt, um Gewalt und alle Formen der Ausbeutung abzuschaffen. Wir streiken gegen die Grausamkeit, die unser Körper als Beute der Eroberung erfährt. Wir streiken für die Verteidigung unseres Lebens und unserer Autonomie.“

(Maria de los Angeles,
International Women's Strike,
8. März 2018, Argentinien)

„Für uns hat das Wort Streik eine große Stärke wegen drei Punkten. Der erste Punkt ist, dass eine Streikbewegung die Grenzen des neoliberalen Systems aufzeigt und auch die Grenzen der extremen Rechten. Die zweite Stärke des Begriffs Streik ist, dass ein Frauenstreik die [männlichen] Kollegen, Gewerkschaften und auch die politischen Parteien zwingt, sich mit feministischen Fragen auseinanderzusetzen und dazu Position zu beziehen. Und der dritte Punkt ist, dass ein Streik ermöglicht, ein radikales feministisches Projekt auf internationaler Ebene ins Leben zu rufen.“

(Alexandra vom Frauenstreikkomitee
Barcelona zum feministischen
Generalstreik der Frauen am
8. März 2018, Spanien)

Es sind die Arbeitenden selbst, die sich zu einem Streik als Kampfmittel entscheiden und diesen organisieren. Ein Frauenstreik

ist umfassender als linke Arbeitskämpfe gedacht werden. Ein feministischer Frauenstreik verbindet die Arbeitskämpfe im bezahlten UND unbezahlten Bereich, wie es feministische Ökonominen seit den 1970er Jahren – mit dem In-Frage-Stellen des Arbeitsbegriffs bis zur Entwicklung eines Verständnisses der Versorgeökonomie – analysieren. Er ist auch ein Kampfmittel gegen sexistische, patriarchale Gewaltverhältnisse, gegen Frauenmorde, Vergewaltigungen und Abtreibungsverbote, wie die Frauenstreiks in Italien 2013, in Polen 2016, in Argentinien und Spanien 2018 und Mexiko 2020 zeigen. Frauenstreik ist Klassenkampf und Kampf um Frauenbefreiung – in jedem Land!

Wie hat sich der Frauenstreik weiterentwickelt?

Im Juni 2019 gab es in Österreich ein *erstes Koordinationstreffen* mit Frauenstreikaktivistinnen aus Wien und NÖ. Da wurde beschlossen zum *Frauenstreik am 8. März 20* aufzurufen, obwohl es ein Sonntag war, um auch die unbezahlte Versorgungearbeit in den Fokus zu rücken. Das ist uns leider nicht gelungen. Zusätzlich wurde entschieden zum *Feministischen Raub-Aktionstag am 12. Juni 20* aufzurufen – für öffentliche Proteste und Aktionen anlässlich des „geschlechtsspezifischen Gesamteinkommensunterschied“ (GOEG: Gender Overall Earnings Gap). Warum 12. Juni? In Österreich beträgt der GOEG 44,9%. Dieser Prozentsatz entspricht, auf die Tage des Jahres gerechnet, dem 12. Juni.

Seit einigen Jahren berechnet Eurostat, das Statistische Amt der EU, den GOEG, der die gesamte Einkommenslücke von Frauen im Vergleich zu Männern ausdrückt. Österreich liegt EU-weit

an 4. höchster Stelle (hinter NL mit 47%, UK, D mit 45,2% und vor der CH mit 44,2%). Der GOEG beinhaltet nicht nur den (Stunden)Lohnunterschied GPG (Gender Pay Gap), sondern auch die Einkommenslücke aufgrund des Arbeitsaufkommens der unbezahlten gesellschaftlichen (Versorge)Arbeit – die zu 2/3 Frauen leisten – und die Tatsache, dass Branchen, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten, geringer entlohnt werden. Dabei ist es wichtig, unterschiedliche Lebensrealitäten von Frauen zu begreifen, wie die Tatsache, dass 46% aller Arbeitenden, im besonderen Migrantinnen und Alleinerzieherinnen und 3/4 aller Frauen als Reinigungskräfte, Kassiererinnen, Friseurinnen und Kosmetikerinnen, von ihrem Einkommen NICHT eigenständig leben können... und später nicht von der Pension.

Das Frauenstreikkomitee erarbeitete 2019 auch eine *Präsentation* mit Bildern und Texten zu *„Frauen bestreiken Kapitalismus und Patriarchat“*, mit den Schwerpunkten: Proletarische Arbeiterinnenkämpfe und Frauenbewegungsgeschichte in Europa (von der Hexenverfolgung bis zur autonomen Frauenbewegung); Frauenkämpfe gegen Sexismus, Krieg und ökonomische Ausbeutung weltweit; Frauenstreik international; Feministische Ökonomie. Die Präsentation wurde im Rahmen der a.o. Lehrveranstaltung „Antikapitalistische Theorie und Praxis“ auf der Wirtschaftsuni Wien erarbeitet und bei mehreren Veranstaltungen zur Mobilisierung zum Frauenstreik gezeigt. Längerfristig ist eine Broschüre geplant, die auch im Internet zugänglich sein soll.

Auch ein *Fragebogen* – anknüpfend an die erste Frauenstreikinitiative „Wüde Weiba“ 2000 in Wien – wurde erstellt (www.frauenstreikt.noblogs.org).

Dieser wird bei Demos und Veranstaltungen verteilt, um über Arbeits- und Lebensbedingungen zu reflektieren, diese sichtbar zu machen und für einen Frauenstreik zu aktivieren.



ETTOFFE_lila. Karin Hatwagner 2020.
Assemblage (Textil) 200x180cm

Kurz vor dem 8. März wurden Postkarten „Taten statt Worte. Frauenstreik“ als „lila Streikkarte für sichtbaren alltäglichen Frauenwiderstand“ und lila Tücher und Sticker zum Frauenstreik produziert.

Bündnis Frauenstreik, Frauen*streik und feministischer Streik

Weitere *Vernetzungstreffen* mit den neu gegründeten Frauen*streik- und feministischen Streikkomitees in Wien und Graz fanden statt und die jeweiligen Streikkomitees organisierten Veranstaltungen und Aktivitäten. Ein Schwerpunkt des Bündnisses in Wien war die Frage, wie trotz Unterschieden ein gemeinsames Handeln am 8. März gestalten werden kann. (<https://frauenstreikt.noblogs.org/files/2020/04/12.Juni2020-VorbereitungFlugi-1.pdf>)

Die Aktualität und Brisanz der feministischen Kämpfe in Zeiten des sozialen und politischen, Ausnahmezustandes¹

Aktuell, im Zuge der Gesundheitskrise und des sozialen und politischen Ausnahmezustandes – als Corona-Krise bezeichnet – werden die Arbeit im Sozial-, Gesundheitsbereich, in der Pflege und im Handel und die (auch staatlich verordnete) unbezahlte Versorgung an Kindern, Älteren und Kranken zu Hause (neben Home-Office) plötzlich als „systemrelevant“ benannt und beklatscht. Es wäre wichtig, dass die „Anerkennung“ ihrer Arbeit und das Gewährwerden der realen Unzumutbarkeit endlich in Kraft zu und Solidarität für Arbeitskämpfe um verbesserte Arbeitsbedingungen und für feministische Frauenstreiks münden.

Während das öffentliche Leben nahe zu still stand, gab es für die Beschäftigten im Lebensmittelhandel – 70 % sind Frauen, mehrheitlich in Teilzeit mit geringem Lohn – keine Ruhepause. Es wurden nicht einmal jene MitarbeiterInnen freigestellt, die zur gefährdeten Personengruppe zählen oder Kinder zu versorgen hatten. Auch der Pflege-„Notstand“ ist nicht neu. Rund 950.000 Menschen sind in Österreich in der Pflege engagiert, zu 80 % sind es Angehörige, davon 3/4 Frauen; die verbleibenden 20 % sind Erwerbstätige in Pflegeeinrichtungen, in mobilen Diensten und in der 24-Stunden-Betreuung. In der 24-Stunden-Pflege arbeiten ca. 60.000 vor allem (niedriger entlohnte) Migrantinnen aus osteuropäischen Ländern. Aktuell sind die meisten der 24-Stunden-Betreuenden – trotz theoretischen Anspruchs – vom Zugang zum Härtefall-Fonds ausgeschlossen, wenn sie keine österreichische Steuernummer und kein inländisches Bankkonto haben. Unsere Konsequenz aus der „Krise“:

Solidarisches Leben erhalten/
aufbauen und HERRschaftliche
Systeme überwinden!
Wenn wir Kapitalismus und
Patriarchat bestreiken,
steht die Welt still.
Wenn wir kämpfen,
verändern wir die Welt!

Kontakt:

frauenstreik@riseup.net, www.frauenstreikt.noblogs.org, <https://www.facebook.com/FrauenStreikt/>, 0664-4710116

¹ Anmerkung der AEP Redaktion

„Faschistisch“ ist ein umstrittener Begriff, hier wird er als politischer Kampfbegriff verwendet.

FRAUEN UND PROTESTE IM LIBANON

Bianca Karigl

Am 17. Oktober 2019 ging ein Teil der Bevölkerung im Libanon auf die Straße, um gegen ihre Regierung und ihr Handeln zu protestieren. Frauen waren von Anfang an ein zentraler Bestandteil dieser Demonstrationen und beteiligten sich in hoher Zahl. Die aktive Teilhabe und Forderungen aus der weiblichen Bevölkerung sind in einem historischen Kontext zu sehen und zeugen von einer aktiven Zivilgesellschaft sowie einer Geschichte von Frauen, die für ihre Rechte kämpfen.

Fünf Wellen der Frauenbewegung

Der Feminismus im Libanon kann nur in Verbindung mit der kolonialen und postkolonialen Geschichte des Landes verstanden werden, die noch immer die Politik Libanons prägt und alle sozialen Bewegungen beeinflusst. Der libanesischer Feminismus ist nicht ein Produkt des Westens, sondern ist in einem Austausch von Ideen, sowohl innerhalb der arabischen Region als auch mit den westlichen Staaten, zu sehen. In der Literatur wird von vier feministischen Wellen gesprochen, wobei es hier teilweise widersprüchliche Zeiteinteilungen gibt. Um diesen Widerspruch zu umgehen, teile ich die Frauenbewegung in fünf Wellen ein.

Der Beginn der Frauenbewegungen im Libanon war in den 1920er Jahren unter französischer Kolonialmacht und wurde von der Aufklärung in Europa beeinflusst. Die Haupttragenden der ersten Welle waren gebildete Frauen und Männer der Oberschicht. Ihr Hauptanliegen war die Bildung von Frauen, damit diese ihre Mutterrolle besser erfüllen können (Stephan 2014, 1). Gleichzeitig war die Bewegung arabisch nationalistisch und multikonfes-

sionell, um zu gewährleisten, dass alle Schichten der Gesellschaft erreicht werden (Perkins 2016). In dieser Zeit wurden vor allem Wohltätigkeitsorganisationen von Frauen gegründet und erhalten. Dies ermöglichte ihnen, am öffentlichen Leben teilzunehmen und die Gesellschaft zu verändern, ohne soziale Normen zu brechen (Stephan 2014, 1).

Die zweite Welle begann zeitgleich mit der libanesischen Unabhängigkeit 1946, mit Vorläufern in den 1930er Jahren, als sich viele Frauen an nationalistischen und antikolonialen Protesten beteiligten. Die frauenspezifischen Forderungen wurden jedoch als weniger wichtig angesehen, und als die nationale Unabhängigkeit erreicht wurde, konzentrierten sich die Frauen auf den Kampf um das aktive und passive Wahlrecht. 1953 wurde ihnen dieses Recht gewährt und im selben Jahr waren drei Frauen im Stadtrat von Beirut vertreten (Stephan 2014, 2).

Nach dem Erreichen des Frauenwahlrechts traten die Frauenbewegungen in den Hintergrund – bis in die 1960er und 1970er Jahre, als viele Frauenorganisationen gegründet wurden, die ihre Themen und Forderungen sichtbar machten. Durch den Bürgerkrieg, der 1975 ausbrach, wurden Frauenrechte nicht mehr priorisiert. Stattdessen kämpften sie für Frieden und bauten Wohltätigkeitsangebote für Flüchtlinge und Kriegsoffer aus (Perkins 2016). Die dritte Welle, die mit dem Ende des Bürgerkriegs 1990 ihren Abschluss fand, ist die Phase der großen Kämpfe (Stephan 2014, 3).

Die Frauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking 1995 gilt als Geburtsstunde der vierten Welle der feministischen Bewegung im Libanon. Diese Ära zeugt

von einer Institutionalisierung der Frauenorganisationen. Die Gruppierungen bilden inner- und auch außerhalb des Landes Netzwerke und agieren nach der Devise „das Private ist politisch“. Bisherige Tabuthemen wie häusliche Gewalt bzw. Gewalt an Frauen im Allgemeinen sowie Sexualität werden nun öffentlich diskutiert. Neben Lobbying, um Gesetzesreformen in Bezug auf Vergewaltigung, „Ehrenmorde“ und dergleichen zu ändern, unterstützen die Organisationen Frauen, die Opfer von Gewalt geworden waren. Es gibt Hotlines für betroffene Frauen, die sowohl rechtlich beraten als auch vor Gericht unterstützt werden.

Der Beginn der fünften (bzw. in der Literatur als vierte bezeichnete) Welle wird einheitlich mit der Zedernrevolution im Jahr 2005 angegeben und dauert bis heute an. Es entstehen viele neue Organisationen und die Forderungen werden umfassender. Neben dem weiter geführten Kampf gegen Gewalt an Frauen werden nun auch Themen wie Sexismus, Rassismus, Heteronormativität, Kapitalismus und Klassismus angeprangert. Als bekannteste Organisation, die zu dieser Zeit ihren Anfang nahm, gilt *nasawiya*¹, die auch soziale Medien nutzt, um Aufklärung zu betreiben und Frauen im Libanon zu erreichen. Der Feminismus wird inklusiver und bezieht nun auch Migrantinnen, LGBT Personen, sowie die Themen Umwelt und nachhaltige Lebensweisen mit ein (Stephan 2014, 5).

Proteste im Libanon 2019/2020

Die Proteste, die im Oktober 2019 ihren Anfang nahmen, waren gegen die Regierung gerichtet. Menschenrechtsverletzungen, Korruption und die wirtschaftliche

Lage im Libanon sind nur ein Teil der Probleme, auf die Menschen durch Demonstrationen aufmerksam machen wollen. Diese Proteste sind im Rahmen der fünften Welle zu sehen, wenn es um die Rolle der Frau und die spezifischen Forderungen der demonstrierenden Frauen geht. In den Medien wird oft davon berichtet, dass diese Protestbewegung weiblich ist. Das hängt nicht nur mit den Forderungen der Frauen bei den Demonstrationen zusammen, sondern auch damit, dass ungefähr die Hälfte der Demonstrierenden Frauen sind. Diese Frauen sind, im Vergleich zu anderen Aufständen, divers im Hinblick auf ihren sozioökonomischen Hintergrund, ihr Alter, ihrer Klassenzugehörigkeit und ihre sexuelle Orientierung (UN Women 2019, 6f).

Die Rolle der Frauen in der Protestbewegung

Forschungen weltweit zeigen, dass Protestbewegungen friedvoller ablaufen, je höher der Frauenanteil unter den Demonstrierenden ist. Im Libanon taktieren Frauen mit Genderstereotypen, um Spannungen und Zwischenfälle zu deeskalieren. Dabei fungieren sie selbst körperlich als Puffer zwischen Sicherheitskräften und anderen Protestierenden. Sie berufen sich darauf, dass sie Frauen sind und somit Schutz brauchen. Ältere Frauen nutzen auch das Konzept von Mutterschaft, um ihre körperliche Unversehrtheit zu gewährleisten. Dabei verwenden sie Sätze wie: „Verletze uns nicht, wir könnten deine Mutter sein“. So versuchen sie, mithilfe dieser Stereotype friedvolle und gewaltlose Demonstrationen sicher zu stellen und deeskalierend zu wirken. Frauen spielen auch eine aktive und sichtbare Rolle bei den Kund-

gebungen und Diskussionen. Als Organisatorinnen von eigenen Veranstaltungen und als Sprecherinnen tragen sie zur öffentlichen Debatte bei und unterstützen die Protestierenden, indem sie zum Beispiel Selbstverteidigungskurse, psychologische und rechtliche Betreuung und Beratung anbieten. Um gegen Sexismus und sexuelle Belästigung vorzugehen, wurden innerhalb der Protestierenden AufpasserInnen ernannt. Zusätzlich wurden Social Media Accounts eingerichtet, in denen Frauen sexuelle Belästigung melden können (UN Women 2019, 4ff).

Forderungen der Frauen

Neben der Unterstützung und Teilung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Forderungen aller Protestierenden geht es den Frauen vor allem um eine Gleichstellung der Geschlechter und Frauenrechte, die alle Bürgerinnen betreffen und von der jeweiligen Religion unabhängig sind. Im Libanon gibt es 18 verschiedene religiöse Zugehörigkeiten und 15 verschiedene, auf der jeweiligen Religion beruhende Personenstandsgesetze. Gefordert wird als eines der zentralen Anliegen der fünften Welle ein einheitliches Personenstandsgesetz auf zivilrechtlicher Basis. Im Zusammenhang mit dem Personenstandsgesetz verlangen sie auch ein gleiches Recht auf Übertragung der Staatsbürgerschaft auf ihre Kinder und Ehepartner. Bis dato ist das männlichen Staatsbürgern vorbehalten. Ein weiteres Zeichen der Inklusion von Frauen verschiedenster Gruppen und einer gesteigerten Intersektionalität ist die Einbeziehung von weiblichen Randgruppen. So fordern sie, dass das Kafala-System, das MigrantInnen an ihre libanesischen SponsorInnen bin-

det und dadurch das Risiko von Ausbeutung und Misshandlungen erhöht, abgeschafft wird. Eine weitere Forderung ist die Verbesserung der sozialen Unterstützung für Frauen mit Behinderungen und von Haushalten, die eine Frau als Oberhaupt haben. Ausgeweitet werden die Forderungen auch, indem für queere Rechte und besseren Schutz für Flüchtlinge gekämpft wird. Außerdem wollen sie stärkere politische Repräsentation sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene (UN Women 2019, 13f).

Innerhalb der letzten 100 Jahre kämpfen die libanesischen Frauen immer wieder erfolgreich für ihre Rechte. Sie verschaffen sich in turbulenten Zeiten Gehör und nutzen ihre Handlungsspielräume, um sich gegenseitig zu unterstützen und zu stärken.

Anmerkung

¹ *nasawiya* ist eine feministische Organisation im Libanon, deren Mitglieder sich gegen Sexismus und jede andere Art von Ausbeutung oder Diskriminierung einsetzen. Sie verfolgen einen inklusiven Ansatz und wollen eine Bewegung für jede Frau sein, indem sie Marginalisierung aufbrechen und vereint kämpfen. <https://www.nasawiya.org/>

Literatur

Die URLs sind bei der Autorin zu erhalten:

b.karigl@gmail.com

PERKINS, Faith Alexandra (2016): What is a Middle Eastern Feminist Movement. *Feminist Movements in Lebanon and Israel*.

STEPHAN, Rita (2014): *Four Waves of Lebanese Feminism*.

UN WOMEN (2019): *Understanding the Role of Women and Feminist Actors in Lebanon's 2019 Protests*.

Autorin

BIANCA KARIGL studiert Internationale Entwicklung und Orientalistik mit Schwerpunkt Gender Studies. Sie verbindet das Wissen von Frauenbewegungen im orientalischen Raum mit entwicklungspolitischen Themen.

REPRÄSENTATIONSKRITIK

Eine politische Perspektive

Nina Bandi



OBJET 02 Karin Hatwagner 2017/20.
Assemblage (Holz, blaue Farben, braune Farbe)
42x14x14cm

Repräsentation bedeutet etwas präsent machen, das abwesend ist, also etwas, das nicht ist, nicht wahrgenommen wird, nicht sichtbar ist, zu vergegenwärtigen. Es ist jedoch ein vielschichtiger Begriff und je nach Kontext werden unterschiedliche Aspekte damit verbunden. Die Grundannahme einer repräsentationskritischen Perspektive ist nun, diesen Prozess des Wieder-präsent-Machens als einen zu verstehen, der von Machtlinien und von Ausschlüssen durchzogen ist. Das heisst, dass in Prozessen des Vergegenwärtigens, des Sichtbarmachens auch immer etwas wegfällt, dass etwas ausgeschlossen wird, dass etwas nicht oder teilweise und selektiv repräsentiert wird.

Dahinter liegen historisch gewachsene und gesellschaftlich und politisch verankerte Machtverhältnisse, die diese Prozesse bedingen. Diese Macht- und Ausschlussmechanismen genauer zu beleuchten, zu benennen, zu untersuchen, zu kritisieren, das ist das, was aus sehr unterschiedlichen Perspektiven als *Repräsentationskritik* verstanden wird.

Politische Repräsentation

Ich versuche hier, eine politische Perspektive auf den Komplex der Repräsentation und deren Kritik einzunehmen. Allerdings ist umstritten, was *politische Repräsentation* bedeutet. Repräsentation wird oft mit der Frage von bloßer Vertretung in Verbindung gebracht, z.B. in der Vertretungsfunktion, auf der Parlamente basieren (daher der Begriff der repräsentativen Demokratie). Die Vertreter*innen der Bürger*innen, deren Anliegen sie innerhalb der staatlichen Institutionen vertreten sollen, bilden ein Standbein des Staates. Dass diese Vertretungsfunktion äußerst problematisch ist, lässt sich an Beispielen von Lobbying und Beeinflussung, aber auch an der sehr selektiven Vertretung der Bevölkerung in staatlichen Institutionen zeigen. Ich möchte den Begriff des Politischen in eine andere Richtung lenken und zwar zur grundsätzlichen Frage, wie politisches Handeln möglich ist unter der Annahme, dass dabei immer auch Repräsentation, sei es von Personen, von Gruppen, von Interessen und Anliegen eine Rolle spielt. Diese Formen der Repräsentation begrenzen sich aber nicht auf eine personelle Vertretungsfunktion, sondern schließen weitere Aspekte mit ein.

Repräsentation als Dreiecksverhältnis aus Macht – Wissen – Wahrnehmung

Was den Begriff vielschichtig macht, ist, dass Repräsentation auch immer ästhetische Aspekte, also Fragen der Wahrnehmung und Darstellung mit einschließt, und sich ebenso auf bestehendes Wissen, auf akzeptiertes Wissen und Wissensordnungen bezieht.

Und auch wenn gerade im Politischen Repräsentation oft auf die vorhin beschriebene Funktion der politischen Vertretung reduziert wird, ist es zentral, Repräsentation politisch zu verstehen und gleichzeitig *Aspekte von Visualität, Sichtbarkeit, Wahrnehmbarkeit* miteinzubeziehen. Wenn die Frage lautet, was oder wer repräsentiert wird, geht es auch immer darum, was oder wer sichtbar, wahrnehmbar, hörbar ist und wer wie dargestellt wird. Wer hat die Ressourcen, sich hörbar zu machen und wer nicht? In sozialen Medien zeigt sich beispielsweise, welche Themen, Diskurse, welche Bilder kursieren und wirkmächtig werden und welche nicht.

Den zweiten Aspekt, den ich hier einbeziehen möchte, ist der Zusammenhang von *Repräsentation* mit der *Verschränkung von Wissen und Macht*. Für das westlich-moderne Wissenschaftsverständnis galt lange, wenn etwas sichtbar/erkennbar ist, ist es real und somit wahr. Dieses Wissenschaftsverständnis wurde nicht zuletzt aus einer feministischen, aber auch post- und dekolonialen Perspektive stark kritisiert. Stuart Halls konstruktivistische Kritik an Repräsentation unterstreicht, dass über Prozesse der Repräsentation erst Wirklichkeit erschaffen wird, das heißt, es gibt nichts Verborgenes, Passives, das durch Repräsentation gezeigt und aktiviert

wird („keine dahinterliegende Realität/Wahrheit“), sondern erst durch diesen Prozess wird eine spezifische Wirklichkeit erzeugt. Nicht etwas Bestehendes wird sichtbar/vorstellbar gemacht, sondern dieses ‚Etwas‘ entsteht und charakterisiert sich erst im Moment der Repräsentation. Das lässt sich an unterschiedlichen Beispielen zeigen. Es gibt keinen gegebenen ‚Volkswillen‘, der in der Institution Staat repräsentiert werden kann/soll, sondern dieser wird erst konstruiert, oft mit dem Ziel, bestimmten politischen Entscheidungen eine Legitimation zu verschaffen. Es gibt demnach auch keine Kategorie ‚Frau‘, die so oder so repräsentiert/dargestellt wird, sondern erst durch die Darstellungen und Repräsentationen (nicht nur visuell verstanden) entsteht ‚Frau‘ als gesellschaftliche Kategorie. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass (politische) Repräsentation und Repräsentationskritik diese unterschiedlichen Dimensionen miteinbeziehen muss: Neben dem Aspekt der *Vertretung* geht es auch um die *Darstellung und Darstellungsweisen*, und um die *Vorstellung*, was überhaupt denkbar und wissbar ist, was Gültigkeit erlangt.

Konkretisierung

In Bezug auf die Frage, wie sich politisches Handeln, kollektives, solidarisches, widerständiges Handeln anders denken und erproben lässt, möchte ich die Frage von Repräsentation und Repräsentierbarkeit herunterbrechen auf konkrete Fragen: Wer spricht und wer spricht im Namen von wem? Wer wird gehört? Wer nicht? Wer wird übergangen? Aber auch: wer ist sichtbar, wer nicht? Und wer hat die Wahl, sichtbar oder nicht sichtbar zu sein?

Wie gesagt bedeutet eine repräsentationskritische Perspektive, dass Prozesse von Repräsentation immer auch Ausschlüsse produzieren, diese gewissermaßen produzieren müssen, und immer durch Machtverhältnisse geprägt sind. Repräsentation bedeutet Ausschluss, weil beispielsweise die nötigen Papiere wie der österreichische Staatsbürger*innenschaftsnachweis nicht vorhanden sind, weil (ganz unterschiedliche Arten von) Öffentlichkeiten auf gewisse Art und Weise strukturiert sind, weil Machtverhältnisse wirken, die Ausschlüsse provozieren, die unser Sehen, aber auch unser Zuhören beeinflussen. Dazu gehören die unterschiedlichsten ‚Räume‘: politisch-aktivistische Versammlungen, Veranstaltungen und Symposien, digitale Räume etc. Wer wird wahrgenommen als sprechend, wer hat die Legitimation, aufzustehen, das Mikrophon in die Hand zu nehmen und eine Position von sich zu geben? Das wirkt vielleicht banal, aber gerade in Bezug auf die Frage von mikropolitischen Aushandlungsprozessen ist das doch auch äußerst zentral.

Repräsentationskritik – again!

Ein Außerhalb von Repräsentation gibt es gerade in politischen Aushandlungsprozessen kaum, aber dennoch geht es auch darum, ein ‚Außen‘ der Repräsentation zu suchen, um Orte verhandelbar zu machen, um nicht nur vom Gegebenen auszugehen. Räume des Politischen verändern sich. Ein bereits etwas zurückliegendes Beispiel, das insbesondere während der Occupy-Bewegung um 2011 in den USA eine weit verbreitete Praxis wurde, ist das ‚human microphone‘. Anstatt Megaphon und Lautsprecher, die verbo-

ten waren, wiederholten die in der Nähe stehenden Personen das Gesagte. Neben dem, dass das Gesagte weit herum hörbar wurde und Einschränkungen der Versammlungsfreiheit damit übergangen wurden, entstand aber noch viel Anderes: eine Mehrstimmigkeit, die ein anderes ‚politisches‘ Sprechen und somit auch Zuhören ermöglichte, und eine Wiederholung, die gleichzeitig über das Gesagte hinausging.

Es geht darum, eine politische Praxis zu erproben, die vielschichtig ist, die das, was politisch ist, immer wieder befragt, die weder aus der Perspektive politischer Institutionen (wie Staat) noch aus Sicht des Individuums gedacht ist. So entstehen neue Formen von Sozialität, Relationalität, Serialität, wie es Iris Marion Young nennt – eine politische Praxis, die die Widersprüchlichkeit jeglicher Repräsentation in ihr Wirken miteinbezieht. Gleichzeitig ist es eminent wichtig, Kämpfe um Repräsentation, um Sichtbarkeit, ohne die eine feministische Bewegung nicht möglich (gewesen) wäre, wahrzunehmen, zu stärken, und weiterzutragen.

Literatur

HALL, Stuart; EVANS, Jessica; NIXON, Sean (ed.s) (2013/1997): Representation. Cultural Representation and Signifying Practices. London: Sage.

YOUNG, Iris Marion (2000): Inclusion and Democracy. Oxford: Oxford University Press.

Autorin

NINA BANDI ist politische Theoretikerin, forscht an der Schnittstelle von Kunst, ästhetisch-politischen Praxen und Philosophie. Masterstudium in sozialer und politischer Theorie University of Sussex, arbeitet an ihrer Dissertation. Von 2015-2019 Forschungsprojekt ‚What Can Art Do?‘ an der Hochschule Luzern, Design & Kunst. Sie lehrt u.a. an der Zürcher Hochschule der Künste und lebt vorwiegend in Wien.

CORONA-KRISE – EIN FEMINISTISCHER BLICK

Stellungnahme des AEP in der Phase des
Corona-bedingten Lockdown Ende Mai 2020
Monika Jarosch

„Ich bin im „Mama Burnout“.
Ich [erlebte] mich [...] schlagartig als Frau und Mutter in
einem Rollenbild gefangen,
das ich in dieser Form immer abgelehnt habe.“

Wir leben in einem von „vielfältigen Achsen der Dominanz durchzogenen und von eklatanter Ungleichheit geprägten weltgesellschaftlichen Kontext“ (Sabine Hark). Da ist Österreich nicht ausgenommen.

Der feministische Blick zeigt Probleme auf, die schon lange in unserer Gesellschaft wirken und zu lösen wären, die aber jetzt zu Corona-Zeiten besonders sichtbar werden.

Die Corona-Krise führt uns deutlicher vor Augen, wo die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten liegen, zeigt auf, wie brüchig die Errungenschaften des jahrzehntelangen Bemühens und auch Kampfes von AktivistInnen, Frauenbewegung, feministischer PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen sind. Die Corona-Krise zeigt uns auch, wo die Wertigkeiten unserer Regierung liegen: Kultur, Bildung, Integration stehen ganz hinten, der Care-Bereich und die Frauenpolitik sowieso an letzter Stelle.

Einige Befunde

Home-Office, Home-Schooling und Social Distancing in Verbindung mit den Rollenzuschreibungen aus den 1950er Jahren bedeuten für Frauen eine zusätzliche und neue Dimension der Belastung und Überforderung. Ein „Desaster für den Feminismus“, wie die britische Journalistin und Autorin Helen Lewis kürzlich schrieb. Die mühsam erkämpfte Partnerschaftlichkeit in modernen (heterosexuellen) Beziehungen, der Fortschritt der Gleichberechtigung ist ein fragiler Konsens. Die Entscheidungen, die Paare dieser Tage fällen müssen, sind so simpel wie hart: Der mit dem höheren Einkommen und dem Vollzeitjob arbeitet, so gut es geht, weiter. Die mit dem Teilzeitjob und dem geringen Einkommen übernimmt noch stärker als bisher die Versorgungsarbeit. Da 79 Prozent aller Teilzeitjobs von Frauen erledigt werden, muss man nicht lange raten, wie die Rollenverteilung aussieht. Hierbei geht es um nüchterne finanzielle Überlegungen – mit weitreichenden Folgen. Alleinerzieherinnen trifft all das noch einmal härter.



© Isabella Hafele

Der Soziologe Max Preglau hat die Situation analysiert (s. Literatur). Ich zitiere auszugsweise und zusammengefasst:

- Frauen müssen in ihrer Rolle als Familienversorgerinnen die Ausfallhaftung für die geschlossenen oder auf Notbetrieb umgestellten Kinderbetreuungseinrichtungen übernehmen und werden damit noch stärker auf „Haus und Herd“ zurückgeworfen als bisher.
- Quarantänemaßnahmen und (Quasi-)Ausgangsverbote verschärfen [...] das Risiko der Gewalt in Familien, von der bekanntermaßen wiederum Frauen die Hauptbetroffenen sind.
- Das Maßnahmenpaket der Regierung und der Sozialpartner für Wirtschaft und Beschäftigung kommt in erster Linie großen Betrieben und gewerkschaftlich gut organisierten „Normalbeschäftigten“ und damit vorzugsweise Männern zu Gute, atypisch Beschäftigte – freie MitarbeiterInnen, WerkvertragsnehmerInnen in Wissenschaft, Kunst und Medien etc. – und damit vorzugsweise Frauen – gehen dabei mehr oder weniger leer aus.
- Der Familienhärtefonds steht für Kinder von Alleinerziehenden mit wegen Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit des Unterhaltspflichtigen gekürztem Unterhalt nicht zur Verfügung.
- Auch bei der „Wiederauferstehung Österreichs“ (Kurz) hatte offenbar alles von der Wirtschaft bis zum Sport Vorrang vor den Schulen und Kindergärten – und damit vor den Bedürfnissen der durch die Schließungen auf häusliche Versorgungsarbeit zurückgeworfenen Frauen.
- In der offiziellen Kampagne von Regierung und Rotem Kreuz „Schau auf Dich, schau auf mich“ wird mit einem Familienbild geworben, das das hegemoniale bürgerliche Modell von männlichem Familienernährer und weiblicher Familienversorgerin als Normalität unterstellt.
- MigrantInnen üben häufig systemerhaltende Tätigkeiten im Supermarkt, bei der Müllabfuhr oder als Reinigungs- und Pflegekräfte aus – das „Team Österreich“ ist überproportional eines mit sogenanntem „Migrationshintergrund“. Sie sind damit auch besonderen Gesundheitsrisiken ausgesetzt.

- „Undokumentiert“ arbeitende Menschen, v.a. in den Bereichen Tourismus, Gastronomie, Bau, Pflege in Privathaushalten sowie Landwirtschaft, werden als erste gekündigt, haben keinen Zugang zu Kurzarbeit, kein Arbeitslosengeld und sind in der Regel nicht krankenversichert.
- Ihrer Verdienstmöglichkeiten beraubt und sozial in einer ähnlichen Situation befinden sich übrigens auch zahlreiche SexarbeiterInnen u.a. aus osteuropäischen Ländern.

Einblicke in Lebensrealitäten

Mitarbeiterinnen im AEP über ihre Situation:

„Ich bin im ‚Mama Burnout‘“.

„Ich habe mich mittlerweile von der Idee verabschiedet, dass Frau Mutter sein und gleichzeitig Karriere machen kann. Es wird einem zwar immer eingeredet, dass dies möglich sei, aber wie wir spätestens jetzt gesehen haben, geht das nur, wenn meine Arbeit von anderen Frauen übernommen wird, die das entweder unbezahlt oder schlecht bezahlt machen.“

„Ich wurde nicht dazu geboren, den ganzen Tag allein ein Kleinkind in einer Wohnung ohne Garten zu bespaßen und zu bekochen. Im Grunde genommen wurde niemand dazu geboren.“

„Von heute auf morgen sind auch für uns alle Unterstützungsmöglichkeiten für die Kinderbetreuung weggefallen. Aber da zeitgleich mit Homeschooling und Homeoffice meine Arbeitsmöglichkeiten deutlich reduziert waren und der Betreuungsbedarf zuhause so stieg, erlebte ich mich auch schlagartig als Frau und Mutter in einem Rollenbild gefangen, das ich in dieser Form immer abgelehnt habe und das ich und wir mit viel Aufwand auch mit drei Kindern stets anders gestaltet habe/n. Dass ich plötzlich keine Wahl mehr hatte und auffangen musste, was aufzufangen war, fand ich für mich wirklich schwierig.“

Ausblick

Wichtig ist während und nach der Krise weiter über die zu Tage geförderten Ungerechtigkeiten zu sprechen und die Debatten über diese Themen nicht abbrechen zu lassen. Eine feministische Perspektive zeigt, in welche Richtung Veränderungen gehen könnten:

1. Kindergärten und Schulen sind nicht nur Aufbewahrungsorte, sondern wichtige Orte der sozialen Bildung. Mütter sind nicht die Alleinverantwortlichen für die Zukunft unserer Kinder. Jedes Kind – nicht nur das Kind aus der bürgerlichen Kleinfamilie – hat einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Jedes Kind hat diesen Anspruch, ohne dass die Mutter eine Erwerbstätigkeit nachweisen muss. Schulbesuch ist nicht nur Pflicht sondern ein Recht des Kindes. Bei der Abwägung der gesundheitspolitischen Ziele der Corona-Maßnahmen wurde dies völlig übergangen. Geld und Investitionen wie z.B. für die Wirtschaft fehlten, ja es fand ein Rückzug des Staates aus diesem Politikfeld statt: „Kinder sollten besser daheimbleiben“ war die staatliche Aufforderung.

2. Die öffentliche Entdeckung der „Systemrelevanz“ von Arbeitsfeldern im Pflege- und Gesundheitsbereich, im Lebensmittelhandel und in der Sozialen Arbeit machte auch deutlich, dass die Tätigkeiten in diesen Arbeitsfeldern zum Großteil von Frauen und Migrantinnen verrichtet werden. Diese Arbeiten werden häufig unter prekären Bedingungen geleistet: Teilzeitarbeit, geringe Entlohnung und schlechte soziale Absicherung (Altersarmut). Übersehen wurde, dass auch die „unsichtbare Arbeit“ im Privaten wie Haushaltsarbeit, Kinderbetreuung, Altenpflege genauso „systemrelevant“ ist. Feministische Forderungen nach Aufwertung, nach gesellschaftlicher Anerkennung, nach besserer Entlohnung all dieser sorgenden, pflegenden, personennahen „Frauenarbeit“ sind dringlicher denn je.
3. Dringlich sind auch die feministischen Forderungen nach einer Verringerung der Arbeitszeit, die Männern wie Frauen zugute kommt und (nicht nur) zur Erreichung einer gerechteren Aufteilung der Betreuungs- und Hausarbeit dient.
4. Ausständig ist ebenso eine ernsthafte Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen.

Um Veränderungen zu erreichen, könnten wir alle Forderungen des Frauenvolksbegehrens 2.0 zu Rate ziehen. Diese sind aktuell und brennend wie eh und je.

Literatur

HARK, Sabine. Die Netzwerke des Lebens. Frankfurter Rundschau, 03.04.20. Lewis, Helen. The Coronavirus is a Disaster for Feminism. The Atlantic, 19.3.2020.

PREGLAU, Max. Aus meiner wöchentlich aktualisierten Regierungsbeobachtung, s. https://www.uibk.ac.at/soziologie/team/maxpreglau/regierungsbeobachtung/info_fpoe_preglau_max.pdf

Anmerkung

Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft
Schöpfstr. 19, 6020 Innsbruck
www.aep.at
office@aep.at

SOLIDARITÄT HÄLT UNS AM LEBEN!

Frauen*vernetzung für Begegnung und Austausch



© Frauen*vernetzung

Der gefährlichste Ort für eine Frau ist nicht etwa der öffentliche Raum, sondern es sind die eigenen vier Wände. 2020 wurden bereits 12 Frauen* ermordet, Medien berichteten von weiteren 17 Fällen von schwerer Gewalt bis hin zu Mordversuchen (Stand 20.07.2020). In Tirol wurde zuletzt Bircan Dever in Imst von ihrem Ehemann ermordet. Es reicht. Yeter artik! Ya basta! Edi bese! Stopp den Femiziden! Nirgendwo in Europa ist der Frauen*anteil unter den Mordopfern höher als in Österreich. „Die Morde an Frauen in Österreich stiegen in den letzten Jahren kontinuierlich an – seit 2014 haben sich die Morde an Frauen verdoppelt“, so der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser auf ihrer Homepage. Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* ist eine fundamentale Menschenrechtsverletzung, die auf der gesamten Welt, in jedem Bereich des sozialen Lebens und unabhängig von Schicht- oder Klasse, Bildungsniveau, Religionszugehörigkeit, Gesundheit, Sexualität oder Herkunftszuschreibungen begangen wird. Das gilt auch für Femizide. Femizide und häusliche, sexualisierte, sexistische Gewalt sind kein „Familiendrama“ und keine „Eifersuchtstat“, kein privates, psychologisches oder „Ehren-

problem“, sondern der Versuch, Macht und Kontrolle über Frauen* und Mädchen* auszuüben. Es geht um männliche Dominanz und Besitzdenken, die tief in dieser patriarchalen Gesellschaft verwurzelt sind. Gewalt gegenüber Frauen* und Mädchen* muss endlich als das benannt werden, was sie ist: Ausdruck einer patriarchalen Gesellschaft.

Für den Kampf gegen diese patriarchalen Strukturen sind Bewusstseins-schaffung und Selbstorganisation von fundamentaler Bedeutung. Der Verein Lilith, der Alevitische Frauenbund Innsbruck, die Demokratische Frauenbewegung Europa (ADKH), der Sozialistische Frauenbund (SKB), das Lila Rot Kollektiv und die Frauen*vernetzung für Begegnung und Austausch als Zusammenschluss zahlreicher weiterer Organisationen und Vereine riefen am 3. Juli 2020 zu einer öffentlichen Aktion gegen Femizide auf. 350 bis 400 Personen folgten dem Aufruf zur solidarischen, widerständigen Kundgebung und Demonstration.

Eine andere Welt ist möglich. Wir rufen dazu auf, immer und überall gemeinsam und solidarisch gegen patriarchale Strukturen anzukämpfen, gegen jede Form von Gewalt in dieser Gesellschaft!

Anlaufstellen

Frauenhaus Tirol.

Rund um die Uhr erreichbar unter:
Tel. +43 512 342 112
wohnen@frauenhaus-tirol.at

Verein Frauen gegen

VerGEWALTigung:

Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr
Tel. +43 512 574 416
office@frauen-gegen-vergewaltigung.at

DOWAS für Frauen:

Tel. +43 512 562 477
beratung@dowas-fuer-frauen.at

Frauenhelpline gegen Gewalt

Österreichweit und
rund um die Uhr erreichbar
Tel. +43 800 222 555

Autorin*

Die Frauen*vernetzung für Begegnung und Austausch ist eine tirolweite Vernetzung unterschiedlicher feministischer Akteurinnen, engagierter Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen, die sich für eine geschlechtergerechte Gesellschaft einsetzen und gemeinsame Aktionen planen. Mehr Informationen: www.frauenvernetzung.tirol

DIE STADT GEHÖRT UNS ALLEN

Migrantinnen verorten sich im öffentlichen Raum

Verena Sperk

Der öffentliche Raum sollte einen Ort der gemeinschaftlichen Nutzung darstellen. Allerdings zeigt sich in vielen Städten, dass der Zugang nicht für alle Menschen gleichermaßen offen ist. Besonders soziale und ökonomische Bedingungen ermöglichen und verunmöglichen Teilhabe an (öffentlichen) Räumen und regulieren dadurch, wer sich wo und wie in einer Stadt verorten und zugehörig fühlen kann. Viele Menschen ziehen sich aufgrund von Diskriminierungs- und Stigmatisierungsprozessen an sichere – häufig weniger zentrale oder private – Orte zurück.

Wer erhält wie viel Raum in einer Stadt? Wer ist auf welche Weise sichtbar? Wer fühlt sich an welchen Orten wohl und wo nicht?

Ausgehend von diesen Fragestellungen wurde bei **Frauen aus allen Ländern** im Rahmen des Projekts **Die Stadt gehört uns allen**¹ eine Workshopreihe konzipiert. Dabei setzten sich eine Gruppe von Migrantinnen mit Innsbruck als Stadt und als Lebensraum auseinander. Sie tauschten sich über ihr Leben in Innsbruck aus, besuchten in Exkursionen für sie wichtige Orte und bearbeiteten ihre Eindrücke auf kreative Weise. Es entstanden Plakate, Postkarten, Texte und andere kreative Auseinandersetzungen, in denen die Gruppe ihren Blick auf die Stadt zeigte und zugleich Raum in der Stadt einnahm. Es sollte sichtbar werden, dass in Innsbruck eine Vielzahl an Frauen mit sehr unterschiedlichen Geschichten und Zielen leben und Teil dieser Stadt sind.

Ein zentrales Anliegen war, gemeinsam die Rolle als Frau* und Migrantin* sowie damit verbundene Erfahrungen von Mobilität und Teilhabe im öffentli-

chen Raum zu reflektieren und als Teil von gesellschaftlichen Zusammenhängen zu diskutieren. Zwei Trainerinnen – eine davon war ich – gestalteten den Rahmen der Workshops, stellten Reflexionsimpulse zur Verfügung und moderierten die Diskussion. Dabei sollte die Möglichkeit bestehen, über positive und negative Erlebnisse zu sprechen: Darüber, was beispielsweise einen „Lieblingsort“ ausmacht – einen Ort, an dem man gerne verweilt – und was dazu beiträgt, dass Plätze in der Stadt als unangenehm empfunden und daher gemieden werden. In diesem Zusammenhang sollte der Diskussionsraum auch ermöglichen, über Formen von Sexismus, Rassismus und Diskriminierung zu sprechen.

Für uns als Trainerinnen war die Projektplanung eine Herausforderung und bedeutete auch, sich selbstkritisch mit eigenen Privilegien als *weiße*, in Österreich geborene Frauen auseinanderzusetzen, über Fragen von Repräsentation nachzudenken und Workshopkonzepte zu entwickeln, die möglichst offen blieben. Denn es war uns wichtig, auch wenn wir die Impulse setzten, einen Rahmen zu gestalten, in dem die mitwirkenden Frauen selbst die Richtung und inhaltlichen Schwerpunkte vorgeben konnten. So zeigte sich, dass die Gruppe nicht ausschließlich bei den Hürden des städtischen Zusammenlebens stehen bleiben, sondern auch ihre ganz persönlichen Eindrücke von ihrer Stadt sichtbar machen wollten: An welchen Orten kann man zur Ruhe kommen? Wo kann man mit den Kindern, der Familie und den Freund*innen auch so richtig Lärm machen? Bei den Exkur-

sionen besuchten und teilten die Frauen diese Plätze (z.B. Domplatz, Spielplatz Prandtauerufer, Servitenkirche, u.a.) miteinander und bearbeiteten die Auseinandersetzung damit anschließend auf kreative Weise.

Gerade das gemeinsame Erleben von unterschiedlichen Orten in der Stadt und der offene Austausch zum Leben in Innsbruck wurde von den mitwirkenden Frauen als wichtige Erfahrung beschrieben. Diese Rückmeldung zeigt, aus unserer Sicht, die Bedeutung, die kollektive Prozesse – seien es jene in Bildungskontexten oder solche im künstlerischen Bereich – besitzen. Das Arbeiten in der Gruppe und der Austausch über geteilte oder verschiedene Erfahrungen kann als stärkendes Moment erlebt werden und dabei Solidarität fördern sowie Vereinzelung entgegenwirken.

Das Projekt wird durch eine Förderung der Stadtpotenziale der Stadt Innsbruck 2020/21 weitergeführt. Aus den kreativen Ergebnissen des Vorgängerprojekts soll nun eine Wanderausstellung konzipiert werden, die an verschiedenen Orten gastiert. Auf diese Weise sollen die eröffneten Perspektiven auf Innsbruck und Stadt nun weitergetragen und eine breite Auseinandersetzung ermöglicht werden.

Anmerkung

¹ Das Projekt wurde durch eine Förderung der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung und des Land Tirols im Rahmen der TKI open 2019 finanziert. Nähere Informationen zum Projekt finden Sie hier: <https://www.tki.at/tki-open/tki-open-19/ueberblick-projekte/die-stadt-gehört-uns-alLEN/>

Autorin

VERENA SPERK ist Trainerin bei *Frauen aus allen Ländern*.

SO GEHT SEXISMUS – DER TIROLER LANDESRAT GEISLER MACHT ES VOR

Elisabeth Grabner-Niel



© Max Preglau, Veranstaltung gegen frauenverachtendes Verhalten am 22.6.2020

Umweltfragen brennen unter den Nägeln und rufen Emotionen hervor, in Tirol in einer besonderen Form, ergeben sich hier doch oft massive Konflikte mit der Wirtschaft und dem allgegenwärtigen und hier als „systemrelevant“ eingestuftem Tourismus. Eine im Rahmen des WWF aktive Expertin für Gewässerschutz übergab Anfang Juni 2020 öffentlich dem zuständigen Landesrat und der Landeshauptmann-Stellvertreterin eine Petition mit Protestunterschriften gegen einen Kraftwerksbau im Ötztal und brachte dabei mit Kompetenz und Nachdruck ihre Argumente vor. Dem Landesrat behagte dies wenig und er versuchte „dreinzureden“. Die Aktivistin ließ sich jedoch nicht unterbrechen sondern behauptete ihr Wort, was beim Landesrat offenbar zu steigender Verärgerung führte, die in der Beschimpfung „widerwärtiges Luder“ ihren Ausdruck fand.

Nicht reden lassen ...

Die hier zutage getretene Respektlosigkeit ist unglaublich. Der Umstand, dass es eine Frau wagte, sich beim Vortragen ihres Anliegens vom Herren Landesrat nicht unterbrechen zu lassen sondern ihr Wort und ihre Stimme beibehielt, war für diesen offenbar eine große Provokation. Wohlgemerkt: Wir schreiben das Jahr

2020 und schon seit Jahrzehnten ist das Thema „Gewalt in der Sprache“ – vor allem Frauen gegenüber – bekannt, wissenschaftlich bestens untersucht und belegt, und wird auf allen Ebenen – im Privaten, in den Medien, in der Politik und im Erwerbsleben – immer wieder bei entsprechenden Anlässen besprochen. Wer nur etwas an Sensibilität besitzt und sich Gedanken darüber macht, warum sich in unserer Gesellschaft die Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern kaum verändern, wird ganz schnell auf die alltägliche Gewalt in der Sprache als einem zentralen Element dieser Ungleichheit kommen. Daran ändert die Gleichheits-Rhetorik, die bei entsprechenden Vorfällen rasch als Lippenbekenntnis dargeboten wird, genau NICHTS. Das beschönigende Argument „Da sind wir schon längst drüber, das ist ein alter Hut und Frauen haben das gleiche sprachliche Gewicht“ trifft eben keineswegs zu.

... und beschimpfen

Aber es war nicht nur der Versuch des Unterbrechens – was noch darauf gesetzt wurde, war eine unerhörte Beschimpfung, als diese Unterbrechung nicht gelang. Ein solches Verhalten disqualifiziert in meinen Augen eine politisch ver-

antwortliche Person. Da nützen Pseudoschulungen in Geschlechtersensibilität nichts, falls diese je besucht wurden. Hier geht es um Haltungen, um Respekt im Umgang mit anderen, um ein Wissen und ein Gespür um die Machtmechanismen, die die bestehenden Ungleichheiten weiterhin aufrecht erhalten. In der Rechtfertigung im Nachhinein wurde zusätzlich noch eine Umkehrung der Tatsachen versucht: Die Umweltaktivistin hätte den Landesrat unterbrochen, die Tonaufnahmen belegen aber das Gegenteil.

Nur ein „Lapsus“?

Auch dieses Mal waren die VertreterInnen der politische Entscheidungsebene bald auf dieser Schiene, mit der Bemerkung: Es war ein „Ausrutscher“ – „eigentlich schätzen wir unsere Mitbürgerinnen SEHR“. So tönte es aus der Tiroler Regierungsrige und aus der Partei des Landesrates, bis auf eine einzige Ausnahme: die ehemalige Frauenministerin Rauch-Kallat benannte diese Respektlosigkeit und Beleidigung ganz klar und führte auch die Konsequenzen ganz eindeutig an. NEOS, Liste Fritz und FPÖ wollten im Tiroler Landtag einen Misstrauensantrag initiieren, die SPÖ schloss sich nicht an, schlug jedoch eine Studie zu Alltagssexismus in

Tirol vor, angelehnt an eine ähnliche Studie in Deutschland vom März 2020.

Dieser Vorfall wurde bekannt, weil er aufgezeichnet wurde. Aber wie viele derartigen Vorfälle passieren ständig, ohne dass ein Mikrophon dabei ist. Und genau diese alltäglichen Erfahrungen der Gewalt in der Sprache und in der Kommunikation, die Frauen machen, wenn sie sich ihre eigene Meinung bilden und ihre eigenen Anliegen durchzusetzen getrauen, zehren nach und nach an der Motivation und an der Energie, um sich weiterhin zu engagieren. Diese Erfahrung ist ein wichtiger Grund

dafür, warum in der Politik Frauen nicht ihrem Anteil gemäß vertreten sind. Auch dies belegen wissenschaftliche Untersuchungen. Es ist nicht ihr mangelnder Wille sich zu involvieren und für Anliegen einzutreten und politisch zu handeln. Es ist die permanente Abwertung, das Überhört-Werden, das Unterbrochen-Werden, das nicht Ernst-genommen-Werden.

Schluss mit dem frauenverachtenden Verhalten

Nicht die Frauen, sondern die Männerarroganz in der Politik muss sich ändern,

damit wir einer gleichberechtigten Gesellschaft ein Stück näher kommen, dafür ist eine anteilmäßige Präsenz von Frauen unabdingbar.

Am 22. Juni fand auf dem Landhausplatz in Innsbruck, dem „Tatort“, eine Protestkundgebung statt, die dieser Forderung nochmals Nachdruck verlieh. Leisten Sie Ihren Beitrag dazu, Herr Landesrat, das wäre eine glaubwürdige Konsequenz aus diesem Vorfall, diese Konsequenz muss die strukturelle Ebene betreffen und weit über eine Entschuldigung hinausgehen.

ausbaden

ist das Thema der diesjährigen Ausschreibung von TKI open 21

TKI open 21 sucht Kunst- und Kulturprojekte, die im weitesten Sinn etwas ausbaden. vielleicht geht es darum, uns bewusst zu machen, dass wir im selben Wasser sitzen. Was wir da ausbaden (müssen) und wieso. Projekte könnten neue Strategien des Zusammenlebens ausprobieren und die Konsequenzen versuchsweise auf sich nehmen. Seift euch ein und setzt Impulse gegen verschwenderische und ausbeuterische Lebensweisen oder für eine nach-

haltige Gesellschaft. Plantscht, plätschert und stiftet mit verschrumpelten Fingerkuppen zu alternativem Handeln an.

Online-Einreichung per Mail im pdf-Format an office@tki.at

* Formular mit den Basisdaten (www.tki.at), * Ausführliche Projektbeschreibung (max. 5 Seiten), * Kosten- und Finanzierungsplan, * Zeitplan für die Umsetzung des Projekts, * Informationen zu den Projekteinsteiger*innen

Einreichfrist:

Samstag 10.10.2020, 24 Uhr

Kontakt und Informationen

TKI – Tiroler Kulturinitiativen,
Andrea Perfler
Dreiheiligenstraße 21a
6020 Innsbruck
0680 2109254, office@tki.at, www.tki.at

© TKI open



Weißflug, Maïke. Hannah Arendt. Die Kunst, politisch zu denken

Matthes & Seitz, Berlin 2019, ISBN 978-3957577214, 320 S., 25,00 Euro

Hannah Arendts philosophisches Werk zählt zu den Klassikern der Politischen Philosophie, an das in unterschiedlichen Zeiten spezifische Fragen gestellt wurden und das immer wieder Kontroversen und unterschiedliche Deutungen hervorgerufen hat, insbesondere Arendts Versuch, das Politische neu zu bestimmen in Anbetracht von totalitärer Herrschaft und brüchig gewordener Denktraditionen. Wer in ihrem Werk eine systematisch-rationale Theorie des Politischen finden möchte, wird auch auf Widersprüche und mehrdeutige Begrifflichkeiten treffen. Maïke Weißflug, Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkt Politische Theorie, beschäftigt sich in ihrem Buch weniger mit dem, *was* Hannah Arendt dachte, als vielmehr mit dem, *wie* sie dachte – mit ihrem „Denkstil“, mit der Art und Weise, wie totalitäre Herrschaft, Imperialismus oder Politik betrachtet werden können.

Dieser „Denkstil“ hat auch viel mit Haltung zu tun: einer Haltung zur Welt, die sich der Versuchung entzieht, es gäbe einen neutralen Beobachterstandpunkt, von dem ausgehend die Wahrheit gesprochen werden könnte. Stattdessen wird im Denken des Politischen die Pluralität der Perspektiven in den Mittelpunkt gerückt. Die Autorin betont in der im ersten Teil des Buches verankerten Charakterisierung dieses „Denkstils“, es ginge primär „um die Rückbindung des Denkens an die wirkliche Welt, an die verschlungenen Wege des politischen Handelns, um die konkreten Erfahrungen.“ (15) Konstitutiv für Arendts Denkhaltung sei der Bezug zu Literatur, das Einfordern eines erfahrungsbezogenen Denkens sowie die Kritik an der Politischen Philosophie. Die Quellen dieses Denkstils verortet die Autorin daher nicht nur in der

philosophischen Tradition, sondern auch in Literatur und Poesie, denen sie für die Entwicklung von Arendts philosophischer Begrifflichkeiten einen zentralen Stellenwert einräumt.

Der zweite Teil des Buches („Literatur und Politik“) widmet sich genau dieser Spurensuche nach „im Medium des Erzählens oder Dichtens reflektierte[r] Erfahrung“ (129). So rekonstruiert die Autorin beispielsweise, wie die Auseinandersetzung u.a. mit Kafka, u.a. mit „Das Schloss“, zu wichtigen Einsichten in Arendts Buch „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“ geführt habe oder wie weitgehend ihre Konzeptionen von Freiheit und politischem Handeln sowie dem Politischen von Homer inspiriert gewesen wären.

Im dritten und letzten Abschnitt des Buches wird danach gefragt, was wir aus Hannah Arendts Denkarbeit für die gegenwärtige Situation lernen können; die aktuellen Verhältnisse charakterisiert die Autorin primär mit der Problematik des Klimawandels und der Zerstörung der Grundlagen menschlichen Lebens. In diesem Abschnitt lotet sie das Potential von Arendts Werk in Bezug auf das theoretisierte Verhältnis von Technik, Natur und Politik bzw. von Hannah Arendt als ökologischer Vordenkerin aus. Sie vergleicht dabei u.a. Arendts Theoretisierungen der Existenz der Atombombe, die in den 1950er und 1960er-Jahren die menschengemachte Möglichkeit der Auslöschung der Welt vor Augen führte, mit der heutigen Problematik des Klimawandels. Sie beschreibt hier – mit Hannah Arendt – Politik als Vorgang der ‚Welterschließung‘ im Sinne des sowohl Findens als auch Erfindens, womit sowohl das Einschreiben in Traditionen als auch das radikal Neue, Revolutionä-



re, Kreative gemeint sind: „Wer anfängt zu handeln, muss sich immer mit dem Gegebenen auseinandersetzen – und schafft dabei etwas Neues.“ (228) Diese ‚Welterschließung‘, findet nicht im Denken, in der Theorie, sondern im Handeln statt, Philosophie hätte die Aufgabe, diesen Prozess denkend zu begleiten, nicht die Welt zu verändern. Kritik wirkt zugleich als „welterschließende Kritik“ (S. 236), indem sie auf diese ‚Welterschließung‘, als spezifische Qualität des Politischen bzw. politischen Handelns verweist. Der Autorin zufolge lassen sich daher auch die zentralen theoretischen Werke von Hannah Arendt als „Reflexionen über die Bedingungen politischer Welterschließung“ (ebd.) lesen. Diese versteht sie als „multiperspektivische Welterschließung“, die jedoch nicht in beliebigem Relativismus verbleibt, da sie getragen wird von einer ‚Sorge um die Welt‘, die auch als ‚Sorge um die Erde‘ ausgelegt werden kann. Ein zentrales Moment von Kri-

tik wäre das Auf- und Hinweisen eines Zukünftigen Anders-Sein-Könnens. Heute würde es nicht am Wissen fehlen über Klimawandel und Zerstörung der Grundlagen menschlichen Lebens, sondern an einem Wissen darüber, was das bedeutet und wie dieses Wissen politisch wirksam werden könnte. Das Politische, das aus Prozessen der ‚Welterschließung‘ hervorgeht, schafft eine ‚gemeinsame Welt‘, die sich über die Verschiedenheit der Menschen, ihrer Perspektiven und Beziehungen konstituiert. Daher wäre das Einholen aller

möglichen Perspektiven – z.B. jener, die aufgrund ökologischer Katastrophen flüchten müssen oder deren Heimat vom Meer verschlungen wird – von zentraler Bedeutung: „Wir brauchen diese Geschichten, diese Erfahrungen, um die Welt nicht zu verlieren.“ (278) Damit lenkt die Autorin, in der Denktradition Hannah Arendts, auch den Blick auf die Frage, was und wer überhaupt im Politischen in Erscheinung treten kann/darf, wer dort einen Platz und Gehör findet und was sichtbar und wahrgenommen wird.

Wer die Art und Weise mag, wie und mit welcher Begrifflichkeit Hannah Arendt über die Welt nachdenkt, wird auch das Buch von Maïke Weißflug, die sich sehr in diesen Stil einschreibt, mögen. Das Buch ist nicht in einer akademisch exklusiven Sprache verfasst und daher auch nicht nur für philosophisch-theoretisch Geschulte geeignet. Es könnte sich auch als Einstieg bzw. Hinführung für alle eignen, die sich für eine weitergehende Beschäftigung mit dem Werk von Hannah Arendt interessieren.

Lisa Gensluckner

Hartmann, Anna. Entsorgung der Sorge. Geschlechterhierarchie im Spätkapitalismus

Westfälisches Dampfboot Münster 2020, ISBN 978-3-89691-260-2, 225 S., 25,00 Euro

Mit *Entsorgung der Sorge. Geschlechterhierarchie im Spätkapitalismus* legt die Sozialwissenschaftlerin Anna Hartmann eine Publikation vor, die im Feld der feministischen Theorienproduktion mehr als überfällig war. Sie setzt die Notwendigkeit der Sorge, die der menschlichen Existenz ob seiner konstitutiven Angewiesenheit auf andere grundgelegt ist, in den Kontext aktueller postfordistischer Verhältnisse und dem mit diesen verwobenen Geschlechterverhältnis. Leitgebend ist die Frage auf welcher Ebene sich der Geschlechterwandel in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat und welche strukturellen Transformationen der Verlust der mütterlich-weiblichen Position der Sorge, wie er im Fordismus prägend war, generiert hat und generiert. Diese Fragestellung ist deshalb von einer nicht zu unterschätzenden Brisanz, weil Frauen zwar einerseits männliche Positionen im Sinne der Erwerbstätigkeit, des Auslebens von Sexualität und der (finanziellen) Autonomie erreichen können und auch erreichen, die imaginäre Verknüpfung von Weiblichkeit und Sorge allerdings weiterhin fort-

wirkt und die tatsächlich geleistete Sorgearbeit somit nach wie vor weitgehend in weiblichen Händen liegt. Insofern fragt die Autorin, wie Sorge im Spätkapitalismus organisiert ist, wie das Subjekt auf die notwendige Sorge zurückgreift und was das für das Selbstverhältnis der Subjekte bedeutet. Und letztlich: Wie kommt es, dass sich die Geschlechterhierarchie trotz (oder gerade wegen?) der stattgefundenen ökonomischen Veränderungen und den Errungenschaften der Frauenbewegungen derart hartnäckig hält?

Im ersten Teil der Arbeit widmet sich Anna Hartmann der Sorge im Feld der Ökonomie, wo sie einen historischen Bogen von der Hausarbeitsdebatte der 1970er Jahre zu den aktuellen Care-Debatten nachzeichnet und diskutiert. Im zweiten Teil stellt sie die Sorge in den Kontext des Subjekts und der mütterlichen Subjektivität. In Abgrenzung zu Sorgedebatten, die Geschlecht als normative Zuschreibungen und Identitäten denken, wird hier auf die Subjektkonzeption Jacques Lacans zurückgegriffen, um Geschlecht in seiner Positionierung zum und im Symbolischen



zu denken. Damit kann sie anschließend mit Luce Irigarays Denken der sexuellen Differenz sowohl einen feministischen Blick auf die Figur der Mutter und deren subjektlosen Status werfen als auch die männliche Subjektstruktur kritisch beleuchten. Die unterschiedliche Positionierung der Geschlechter in Bezug auf das Symbolische, ihr differenter Bezug zur Sorge ebenso wie ihr unterschiedliches Selbstverhältnis und -verständnis

werden hier herausgearbeitet und im dritten Teil mit den zuvor vollzogenen Überlegungen zu Sorge im Kontext der Ökonomie verknüpft.

Anna Hartmann kommt zu dem ernüchternden Schluss, dass das „vermeintlich von Sorge unabhängige (männliche,

jetzt geschlechtsneutrale) Subjekt [...] die Sorge aus[radiert] und damit alles, was zuvor mit Weiblichkeit und Sorge verbunden war“ (S. 199). Diese Schlussfolgerung ist allerdings keine Trauerkundgebung über die gute alte Zeit des Fordismus. Vielmehr will die Autorin

deutlich machen, dass die Entsorgung der Sorge, wie sie aktuell stattfindet, auch eine Entsorgung und „Leugnung der sexuellen Differenz“ (ebd.) darstellt. Und das muss uns (zumindest) nachdenklich machen...

Angelika Grubner

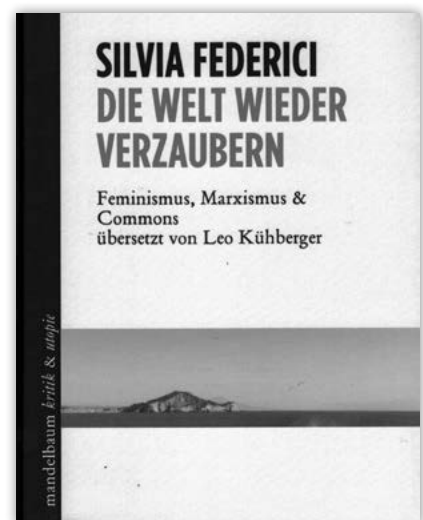
Federici, Silvia. Die Welt wieder verzaubern. Feminismus, Marxismus & Commons.

Übersetzt von Leo Kühberger

Edition kritik & utopie, Mandelbaum Verlag Berlin 2020, ISBN 978385476-693-3, 300 S., 20,00 Euro

Im vorliegenden Buch stellt die bekannte italienisch-amerikanische politische Philosophin und Aktivistin S. Federici die Analyse der „Commons“ vor. Bereits im Einleitungsteil (Danksagung, Vorwort von Peter Linebaugh, Einleitung) wird deutlich, dass sich ihre Analyseperspektive nicht nur den akademischen Diskursen im Marxismus (Analysen der „ursprünglichen Akkumulation“), Feminismus Ökofeminismus, Bielefelder Subsistenzperspektive) und Gemeinwohlökonomie, sondern auch und vor allem den Erfahrungen in den politischen Kämpfen sozialer Bewegungen von indigenen, vielfach von Frauen getragenen Initiativen in Afrika, Lateinamerika und den USA über Kopenhagens autonomes Viertel „Christiania“ bis zu den Camps der „Occupy“-Bewegung verdankt. „Commons“ sind für sie nicht Inseln im globalen Kapitalismus, sondern autonome Räume, von denen aus der globale Kapitalismus herausgefordert und letztlich überwunden werden kann. Während der Kapitalismus einem Programm der „Entzauberung der Welt“ (Max Weber) folge, ginge es einem „Commoning“ oder einer Politik der „Commons“ darum, „die Welt wieder zu verzaubern“. Die folgende Sammlung von Aufsätzen der Autorin gliedert sich in zwei Teile. *Teil 1* befasst sich mit der seit den 1970er-Jahren verstärkt einsetzenden

Prozessen der „ursprünglichen Akkumulation“ der Einhegung, Privatisierung und In-Wert-Setzung von „Commons“, der mit der Enteignung von Produzent*innen im Allgemeinen und von Frauen im Besonderen verbunden ist. Dieser Vorgang, der nach Marx' und Federicis eigenen geschlechterkritischen Analysen (Caliban und die Hexe, dt. 2012, engl. Original 2004) der Industrialisierung den Boden bereitet hatte, wiederhole sich nun in Form von Schuldenkrisen, Strukturanpassungsprogrammen, der Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates, Kommerzialisierung der Reproduktion und der kapitalistischen Transformation ehemaliger kommunistischer Staaten, wobei insbesondere Frauen von dieser Politik betroffen seien. „Schuldenkrisen“ in Afrika und Lateinamerika (und neuerdings auch in Europa) böten dem Kapital die Gelegenheit, die Klassenbeziehungen zu seinen Gunsten neu zu strukturieren, die Arbeitskosten zu senken, die Produktivität zu steigern und die Landnahme für kapitalistische Nutzung voranzutreiben. Auch der Staatskapitalismus in China sei dadurch befördert worden, dass durch die Regierung „die eiserne Reisschale zerschlagen“ und dem Volk damit die existenzielle Sicherheit genommen worden sei. Auch die vielgerühmten Mikrokredite seien kein Instrument des Empowerment von Frau-



en, sondern eine neue Form von Schuldknechtschaft. Alle diese Mechanismen und Strategien führten zu einem Verlust der gemeinschaftlichen Kontrolle über die Subsistenzmittel, zur Freisetzung eines Heeres nomadischer Migrant*innen und zu katastrophalen ökologischen Folgen, hätten aber auch stets zur Entstehung von Widerstands- und Protestbewegungen dagegen geführt.

Der *Teil 2* beschäftigt sich dann mit „Commons“ als bereits bestehende Form gemeinschaftlicher Organisation und als Perspektive einer Welt jenseits des Kapitalismus. Diese „Commons“ seien frauenzentriert aufgebaut, man finde sie und ihre Spuren „unter den Vereinigten Staaten“ und in Mittel- und Südamerika – bei

den nordamerikanischen Ureinwohner*innen, bei den Zapatistas. „Commons“ hätten nicht nur immer schon existiert, sie entstünden auch ständig neu, und es gehe dabei nicht ums Überleben im Kapitalismus, sondern darum, „mit den „Commons“ gegen den Kapitalismus und darüber hinaus“ zu gelangen. Um gesellschaftlich verändernd zu wirken, dürften sie aber weder geschlossen sein wie Wohnbaugenossenschaften, noch vom Staat kooptiert sein wie staatliche Hilfe zur „bürgergesellschaftlichen“ Selbsthilfe, noch vom Markt vereinnahmt werden wie marktorientierte Produktionsgenossenschaften. Sie müssen selbstorganisiert und integrativ, demokratisch verwaltet und kooperativ-solidarisch sein, auf gleichen Rechten und Pflichten beruhen und Verantwortung für die Reproduktion des gemeinsamen Reichtums übernehmen. Sie müssen gemeinschaftsbasiert sein; da keine globale Gemeinschaft existiere, könne es auch keine „globalen Commons“ geben. Beim Kampf gegen die Einhegung von „Commons“ und beim „Commoning“ hätten Frauen auf Grund ihrer zentralen Rolle im Reproduktionsprozess als Opfer und als Akteur*innen immer schon eine bedeutende Rolle gespielt. Wie Frauen diese Rolle unter den jeweiligen regionalen Bedingungen übernehmen, führt Federici in zwei kurzen Aufsätzen zu Frauenkämpfen in Afrika und Lateinamerika aus.

Unter dem Titel „Marxismus, Feminismus und die Commons“ reflektiert Federici ausdrücklich das Verhältnis dieser drei für sie bedeutsamen Ansätze. Marx sei als Analytiker der Einhegungsbewegungen im Prozess der ursprünglichen Akkumulation und als Kapitalismuskritiker immer noch aktuell. Problematisch sei aber seine Fixierung auf Lohnarbeit und seine Vernachlässigung unbezahlter Reproduktionsarbeit sowie der ökologischen Dimension, deren Berücksichtigung

vom Feminismus eingefordert und eingebracht worden sei. Dementsprechend sei die Kategorie der produktiven Arbeit, um die vom Feminismus entdeckte unbezahlte Reproduktionsarbeit von Hausfrauen sowie von Campesinos, Subsistenzarbeiter*innen und informellen Arbeiter*innen zu erweitern. Dementsprechend sei der Begriff des Klassenkampfes um die Geschlechterkämpfe in der Familie und die Kämpfe derer zu ergänzen, die vorkapitalistisch und informell Reproduktionsarbeit leisten. Auch die Vorstellung von Marx, dass Kapitalismus ein notwendiges Durchgangsstadium zu einer freien Gesellschaft sei, und dass eine freie Gesellschaft eine technologisch hoch entwickelte Industrie voraussetze, die man vom Kapitalismus einfach übernehmen könne, sei für einen ökologischen und subsistenzperspektivischen Feminismus nicht akzeptabel: Der industrielle Kapitalismus habe ein ökologisches Desaster und soziale Hierarchien und Spaltungen erzeugt, weiters lasse sich notwendige Reproduktionsarbeit gar nicht durch Technik und industrielle Produktion ersetzen. Schließlich sei heute der Widerstand gegen den Kapitalismus nicht in den am stärksten industrialisierten Gebieten am stärksten, sondern in den noch nicht von kapitalistischer Industrialisierung erfassten Regionen, wo die Bindungen an die Community noch stark sind. Die Zukunft liege daher nicht im industriellen Kapitalismus und auch nicht im regulierenden, umverteilenden und sichernden Sozialstaat, sondern in einer Politik der „Commons“, beruhend auf einer Macht von unten, Kooperation und kollektiver Entscheidungsfindung.

Ein solches „Commoning“, würde darauf abzielen, das gesamte Alltagsleben und insbesondere die Arbeitsteilung der Geschlechter und das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu transformieren, die Unterordnung der Repro-

duktion unter Markt und Staat zu beenden, und damit auch der Doppelbelastung von Frauen oder der Abwälzung unbezahlter Arbeit auf farbige Migrant*innen durch erwerbstätige weiße Mittelklassefrauen ein Ende zu setzen. Nur eine solche Politik der „Commons“ könnte den Prozess der „Entzauberung der Welt“ (M. Weber) stoppen, eine andere Vernunft und eine andere Logik als die der industriell-kapitalistischen Entwicklung auf den Weg bringen, die unsere von der Natur, den anderen Menschen und unseren Körpern getrennten Beziehungen wieder zusammenfügt, und so „die Welt wieder verzaubern“. Die aktuellen Kämpfe von Frauen auf dem Terrain der reproduktiven Arbeit – vom urban gardening in den Städten Europas und der USA über selbstorganisierte Kinderbetreuungsprojekte bis zu den Landbesetzungen in Lateinamerika – seien erste Schritte in diese Richtung.

Federici liefert eine umfassende, radikale und in sich schlüssiger Analyse auf den neoliberalen globalen Kapitalismus und dessen Überwindung aus einer ökologisch- und subsistenztheoretisch-feministischen Perspektive. Ihre Kritik gilt freilich nicht nur dem Kapitalismus, sondern dem Projekt der Moderne – Technisierung, Industrialisierung, Marktwirtschaft, Sozial- und Geschlechterpolitik – überhaupt, ihr gesellschaftspolitisches Projekt zielt daher auch nicht auf eine ökologisch-sozialdemokratische Reform des Kapitalismus ab, sondern auf eine „ganz andere“ Welt regionaler „Commons“. Diese Zielrichtung erscheint mir allerdings zumindest für die hochmodernisierten Länder des „globalen Nordens“ nicht realistisch und angesichts der damit verbundenen Wohlstands- und Freiheitverluste auch nicht attraktiv. Sie wird daher auch bei liberalen und sozialistischen Feminist*innen wohl kaum auf ungeteilte Zustimmung stoßen.

Max Preglau

Briken, Peer (Hrsg.). *Perspektiven der Sexualforschung*

Psychosozial-Verlag Gießen 2019, ISBN 978-3-8379-2918-8, 548 S., 54,90 Euro

Dieses Buch wurde zum Jubiläum des Instituts für Sexualforschung des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf herausgegeben. Ehemalige und aktuelle Institutsmitglieder beschäftigen sich mit sexualwissenschaftlichen Forschungsfeldern und sexualpolitischen Kontroversen. In teils autobiografischen Berichten demonstrieren die renommierten Sexualforscher*innen die Verbindung zwischen individuellen Lebensläufen und Forschungswegen. Die Beiträge decken nicht nur den Rückblick und die Bestandsaufnahme, sondern auch Ausblicke, unter anderem, in Form von gegenwärtigen und zukünftigen Fragen des Feminismus, der Kriminalprognostik und der Sexualpädagogik ab.

„*Perspektiven der Sexualforschung* ist daher kein gewöhnliches, wissenschaftliches Buch geworden, sondern eines, das auch von persönlichen Erfahrungen und Einblicken erzählt, ein Mosaik der verschiedenen Phasen, Facetten, aber auch Konflikten des Instituts für Sexualforschung über die letzten 60 Jahre. Es wird deutlich, wie nah die Sexualforschung dem Menschen kommt, wie viel kämpferisches und befreiendes Potenzial sie hat, aber auch wie viel Risiko für blinde Flecken und Verletzungen das Feld lässt.“ (17) Herausgeber des Buches ist Peer Briken, ein Sexualwissenschaftler und Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie, Sexualmedizin und Forensische Psychiatrie. Seit 2010 ist er Professor für Sexualforschung und Forensische Psy-

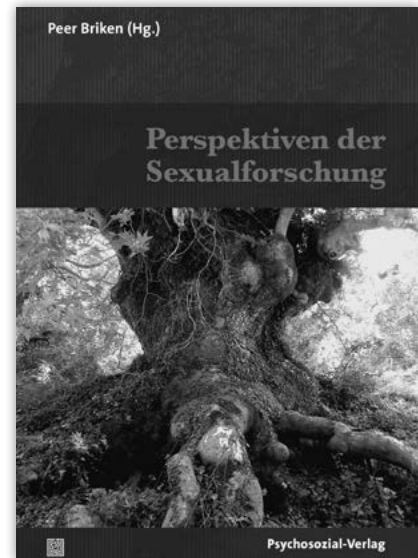
chiarie am genannten Universitätsklinikum und leitet das gleichnamige Institut. Im doch erst etwas abschreckend dicken Buch finden sich 38 Beiträge, welche historisch chronologisch geordnet die Entwicklungsschritte des Instituts darstellen. Vier Kapitel gliedern das Buch in „Aufbau“, „Vertiefung“, „Kontinuität“ und „Ausblick“.

Das Hamburger Institut für Sexualforschung ist das älteste seiner Art im Nachkriegsdeutschland und gab zentrale Impulse für die westdeutsche Sexualwissenschaft und Sexualpolitik, bis es 2006 geschlossen wurde.

In den ersten drei Kapiteln wird diese Geschichte nachgezeichnet. Die Veränderungen am Institut werden gerade durch die einzelnen Biografien der Beitragenden deutlich. Klargestellt wird aber: auch die gesellschaftlichen Veränderungen hatten ihre Auswirkungen.

Im Folgenden nenne ich noch ein paar spannende Auszüge, die vielleicht die eine oder andere Person zum Lesen des Buches anregen.

In Kapitel 2 „Vertiefung“ findet sich ein Text „Über das Mütterliche im Eigenen. Weibliche Sexualität im Spannungsfeld von Perversion und Sinnlichkeit“ von Psychoanalytikerin Sabine Cassel-Bähr. In Kapitel 3 werden Fragen wie „Wozu Sexualwissenschaft?“ oder „What do Numbers tell Us about Sex?“ beantwortet. Kapitel 4 fokussiert sich dann auf den Aufbruch und tabuisiert auch Themen wie „Sexueller Kindesmissbrauch



durch Frauen“ nicht. Hier möchte ich noch einen Text hervorheben: „Frauen und ihre sexuellen Spielräume. Ideal und Wirklichkeit.“ Der Beitrag geht der Frage nach, wie sexuell handlungsfähig und aggressiv Frauen im sexuellen Kontext tatsächlich sein „dürfen“. Am Ende findet sich noch „Ein Plädoyer für eine feministische Sexualforschung“. „Sexuelles Vergnügen sollte beiden Geschlechtern zustehen – wobei weder die männliche noch die weibliche Sexualität dabei abgewertet werden sollte.“ (385)

Das Buch ist eine Zusammenschau sexualwissenschaftlicher Entwicklungen in Deutschland. Auch kritische Reflexionen werden nicht ausgespart.

Alles in allem bietet der Sammelband ein wichtiges Basis- und Überblickswerk, mit vertiefenden Schwerpunkten und ist somit eine Empfehlung für all jene, die sich mit der deutschen Sexualwissenschaft beschäftigen möchten.

Sylvia Aßlaber

Schnerring, Almut; Verlan, Sascha. Equal Care. Über Fürsorge und Gesellschaft

Verbrecher Verlag Berlin 2020, ISBN 978-3-95732-427-6, 159 S., 16,00 Euro

Mithilfe einer gesunden Portion Optimismus beginnen die Autor*innen damit, die Thematik den Leser*innen näher zu bringen. Gedankenspiele für eine mögliche Dystopie oder Utopie der Welt, in der wir leben, stellen die Intention des Buches dar und vermitteln ein erstes Gefühl dafür, wie sich der Text im weiteren Verlauf entfalten wird. Dabei gibt die Frage, in welche Richtung sich die Welt verändern soll, wenn die jüngere Generation selbst ins Alter kommt, den Rahmen vor und wie der Titel schon vermuten lässt, stehen dabei Diskurse rund um Care-Arbeit im Fokus. Der Aufbau ist dabei recht klassisch gestaltet und die gewählte Sprache ermöglicht einen angenehmen Lesefluss. Zu Beginn wird neben statistischen Belegen zur ungleichen Verteilung zwischen den Geschlechtern in Pflegeberufen auch darauf hingewiesen, dass es sich hier um ein strukturelles Problem handelt, welches sich durch systematische Ungleichheit äußert. Diese Ungleichheit zeigt sich bereits von Kindesbeinen an, wenn z.B. Mädchen* von ihren Bezugspersonen lernen, Fürsorge gegenüber anderen Menschen zu zeigen. In Folge dessen wird so der erste Stein für ein gut etabliertes Modell von privater Care-Arbeit gelegt, welches in den Bereich des Unsichtbaren verschwindet, da dies anders von der Wirtschaft auch nicht tragbar wäre. Nach der ersten kleinen Bestandsaufnahme wird versucht, bei den Basics anzusetzen und sich mit den grundlegenden Voraussetzungen vertraut zu machen. Denn ohne Klarheit über die Begrifflichkeiten und Fragen, was eigentlich Care ist oder in einem weiteren Schritt Arbeit bedeutet, fehlt die gemeinsame Basis für eine politische, zukunftsorientierte Debatte. Es wird fortlaufend von den Autor*innen versucht ein ganzheitliches Bild der The-

matik zu geben. Deshalb fällt unter das Verständnis von Care-Arbeit nicht einfach „nur“ das Pflegen eines anderen Menschen, sondern auch die damit verbundene Verantwortung, das Tragen einer großen Last, welche nicht nur körperlich eine Herausforderung darstellt, sondern auch psychisch belastend sein kann, das Fehlen von Zeit (nicht nur der Stunden, die sonst als Freizeit genutzt werden können, sondern auch die fehlenden Anrechnungszeiten später bei der Berechnung der Pension) und das Gefühl der Ausbeutung durch die Gesellschaft und Wirtschaft. Dass hierbei vermehrt Frauen* im Fokus stehen und mit den Konsequenzen leben müssen, wird des Öfteren veranschaulicht. Im weiteren Verlauf des Buches finden die unterschiedlichen Problematiken in Zusammenhang mit Care-Arbeit ihren Platz. Diese reichen von der frühkindlichen Sozialisation, welche eine Reproduktion der Zweigeschlechtlichkeit fördert und ein traditionelles Verständnis von Männlichkeit beziehungsweise Weiblichkeit transportiert, bis hin zu Gendermarketing und den unterschiedlichen Instrumenten, an welchen sich Medien und andere öffentliche Institutionen bedienen. Außerdem scheint es den Autor*innen besonders wichtig zu sein, ein erweitertes Gefühl für Sprache und Kommunikation im Bereich der Care-Arbeit zu vermitteln. Zeitweilen wirkt das Geschriebene etwas generalisierend und aufgrund der Kürze des Buches wird vieles nur gestreift. Diese Tatsache kann schnell den Eindruck vermitteln, dass Thematiken nur oberflächlich behandelt oder vereinfacht dargestellt werden. Des Weiteren fehlt eine Literaturliste oder Quellenangabe, anhand derer sich Interessierte orientieren könnten und es dadurch nicht ganz klar ist, woher



die Verfasser*innen ihre Daten beziehen. Abschließend lässt sich festhalten, dass die Care-Debatte mit allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens eng verknüpft ist. Dies wird von den Autor*innen immer wieder betont und hervorgehoben. Deshalb liefert das Buch, trotz kleinerer Schwachstellen, einen guten und prägnanten Überblick, um sich mit der Care-Thematik vertraut zu machen. „Die Erziehung und Bildung von Kindern, die Pflege und Betreuung von Angehörigen und fremden Menschen, Migration, Zugehörigkeit und das gesellschaftliche Zusammenleben in einer globalisierten Welt, die Digitalisierung, [...] die Verteilung von Arbeit und Wohlstand, der Bevölkerungsrückgang beziehungsweise das Bevölkerungswachstum, alternde westliche Gesellschaften, der Klimawandel und der Umweltschutz, [...] – Fürsorge ist sicher nicht die einzige Antwort auf die drängenden Herausforderungen der näheren Zukunft, allerdings ein vielversprechender und lohnender Ansatzpunkt.“ (S. 24)

Verena Huber

Breitenbach, Eva; Hoff, Walburga; Toppe, Sabine (Hrsg.). Geschlecht und Gewalt. Diskurse, Befunde und Perspektiven der erziehungswissenschaftlichen Geschlechterforschung

Verlag Barbara Budrich 2020, ISBN 978-3-8474-2387-4, 187 S., 26,00 Euro

Dieser Tagungsband der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft liefert einen vielfältigen Einblick in die erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung und ihre aktuellen Bezüge zum Thema Gewalt. Der handliche Band umfasst elf sehr unterschiedliche, interessante und teils in kritischem Verhältnis stehende Beiträge. Jeder Fachartikel kann problemlos einzeln – je nach Interessenschwerpunkt – gelesen werden, da die Inhalte nicht aufeinander aufbauen. Die Artikel sind zumeist unter 15 Seiten lang, was die jeweilige Lektüre überschaubar gestaltet. Der Band gliedert sich in eine theoretische Verortung, liefert empirische Befunde und zuletzt einen institutionellen Fokus.

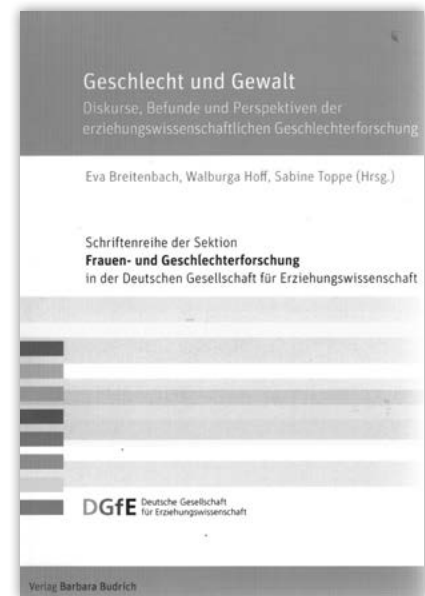
Vorab ist zu betonen, dass das Werk kein Grundlagenwissen zur erziehungswissenschaftlichen Geschlechterforschung rund um Gewalt in zwischenmenschlichen Beziehungen bereitstellt. Hingegen eignet sich die Lektüre sehr gut für die Vertiefung in die darin enthaltenen spezifischen Auseinandersetzungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die einzelnen Beiträge beziehen sich auf die Arbeit mit Kindern, Jungen*, Jugendlichen, jungen Frauen*, Erwachsenen, älteren Erwachsenen bzw. auf die Arbeit in Schulen, außerschulischen Settings und Gewaltschutzeinrichtungen (insbesondere Frauenhäusern). Jeder Artikel weist eine andere inhaltliche Fokussierung auf: es geht um Gewalt im Geschlechterverhältnis, um Sexualität und sexualisierte Gewalt, Online Hate Speech oder um Aspekte von häuslicher Gewalt und einen kontroversen Präventionsansatz mittels ehrenamtlichen Lots*innen.

Während die Artikel hauptsächlich erziehungswissenschaftliche Diskurse, Analysen und Perspektiven hinsichtlich personaler Gewaltformen wie physischer, psychischer, sexualisierter Gewalt im Geschlechterverhältnis darlegen, werden immer wieder Bezüge zu symbolischen und strukturellen Zusammenhängen und Gewaltformen hergestellt. Damit wird die Wichtigkeit einer ganzheitlichen gesellschaftlichen Analyse der Problematik von Gewalt unterstrichen und veranschaulicht.

Exemplarische Einblicke:

Im ersten Kapitel warnt Barbara Rendtorff vor einer Tabuisierung des Sexuellen in der Pädagogik und plädiert dafür, Kindern Beistand in der Entwicklung eines grundlegend wichtigen Körpergefühls, einschließlich „des sexuell-libidinösen Elements in jeder menschlichen Psyche“, zu bieten (28).

Der Beitrag „Verletzbarkeit und Geschlecht“ von Angela Janssen lädt dazu ein, die zweigeschlechtlichen Differenzkategorien und deren Verbindung zu erlebter und ausgeübter Gewalt (Frauen* wird Gewalt angetan und Männer* üben Gewalt aus) aufzubrechen und neu zu denken. Janssen zeigt die Verletzbarkeit von queeren, Inter* oder Trans*Menschen eindrücklich auf, indem sie u.a. Bezüge zu Judith Butler und Mechthild Bereswill herstellt. Sie fordert „die fraglose Verbindung von Gewalt mit Männern*“ durch einen „jeweils situativ differenzierten Blick auf Gewaltphänomene“ zu ersetzen (36). Dieser durchaus spannende Beitrag fordert einen differenzierten, intersektionalen Blick auf Macht und Sexismus und schärft das Bewusstsein dafür, dass Verletzbarkeit kein Defizit darstellt, sondern jedem Menschenleben inhärent ist.



Thematisch anschließend stellen Viola Rieske und Jürgen Budde sehr spannende, konträre Impulse zu Männlichkeit und Gewalt in den Raum und plädieren für die Anerkennung der Pluralität, Veränderlichkeit und Widersprüchlichkeit von Geschlechterverhältnissen. Die Frage, „ob gewaltfreie Praktiken von Jungen eine nicht-männliche Konstruktion von Junge-Sein“ darstellen, ist in den Raum gestellt (58).

Jürgen Budde, Maika Böhm und Christina Witz zeigen durch ihr Forschungsprojekt zu sicherem Sexting an Schulen lebendig auf, dass digitale Medien traditionelle Geschlechterverhältnisse wenig zu wandeln vermögen und unter Schüler*innen sexuelle Grenzverletzungen sowohl digital als auch persönlich begangen werden. Gefordert werden Haltung und Handlung von Schulen, um präventiv gegen sexuelle Grenzverletzungen vorzugehen.

Susanne Nef zeigt durch ihre Interviewstudie eindrücklich auf, wie Betroffene von häuslicher Gewalt zu

einer Dynamik von Normalisierung von erlebter häuslicher Gewalt, insbesondere bei sexualisierter Gewalt, tendieren und das Erlebte häufig als Nicht-Gewalt definieren. Das theoretische

Modell der Gewalt-Modalitäten wird vorgestellt.

Ich rate jedenfalls zum Schmökern durch diesen vielfältigen Sammelband, in dem jede*r Lesende sicher-

lich bald merkt, welche der elf Beiträge das eigene Interesse wecken und in gewaltfreiem Sinne „fesseln“ und inspirieren.

Erika Mischitz

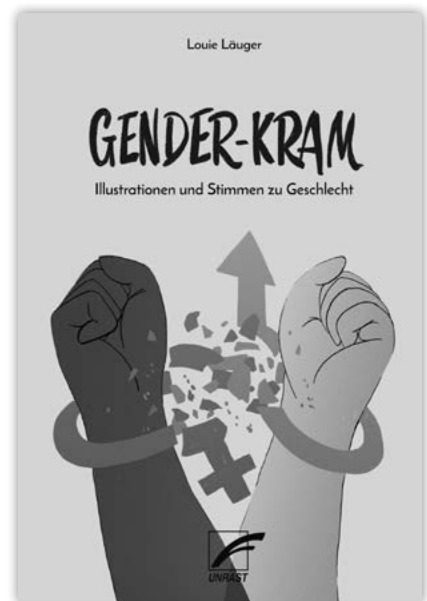
Läger, Louie. Gender-Kram. Illustrationen und Stimmen zu Geschlecht

Unrast Verlag 2020, ISBN 978-3-89771-327-7, 232 S., 18,00 Euro

„Gender-Kram“ nimmt sich dem Diskurs über Geschlecht an und will mithilfe von Text und Illustrationen das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten, ohne den Anspruch an Vollständigkeit und Fehlerfreiheit zu stellen. Zu Beginn lernen wir die Autor*in Louie Läger kennen. Indem sie ihre Selbstpositionierung erschließt, erklärt sie, wie es zur Entstehung des Buches kam und aus welchen Perspektiven „Gender-Kram“ gelesen werden kann. Das Buch teilt sich in sieben Kapitel, wobei zu Beginn die Basics anhand einer Einleitung erklärt werden. In den folgenden zwei Kapiteln werden die Themen ‚Biologie als zugeschriebenes Geschlecht‘ und ‚Geschlecht als soziales Konstrukt‘ behandelt. Anschließend werden die Themen Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und Coming Out/Inviting In aufgegriffen. Abgeschlossen wird mit Tipps und Ideen zur kritischen (Selbst-)Reflexion und wie das Gelesene im Alltag umgesetzt werden kann, um offene Dialoge zu führen und sichere Räume zu schaffen. Leser*innen können sich auch aktiv einbringen, indem es in jedem

Kapitel Reflexionsfragen und Ergänzungsmöglichkeiten gibt, wo eigene Gedanken niedergeschrieben werden können. Über 100 Personen wurden für „Gender-Kram“ befragt und ihre Stimmen werden im Buch wiedergegeben. Außerdem werden Tipps und Ressourcen durchgehend im Buch und am Ende nochmal gesammelt angeführt.

Durch die zahlreichen Illustrationen, die diversen Stimmen und die Möglichkeit der aktiven Teilnahme an den Inhalten, liest sich das Buch sehr lebendig und interessant. Es schafft ein angenehmes Klima, um die binäre Geschlechterkonstruktion und Geschlecht an sich zu hinterfragen und sich selbst damit auseinanderzusetzen. Gleichzeitig werden die Inhalte leicht und verständlich erklärt. Das Buch schafft damit einen offenen Zugang zu Geschlechterkonstruktionen sowie einen sicheren Raum, um sich mit den Themen auseinanderzusetzen und bezieht gleichzeitig die Erfahrungen von Personen mit ein. Dadurch wirkt es fast wie ein Gespräch und ein Austausch mit vielen diversen Personen, ihren Stimmen, Erfahrungen und Meinungen. Die Illustrationen



sind ebenfalls sehr divers und gerade dadurch so gut gelungen, weil sie den Text ergänzen und damit Diversität, Vielseitigkeit und Fluidität sichtbar machen. „Gender-Kram“ ist dadurch für Personen jeglichen Alters, die sich mit Geschlecht auseinandersetzen wollen, lesenswert. Ein sehr gelungenes Buch, das sich einem komplexen Thema verständlich, offen, achtsam und liebevoll annimmt.

Diana Prugger

Windheuser, Jeannette; Kleinau, Elke.

Jahrbuch erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung. Generation und Sexualität

Verlag Barbara Budrich 2020, ISBN 978-3-8474-2394-2, 161 S., 24,90 Euro

Mit dem Thema dieses Jahrbuchs erziehungswissenschaftlicher Geschlechterforschung begeben sich die Herausgeberinnen in kein einfaches Metier: Sie versuchen Geschlecht, Generation und Sexualität zusammen zu denken.

Ergebnis davon ist ein durchaus umfassendes Jahrbuch, das sowohl philosophische wie auch empirische Beiträge vereint. Nach einer kurzen, aber doch sehr dichten Einleitung, untersucht Dorotea Sotgiu die Verbindung zwischen weiblicher Sexualität im Alter und der Freiheit in den Werken Simone de Beauvoirs. Ebenso verschreibt sich Barbara Umrath der Frage nach sexueller Freiheit, indem sie die kritische Theorie dahingehend querliert. Sexualität, Kapitalismus und Patriarchat werden hier zusammen gedacht und der bürgerlichen Gesellschaft ein eher instrumentelles Verhältnis zur Sexualität zugeschrieben.

Historisch beschäftigt sich Flavia Guerrini mit jugendamtsinterner Sprache über sexualisierte Gewalt und schält exemplarisch anhand zweier Falldarstellungen aus dem Stadtjugendamt Innsbruck der Jahre 1948, 1949 und 1955 die Moralvorstellungen der damaligen Mitarbeiter*innen in Bezug auf sexualisierte Gewalt gegenüber Minderjährigen heraus. Wiederum historisch geht Sylvia Wehren spätaufklärerischen Debatten rund um die „physische Erziehung“ von Mädchen und Burschen nach, wobei die diesbezügliche Ungleichbehandlung der Geschlechter in der Dichotomie zwischen Natur und Kultur Begründung findet. Die zugewiesene Rolle der Mütter bei der physischen Disziplinierung der Kinder erscheint als besonders relevant. Den roten Faden spinnen Britta Hoffarth und Eva Reuter schließlich fertig. Sie nähern sich der Ratgeberlitera-

tur der vergangenen Jahre, indem sie den Elternratgeber „Mein Kind liebt anders“ und das Buch „Viva la Vagina“ auf die darin vermittelten Normvorstellungen hin befragen. Damit runden sie den Themenschwerpunkt dieses Jahrbuchs ab.

Der offene Teil ist von einem Generationendialog im Marburger Frauenhaus geprägt, der sich insbesondere mit dem Spannungsverhältnis zwischen Professionalisierung und Aktivismus beschäftigt, aber auch Themen um Sexualität im Frauenhaus oder sexualisierte Gewalt anspricht. Der Frage, wie ältere, von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen möglichst niederschwellige Informationen und Zugang zu Frauenhäusern gewährt werden können, gehen Regina-Maria Dackweiler und Reinhild Schäfer nach. Ein Tagungsbericht, sowie Rezensionen geben dem Jahrbuch schließlich seinen letzten Schliff.

Auffallend dabei: die Artikel überschneiden sich teilweise mit dem Tagungsbericht. So kommen etwa die Arbeiten Flavia Guerrinis zweimal vor. Daraus lässt sich schließen, dass das Forschungsfeld Sexualität-Geschlecht-Generation noch weitgehend unbetreten ist. Guerrinis Beitrag ist aber, insbesondere für pädagogisch Tätige, überaus lesenswert, da er sich durch wissenschaftliche Genauigkeit und Nachvollziehbarkeit auszeichnet. Gleichzeitig wird bei dem/der Leser*in die Frage aufgeworfen, wie sexualisierte Gewalt in der Kinder- und Jugendhilfe heute thematisiert wird, bzw. wer* diese Institution eigentlich kontrolliert.

Leser*innen, die sich einen lustvollen Zugang zu Sexualität erwarten und sich die Frage stellen, wie Lust im Generationenverhältnis positiv vermittelt werden kann, werden die Antwort in diesem



Buch vergebens suchen. Ebenso fehlt ein positiver Zugang zu Themen rund um sexuelle Vielfalt. Vielmehr scheint in der Geschlechterforschung weiterhin der Blick auf sexualisierte Gewalt zu überwiegen. Die Frage, ob Artikel, die sich mit sexualisierter Gewalt beschäftigen oder disziplinierende Erziehungsansätze zum Gegenstand haben, unter der Überschrift von „Sexualität“ erscheinen sollten, wäre mit den Herausgeberinnen zu diskutieren. Als Trostpflaster verweist immerhin der Tagungsbericht, indem er auf Barbara Rendtorffs Vortrag Bezug nimmt, auf die Notwendigkeit, das eigene Lustempfinden im Kontext pädagogischer Professionalität zu reflektieren.

Insgesamt sind ausgewählte Artikel für Pädagog/en*innen durchaus lesenswert und können das eigene Reflexionsvermögen anregen. Das Jahrbuch erziehungswissenschaftlicher Geschlechterforschung bleibt aber letztlich, vor allem sprachlich, dem akademischen Publikum treu.

Daniela Schwienbacher

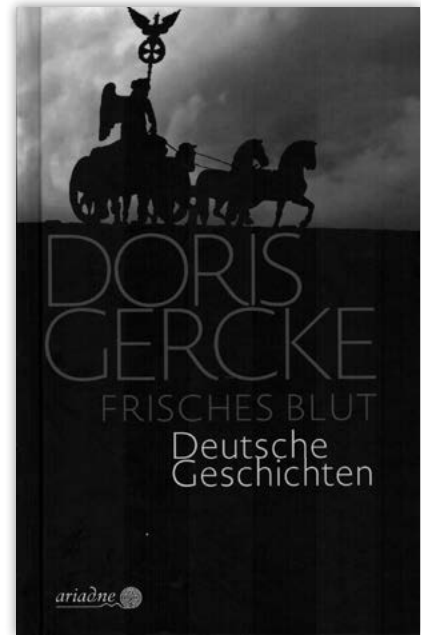
Gercke, Doris. Frisches Blut. Deutsche Geschichten

Ariadne Krimi, Argument-Verlag 2018, ISBN 978-3867542357, 208 S., 15,00 Euro

Doris Gercke kennt und liebt die KrimleserInnen von ihren Romanen um Bella Block. Mehrere ihrer Bella-Block-Stoffe wurden mit Hannelore Hoger in der Titelrolle verfilmt. Nun hat sie einige („deutsche“) Kurzgeschichten vorgelegt. Großartig ihr Stil, lakonisch, trocken, sozialkritisch, präzise. „In dunklen, pointierten Krimi-Miniaturen beschreibt sie ganz normale Verhältnisse, erzählt von Handlungen und Zufällen und Irrfahrten Einzelner in unserer Gesellschaft. Wir treffen auf Habenichtse, Huren, Heißsporne und Herz-

lose, betrachten den (Kriminal-)Fall des Lebens aus der Sicht von Hilflosen und Saturierten, Tätern und Opfern“ (so der Verlag). Sie zeigt die Wirklichkeit von Tätern und Täterinnen – manchmal sympathisieren wir sogar mit ihnen – und Opfern, ganz nach ihrem Motto: „Für mich ist Krimi eine Kunstform. Kunst hat etwas mit Abbildung von Wirklichkeit und Wahrfügigkeit zu tun.“ Und doch immer literarisch, hervorragend erzählt, immer mit Freude zu lesen.

Monika Jarosch

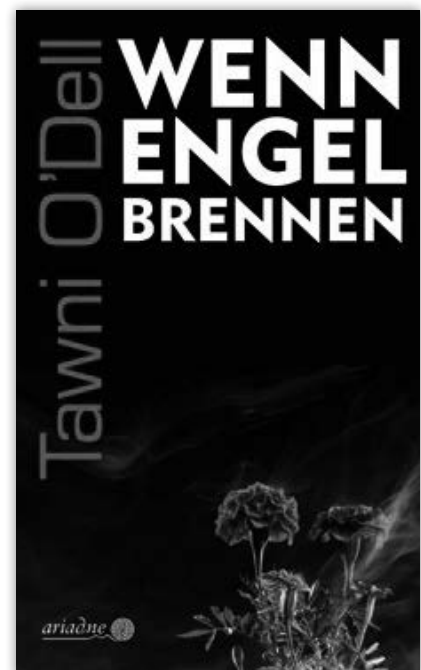


O’Dell, Tawini. Wenn Engel brennen

Ariadne Krimi, Argument-Verlag 2019, ISBN 978-3867542395, 352 S., 21,00 Euro

Es gibt wenige Krimis, die so eine begeisterte Zustimmung erfahren wie dieser „Wenn Engel brennen.“ Und ich kann mich dem nur anschließen und das Buch als sehr lesenswerten Krimi empfehlen. Es geschieht zwar Grauensvolles: eine fast verbrannte Leiche einer jungen Frau in einer glühenden Erdspalte, die Ermordung einer Mutter, Kindesmissbrauch, all das in einem Setting, das nicht weniger grauenvoll ist. In dem berühmten Rust-Belt in Pennsylvania, in einer Gegend, die durch den Bergbau bis in die 1970er Jahre Aufschwung erfuhr, die aber nach dessen Niedergang und Verfall heute und lange schon nur noch triste und öd ist, wo seit Jahren unterirdische Kohlefeuer schwelen und wo heute nur noch verwahrloste (Alkohol, Drogen), überforderte, kriminelle („die Hälfte ist tot oder im Gefängnis“), weiße Sippschaften wohnen. Dies alles wird geschildert aus der Sicht der Poli-

zeichnerin Dove Carnahan, die das Grauensvolle mitempfindet, die auch weinen kann und oft muss, die einen trockenen Humor besitzt und die sich voll der Aufgabe widmet: Wer ist der Täter oder die Täterin? Dove Carnahan hat „ihr gesamtes Erwerbsleben in einem männerdominierten Beruf“ verbracht, sie kennt „sämtliche Spielarten von Ablehnung, Sabotage und Schikanen (...), die das Y-Chromosom aufzubieten hat“. Sie ist 50 Jahre alt, lässt sich nicht für dumm verkaufen, hat ihre Geheimnisse und Traumata – ihr Vorname „Dove“ weist auf eine Mutter hin, die (nicht nur) Reinlichkeitsfanatikerin war. Der eigentliche Ermittler ist jedoch der Staatspolizist Nolan – ein „berühmter harter Hund“, zu dem Carnahan eine Beziehung hat, die über das rein Berufliche hinausgeht. Es klärt sich alles auf, viele alte Geschichten spielen herein, die Einblicke in die Schicksale des Ortes und der dort lebenden Menschen



geben. Und es passiert auch einiges, das die Heldin in eine unerwartete Zukunft verweist.

Mit diesem Buch und der Autorin hat die Krimiserie von Ariadne einen guten Griff getan. Ich hoffe auf weitere Abenteuer.

Monika Jarosch

Mina, Denise. Klare Sache

Ariadne Krimi, Argument-Verlag 2019, ISBN 978-3-86754-242-5, 352 S., 21,00 Euro

So klar ist die Sache eigentlich nicht, da muss schon das Buch gelesen werden, damit der LeserIn alles klar wird. Das ist kein Problem, denn spannend ist die Geschichte und auch gut geschrieben, immer wieder humorvoll und witzig. Lange ist alles sehr unklar, viele Verwicklungen, viele Erzählstränge, da muss die LeserIn schon etwas aufpassen. Aber es lohnt sich. Die Heldin lebt fast ganz zufrieden unter einem falschen Namen mit ihrem Ehemann und ihren heißgeliebten Kindern. Sie liebt auch True-Crime Podcasts und da stößt sie auf eine Geschichte, die sie vielleicht zu einer alten Feindin führt, der sie den falschen Namen verdankt. Das kann gefährlich werden. So ist es ihr gerade recht (wenn auch nicht ganz), dass ihr Ehemann mit ihrer besten Freundin durchbrennt, denn

damit sind ihre Kinder aus der Schusslinie genommen. Es geht auch um ein versunkenes Schiff und eine getötete Familie, von einem Fluch ist die Rede. Mit dem Ehemann ihrer durchgebrannten Freundin macht sie sich auf, all die Verwicklungen zu lösen. Alles hängt irgendwie zusammen – überhaupt keine klare Sache. Die vielleicht nicht so versierte, aber interessierte LeserIn, erfährt auch, was ein True-Crime-Podcast ist: eine Serie von Mediendateien, also Audio- oder auch Video-Dateien, die kostenlos abonniert und auf ein Handy heruntergeladen werden können. Auf geht's von London nach Frankreich, nach überall. Sie machen selbst einen Podcast, doch die Abos sind nicht so gut und viele Rechnungen fallen an, so dass die Heldin wohl doch ein Buch schreiben



muss. „Die wahre Geschichte!“ Die Verwicklungen lösen sich langsam, die Vergangenheit explodiert in die Gegenwart. Spannend bleibt es allemal.

Monika Jarosch

Kruse, Tatjana. Leichen, die auf Kühe starren. Ein rabenschwarzer Alpenkrimi

Haymon Verlag Innsbruck 2020, ISBN 978-3709979228, 288 S., 12,95 Euro

Ja, wo sind denn die Leichen, die auf Kühe starren? fragt sich die LeserIn. Leichenteile gibt es genug im Lauf der Geschichte, doch passen sie nicht zusammen. Ja, es gibt sie, die starrenden Leichen und dazu eine nachdenkliche und erfreute Kuh. Konzentrieren sich doch die lästigen Fliegen von ihr weg auf diese (nicht ganz vollständigen) Leichen. Wild und bewegt geht es zu im herbstlichen Kitzbühel, in der Nachsaison. Eine Schnappschildkröte treibt ihr Unwesen, fünf männliche Hinterseer-Hardcore Fans geraten von einem Abenteuer ins andere, Agentin

0011 (nicht 007) bietet sich an als Role Model für Seniorinnen, mafiöse Verbrecherbosse tagen, eine arabische Großfamilie widerspricht allen Vorurteilen und erfüllt sie gleichzeitig. Ach ja, ein Schönheitschirurg sowie ein Chefinspektor spielen auch noch hinein. Und die Heldin, das Zimmermädchen Luise, kurz Leo genannt, wird erst im Lauf des Geschehens zur Heldin. Die Geschichte ist ein bunter abwechslungsreicher Mix, mit viel schwarzem Humor und so manches wird auf die Schippe genommen. Eine vergnügliche Ferienlektüre.

Monika Jarosch





Viel „home und wenig „office“ für Frauen

Von „Backlash“ ist die Rede, oder von „Rollback“. Begriffe, die einem seit dem Lockdown in der Corona-Krise häufiger in Artikeln und sozialen Netzwerken begegnen. Sie beschreiben ein Phänomen, für das Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), das Wort „Retraditionalisierung“ verwendet: die Rückkehr zu alten Rollenmustern in Familien. Der Mann geht arbeiten und zieht sich ins Homeoffice zurück, die Frau kümmert sich um Kinder und Haushalt und ist damit urplötzlich zurück an den Herd katapultiert. Ungefragt, ganz selbstverständlich. Und die, die versuchen Homeoffice mit Kindern zu machen, machen vor allem „home“ und wenig „office“.

(tagesschau.de, 04.06.2020)

„Abtreibungspille“ Mifegyne wird in Österreich leichter zugänglich

Niedergelassene Frauenärzte dürfen künftig Tabletten für einen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch ausgeben. Das Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen (BASG) genehmigte eine Änderung des Zulassungsbescheids für das Medikament. Gerade für ungewollt Schwangere in ländlichen Gebieten ist ein medikamentöser Schwangerschaftsabbruch nun leichter zugänglich. Der lange Anfahrtsweg zu Kliniken entfällt. Zudem wird ein Abbruch schon früh in der Schwangerschaft möglich. Ein „rechtgläubiger Flügel“ innerhalb der ÖVP mit der Abgeordneten Gudrun Kugler kritisiert jedoch den offenen Zugang zu Mifegyne. Damit würde Druck auf die Frauen ausgeübt. Er erleichtere sicher nicht die Entscheidungsfindung.

(dieStandard.at, 02.07.2020)

Zerschlagung der Salzburger Frauenhäuser geht weiter

Ein Aufschrei ging durchs Land, als bekannt wurde, dass die Salzburger Neos-Landesrätin Andrea Klambauer trotz überparteilicher Proteste, eingehender Erklärungsversuche, Bitten aus der Bevölkerung und begründeter Hinweise an ihren Plänen festhält, und die Zerschlagung der Salzburger Frauenhäuser vorantreibt. Kaum eine Frauenorganisation, die nicht davor warnte, welche weitreichende, soziale Konsequenzen die Schließung der beiden Frauenhäuser mit sich bringen wird. Ausgetragen auf dem Rücken schutzbedürftiger Frauen und Kinder wird hier von der Salzburger Landesrätin ein politisches Exempel statuiert. Ein Exempel, dass zu einer enormen Schwächung des Schutzes vor Gewalt führen wird.


Statt der zwei Frauenhäuser in Salzburg und Hallein werden EU-weit 27 „Schutzplätze“ im Salzburger Land ausgeschrieben. Das ist ein völlig diffuser Begriff. Zudem wird auch Betreibern, die noch nie in diesem Bereich tätig waren, die Möglichkeit gegeben, auf niedrigem Niveau etwas anzubieten. Diese sogenannten „Schutzplätze“ müssen auf das Bundesland verteilen werden. Allgemeingültige Grundsätze der Frauenhäuser, wie Verschwiegenheit, Anonymität und Beratungsqualität werden keine Gültigkeit mehr haben. Die aktuell erbrachten Leistungen, die gelebten Grundprinzipien und hohen Qualitätsstandards der österreichischen Frauenhäuser sind ja nicht über Nacht entstanden. „Ein Frauenhaus ist so viel mehr als nur eine sichere Unterkunft.“ Fast jede Frau, die es schafft, sich aus einer jahrelangen Gewaltbeziehung zu lösen, ist stark traumatisiert. Für alle diese Frauen ist es wichtig, dass jemand da ist. Die Petition „Stoppt die Ausschreibung der Frauenhäuser in Salzburg“ wurde mit Stand vom 17. Juni 2020 von 11.501 Personen unterzeichnet. Davon zeigte sich Landesrätin Klambauer völlig unbeeindruckt. Sie stellt sich keinem Fachgespräch. Vielmehr betonte sie, dass sie sich nicht unter Druck setzen lasse.

(diegutelaune.com, 26.6.2020)

Offenlegung nach dem Mediengesetz

Medieninhaber und Verleger: AEP (s. Impressum). Die AEP-Informationen sind eine feministische Zeitschrift, die zur Auseinandersetzung mit der patriarchalen Mitwelt und zum Widerspruch anregen wollen. Sie möchten dazu beitragen, die widerständigen Kämpfe von Frauen zu dokumentieren und die vielfältigen Existenzweisen von Frauen sowie die Freiräume, die sich Frauen immer schaffen und geschaffen haben, sichtbar zu machen. Unser Anspruch ist es, Hierarchien in den Geschlechterverhältnissen aufzudecken sowie der Marginalisierung und Diskriminierung von Frauen und den gewalttätigen Strukturen in Ökonomie, Politik und Gesellschaft entgegenzuwirken. Damit wenden sich die AEP-Informationen gegen alle Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, die weibliche Lebensmöglichkeiten einschränken und streben eine umfassende Veränderung des von Herrschaft gekennzeichneten Geschlechterverhältnisses an.

Die Zeitschrift AEP-Informationen besteht auf geschlechtersensibler Schreibweise. Jedoch ist es jeder Autorin überlassen, welche Form der geschlechtergerechten Sprache sie verwendet, ob Sternchen, ob Unterstrich oder Binnen-I.



sie, die ihren mund aufmacht
sie, die ihre stimme erhebt
sie, die spricht
sie, die widerspricht

das **widerwärtige luder**
sagt er.

er, der scheinbar was zu sagen hat.

P.b.b.

Verlagspostamt 6020 Innsbruck

aep
informationen

Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft

Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck

office@aep.at, bibliothek@aep.at

informationen@aep.at

familienberatung@aep.at

Tel. 0512/583698, Fax 0512/583698

www.aep.at

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Unterstützen Sie den **aep** und werden Sie Mitglied in einem der ältesten Frauenvereine Österreichs.

Für 28 Euro pro Jahr sind Sie ordentliches Mitglied des **aep** und können unser umfassendes Angebot nutzen: Seit 1974 betreibt der **aep** eine **Frauen- und Familienberatung** und gibt die **Zeitschrift aep informationen**, feministische zeitschrift für politik und gesellschaft heraus, die Sie mit einer Mitgliedschaft gratis beziehen (4x im Jahr).

Sie erhalten in Abständen einen **Newsletter**, der Sie über feministische Neuigkeiten und Veranstaltungen informiert, und Sie können das **Angebot feministischer Bildungsveranstaltungen** im **aep** nutzen.

Überdies betreiben wir seit 1979 eine **Bibliothek**, in der Sie als Mitglied kostenlos Bücher aus dem umfassenden Bestand an Belletristik, Frauen und Politik, Feministische Wissenschaft, Beruf und Familie, Biographien etc. ausleihen können.

Die **aep informationen** – feministische zeitschrift für politik und gesellschaft gibt es in folgenden Buchhandlungen:

Buchhandlung Alex, Hauptplatz 21, A-4020 Linz · Fachbuchhandlung ÖGB, Rathausstraße 21, A-1010 Wien,

Buchhandlung ChickLit-Verein zur Förderung feministischer Projekte, Kleeblattgasse 7, 1010 Wien,

Liber Wiederin, Erlersstraße 6, A-6020 Innsbruck · Tyrolia Buchhandlung, Maria-Theresienstr. 15, A-6020 Innsbruck

AEP FAMILIENBERATUNG INNSBRUCK

WIR BERATEN SIE: in allen sozialen und rechtlichen Fragen des Mutterschutzes, in Fragen zu Familienplanung, Empfängnisverhütung und Kinderwunsch, bei Schwangerschaftskonflikten und ungewollten Schwangerschaften, bei Partnerschaftskonflikten und Sexualproblemen.

PSYCHOLOGISCHE BERATUNG UND PAARBERATUNG: Drei Psychologinnen helfen Ihnen, Ehekrisen und Partnerschaftskonflikte anzugehen und zu bearbeiten; ebenso allgemeine Lebenskrisen, Neuorientierung nach einem einschneidenden Erlebnis oder Ablösungsprozesse kreativ zu bewältigen.

RECHTSBERATUNG: Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, unverbindlich und kostenlos mit einer Juristin über Ihre rechtlichen Angelegenheiten wie Scheidung, Unterhaltsfragen, Rechte der Frau in der Ehe, Sorgerecht für die Kinder, Besuchsregelung usw. zu sprechen.

DAS BERATUNGSTEAM: • eine Sozialarbeiterin • drei Psychologinnen • eine Juristin • eine Gynäkologin

BERATUNGSZEITEN: Mo 16.00–19.00 Uhr, Di 17.00–19.00 Uhr, Do und Fr 9.00–12.00 Uhr; Telefon: 0512/57 37 98 – Fax: 0512/57 37 98

ÖFFENTLICHE FRAUENBIBLIOTHEK AEP

Feministische Literatur, Bücher zu Partnerschaft, Berufswelt, Erziehung, Geschlechterverhältnisse, Belletristik, etc.

ÖFFNUNGSZEITEN: Mo 16.30–19.30 Uhr, Do 16.30–19.30 Uhr und Fr 10.00–13.00 Uhr, Telefon: 0512/58 36 98 – Fax: 0512/58 36 98

Ich möchte mitarbeiten und ersuche um nähere Auskünfte

Ich bestelle die AEP-Informationen

(jährlich € 24,00 / Ausland € 28,00)

Ich möchte dem AEP beitreten:

als ordentliches Mitglied (€ 28,00 / Jahr)

als unterstützendes Mitglied (Beitragshöhe freigestellt)

Konto: Tiroler Sparkasse 0200-101061 BLZ 20503

IBAN: AT 592050300200101061, BIC: SPIHAT22HF

An: AEP, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck

Name:

Adresse:

Telefon:

Datum: Unterschrift: